

caritas



Deutscher
Caritasverband e.V.

**Programme der Parteien für die Bundestagswahl 2017
Sozialpolitische Aussagen der Parteien und Positionen des
Deutschen Caritasverbandes**

INHALTSVERZEICHNIS

1. Arbeitslosigkeit/Armut/Alterssicherung.....	3
2. Gesundheit/Pflege/Teilhabe	19
3. Familie/Kinder/Jugend/Frauen/Generationen.....	54
4. Bildung.....	66
5. Flucht und Migration.....	70
6. Engagement/Wohlfahrtspflege.....	82
7. Wohnen.....	86
8. Stadt-/Landentwicklung.....	92
9. Digitalisierung.....	95
10. Unternehmerische Belange.....	100
11. Europa.....	107
12. Caritas international.....	113

1. Arbeitslosigkeit/Armut/Alterssicherung

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Arbeitsmarkt allgemein	Ziel Vollbeschäftigung bis 2025 – also übernächste Legislaturperiode (10)	Sichere Arbeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung (11) Unbefristete Arbeit – sozial abgesichert – nach Tarif bezahlt (11)	Ökologische Modernisierung als Jobmotor (43) Umwandlung Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Umwandlung Steuern und Abgaben sowie Sozialleistungen in einer Form, dass sich Erwerbsarbeit rechnet (130)	Gedanke des flexiblen Arbeitsmarktes mit fairen Chancen (36)	Neues Normalarbeitsverhältnis, welches Menschen soziale Sicherheit ermöglicht und Löhne für ein gutes Leben und Lebensstandard im Alter ermöglicht – Armut trotz Arbeit muss gestoppt werden (11) Unbefristete Arbeitsverträge anstelle von Mini- und Midijobs (12)		Arbeitsmarktintegration ist der Schlüssel zu Bekämpfung und Prävention von Armut. Eine Stärkung der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt kann soziale Mobilität fördern. Auch familiengerechte Arbeitsplätze können Armut vorbeugen. Stellungnahme zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht, 2016 Entwurf 5-ARB
Langzeitarbeitslosigkeit/Arbeitslosigkeit	Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt (13) Möglichkeit für sinnvolle und gesellschaftlich wertige Tätigkeit von Langzeitarbeitslosen ohne Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt (13)	Passgenaue und individuelle Förderung, um durch Teilhabe am Arbeitsleben auch wieder gesellschaftliche Teilhabe zu erhalten – bessere Personalausstattung in den Jobcentern (19) Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – PAT Gedanke, Begriff wird nicht explizit genannt (19) Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“ als Regelleistung ins SGB II (19) Sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose ohne realistische Chancen auf den ersten	Passgenaue Förderung etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, Sozialberatung, Eingliederungs- und Gründerzuschuss (205) Mehr Möglichkeiten Konflikte zu lösen (205) Eingliederungsvereinbarungen nicht durch Verwaltungsakt ersetzen Verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren (205/219) Gut ausgestattete Jobcenter (219)	Förderung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit – PAT Gedanke (Begriff wird nicht explizit genannt) für Arbeitsmarktförderung in der sozialversicherungspflichtigen Variante für Langzeitarbeitslose, die mit herkömmlicher Förderung nicht in die Arbeitsmärkte kommen (33)	Abschaffung des Hartz IV Systems (23) Öffentlich geförderte Beschäftigung mit zusätzlichen existenzsichernden und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen – mit Mindestlohn von mindestens 1500€ - PAT – freiwillige Angebote (24) 300.000 sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete (69) Längere Zahlung des ALG I (23)	AFD diskutiert das Thema zum Teil im Kontext einer „Willkommenskultur für Kinder“: Eltern sollen längere ALG I Zeiten bekommen und ihre Neueinstellung durch Wiedereingliederungshilfen an den Arbeitgeber gefördert werden (38) Bedarfsgerechte Qualifizierung für Arbeitslose (50) Bürgerarbeit für Langzeitarbeitslose - gemeinnützige Tätigkeit – ca. 30h - sozialversicherungspflichtig entlohnt – ohne Offenlegung der Vermögensverhältnisse (50)	Teilhabegedanken explizit im SGB II verankern Rechtsanspruch auf sozialintegrative SGB II-Leistungen (§ 16a SGB II) für alle Langzeitarbeitslosen Rechtsanspruch auf SGB III-Instrumente zur beruflichen Integration für Jugendliche bis 27 Jahre Arbeitsgelegenheiten, die Förderung von Arbeitsverhältnissen und die Freie Förderung weiterentwickeln, damit Auf- und Ausstiegsmobilität durch sie erreicht werden kann Passiv-Aktiv-Transfer erproben Zielsteuerung weiterentwickeln und Finanzierung der Arbeitsmarktförderung auf eine langfristige Integrationsstrategie ausrichten Bei Bekämpfung und Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit müssen Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund besonders in den Blick genommen werden Einkauf sozialer Dienstleistungen nach Möglichkeit mittels dialogischer Vergabeverfahren verstärkte Anwendung des sozialrechtlichen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>Arbeitsmarkt (19)</p> <p>Ausweitung der ALG I Zeiten – 10 Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 3 Jahren, dann nicht SGB II, sondern ALG I (19)</p>			<p>Arbeitsangebote, die qualifizieren und beruflichen Werdegang angemessen berücksichtigen (23)</p>	<p>Ehrliche Arbeitsmarktstatistik, bei der nicht Hunderttausende von Arbeitslosen herausgerechnet werden (51)</p> <p>Gestaffelte Bezugsdauer des ALG in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung (56)</p>	<p>Dreiecks nach § 17 Abs. 2 SGB II</p> <p>DCV Vorschläge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, 18.05.15 Vorschläge Bekämpfung Langzeitarbeitslosigkeit</p> <p>Problemdruckindikator abschaffen;</p> <p>Position zum Problemdruckindikator, 29.01.2015 Problemdruckindikator</p> <p>Präzisierung des Auftrags SGB II und SGB III hinsichtlich migrationsspezifischer Probleme (u.a. Sprache, Nachqualifizierung, Neuorientierung).</p> <p>DCV Position „Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung optimieren“, 02.02.2016 Integration Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit</p> <p>Die Instrumente zur Qualifizierung und Integration in die Erwerbsarbeit sind zu erweitern. Hierfür müssen ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Eingliederungsmittel dürfen nicht in Verwaltungshaushalte umgeschichtet werden.</p> <p>SKM-Beschlusspapier vom 24.05.2014 „Der Mensch am Rand ist unsere Mitte - Armut und Ausgrenzung in Deutschland bekämpfen“ SKM_Beschlusspapier</p>
Jugendarbeitslosigkeit	<p>Nachqualifizierung junger Menschen ohne Ausbildung (12)</p> <p>Mehr Abschlüsse durch zusätzliche Beratung, passgenaue Unterstützung sowie Qualifizierung (37)</p> <p>Finanzielle Mittel für junge Menschen mit langzeitarbeitslosen Eltern</p>	<p>Eigenständige Jugendpolitik (7)</p> <p>Übergang Schule in Ausbildung mit unterbrechungsfreier Berufseinstiegsbegleitung (7)</p> <p>Flächendeckender Ausbau der Jugendberufsagentur und Verbesserung der Zusammenarbeit aller für die</p>	<p>Ausbildungsplatzgarantie an Stelle des unüberschaubaren Durcheinanders von Fördermaßnahmen (177)</p> <p>Berufsausbildungsbeihilfen in realistischer Höhe und einfacher zu beanspruchen (178)</p> <p>Kinder- und Jugendhilfe darf nicht mit 18 Jahren enden</p>	<p>Exzellenzinitiative für Stärkung der Aus- und Weiterbildung im dualen Ausbildungsbereich – mehr digitale Bildung (12)</p> <p>Bessere Verzahnung der Sozialgesetzbücher – wird im Detail allerdings nur für Ältere und Pflegebedürftige ausgeführt (33)</p>	<p>Selbstbestimmte Jugendpolitik (126)</p> <p>Verbindliche Ausbildungsangebote nach berufsvorbereitenden Maßnahmen - Ausbildungsvergütung – Reform Berufsbildungsgesetz (55)</p> <p>Arbeitsagenturen und öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe</p>		<p>Verpflichtung zur Kooperation und Zusammenarbeit der verschiedenen Sozialleistungsträger wirksamer gestalten und entsprechend gesetzlich verankern</p> <p>Anspruch für junge Menschen auf Leistungen zur beruflichen Integration nach SGB II, SGB III und Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII</p> <p>Kontinuierliches, verlässliches Förderangebot und personales Angebot (Bezugsperson) für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf</p> <p>Stellungnahme des DCV „Berufliche Integration junger Menschen verbessern - Schnittstellen der Sozialgesetzbücher II, III, VIII und XII be-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	für Wege in Ausbildung und Arbeit (13) (gemeint ist hier laut Konrad-Adenauer-Haus die Finanzierung § 16 h und die Familienlotsen CDA Antrag)	<p>Ausbildung zu-ständigen Stellen (12)</p> <p>Garantie auf einen Ausbildungsplatz (12)</p> <p>Ausbau assistierte Ausbildung (12)</p> <p>Stärkung Instru-mente der ausbil-dungsbegleitenden Hilfen für Jugendli-che mit Lern-schwierigkeiten und Problemen im sozialen Umfeld (12)</p> <p>Teilzeitausbildung (12)</p> <p>Mindestausbil-dungsvergütung und Novellierung Berufsbildungsge-setz für bessere Ausbildungsquali-tät und Ausbil-dungsstrategie für Arbeitswelt 4.0 (12)</p> <p>Ausbau Auszubil-dendenwohnheime für Verselbständi-gung von Eltern-haus (7)</p> <p>Gezielte Förderung statt scharfe Sank-tionen U 25 (8)</p> <p>Bei Vergabe auf Tariftreue achten (15)</p>	(211)		die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen (56)		<p>seitigen“, 18.07.2015 berufliche Integration junger Menschen</p> <p>Verankerung einer Ausbildungsgarantie im SGB III</p> <p>Vergabepraxis für Arbeitsmarktdienstleistungen für junge Menschen /SGB III verbessern</p> <p>Steuerung der Jugendberufsagenturen durch die Jugendhilfe</p> <p>Verstetigung, Ausbau und Weiterentwicklung der assistierten Ausbildung</p> <p>Zugang zu beruflicher Ausbildung für junge Ge-flüchtete - statusunabhängig</p> <p>Streichung der Sondersanktionen für Jugendli-che im SGB II</p> <p>jugendhilfegemäÙe Unterbringung und Beglei-tung junger (volljähriger) Geflüchteter im Aus-land erworbene Aus- und Bildungsabschlüsse zügig anerkennen http://www.bagkjs.de/start</p> <p>Qualität der Ausbildung verbessern</p> <p>Unterstützende Angebote für Auszubildende aus der EU vor und während der Ausbildung in Deutschland Ausbildungsbegleitung EU-Migranten</p> <p>Zugang und Nutzung von Bildung dürfen nicht von finanziellen Möglichkeiten abhängig sein</p> <p>SKM-Beschlusspapier „Der Mensch am Rand ist unsere Mitte - Armut und Ausgrenzung in Deutschland bekämpfen“, vom 24.05.2014 SKM Beschlusspapier</p>
Arbeitsmarkt Einwanderer/	Fachkräfte-Zuwanderungsge-	Einwanderungsge-setz zur besseren	Für ein Einwande-rungsgesetz, Auf-	Ein Einwanderungs-gesetzbuch (34) –	Zusätzliche Sprach- und Al-	AFD geht von „massenhaftem	Einwanderungsgesetz: Es kommt nicht auf die Benennung des Gesetzes an, sondern auf die

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
<p>Flüchtlinge</p> <p>weitere Details siehe unten Politikbereich Flucht und Migration</p>	<p>setz, welches bestehende Regelungen bündelt: Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und Sicherung Lebensunterhalt (12)</p> <p>Förderung von Personen mit Bleiberechtsperspektive - Arbeitsmarktintegration gefördert durch Erlernen der deutschen Sprache und Bereitschaft zur beruflichen Bildung (75)</p>	<p>Steuerung des Zugangs von qualifizierten Arbeitskräften - ausreichende fachliche Qualifikation und Job als Voraussetzung - Bündelung bestehender Regelungen (60)</p> <p>Integrationskurse für alle, sofern nicht klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben (67)</p> <p>Verpflichtende und berufsqualifizierende Sprachangebote für anerkannte Flüchtlinge – Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote, die wahrgenommen werden sollen (59)</p> <p>Kompetenzfeststellung für alle offen – sozialverträgliche Kosten bei Anerkennungsverfahren, Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren (67)</p>	<p>enthaltsrecht für Fachkräfte, Punktesystem, Spurwechsel Asyl- und Einwanderungsrecht (114)</p> <p>Integrationsangebote unabhängig von der Bleibeperspektive – Recht auf Integrationskurse (106/7)</p> <p>Betreuung aus einer Hand durch Ausländerbehörde, Jobcenter, BA und Sozialamt (106)</p> <p>Schnellere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen – Abbau bürokratischer Hürden (107)</p> <p>Aufenthaltsgarantie während der Ausbildung und Abschaffung der Vorrangprüfung (107)</p> <p>Niedrigschwellige Angebote im Bereich Sprach- und Integrationskurse sowie bei der Arbeitsagentur, insbesondere für Frauen mit ausreichend Kinderbetreuung (107/113)</p> <p>Frühzeitige Bildungsangebote und passende Sprachförderung (181)</p>	<p>Einwanderung von Qualifizierten mit Punktesystem – Rechtskreiswechsel für Flüchtlinge</p> <p>Konzentration auf Flüchtlinge mit Bleibeperspektive (34)</p> <p>Bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse bundeseinheitlich - Rechtsanspruch auf Beratung (35)</p>	<p>phabetisierungskurse für geflüchtete Erwachsene neben den Kursen der BA (54)</p> <p>Frühzeitiger Zugang zu Integrations- und Sprachkursen unabhängig vom Aufenthaltsstatus (69)</p> <p>Schnelle und faire Integration in den Arbeitsmarkt ohne Mindestlohnausnahmen (69)</p> <p>Ablehnung von Quoten, Kontingenten und Punktesystemen (69)</p> <p>300.000 sozialversicherungspflichtige, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete (69)</p> <p>Arbeitsverbote aufheben und Vorrangprüfung abschaffen - Sicherung Aufenthalt während der Ausbildung – Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse (124)</p>	<p>Missbrauch des Asylgrundrechts“ und „ungebremster Massenmigration nach Deutschland“ aus (29). Vor diesem Hintergrund wird</p> <p>a) im Falle des dauerhaften Bleiberechts eine „Bringschuld zur Anpassung an die Leitkultur“ gesehen und</p> <p>b) die Absenkung der schulischen und beruflichen Anforderungen abgelehnt (31)</p>	<p>konkreten Regelungen. Ein Punktesystem kann eine Chance sein. Arbeitskräftezuwanderung darf nicht auf Fachkräfte reduziert werden. Wenn ein Arbeitsplatz nachgewiesen ist, müssen auch Unqualifizierte zuwandern dürfen. Die Regeln zur Arbeitsmigration müssen einfacher und transparenter werden. Anerkennungsverfahren: bundesweite Vereinheitlichung und Vereinfachung, Ausbau von Maßnahmen zu Anpassungsqualifizierung und Ausweitung von Nachqualifizierung. Qualifikationsanalysen stärker nutzen, wenn keine formalen Nachweise vorliegen; Stellungnahme Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit optimieren</p> <p>Diskussionspapier zum Einwanderungsgesetz 11/2016 Änderungsbedarf Einwanderungsrecht</p> <p>Asylsuchende und Geduldete: Die Integrationskurse sollen für alle Asylsuchende geöffnet werden. Zugang zu Arbeitsmarktförderung für Asylsuchende, unabhängig vom Herkunftsland, nach einer Frist von 6 Monaten Aufenthalt in Deutschland</p> <p>Stellungnahme „Regierungsentwurf für ein Integrationsgesetz“, 2016 Flüchtlingsintegrationsgesetz</p> <p>Position/Eckpunkte für ein Integrationsgesetz, 2016 Eckpunkte Integrationsgesetz</p> <p>„Spurwechsel“ von Asylsuchenden zu einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeit in der Regel zulassen. Vorrangprüfung bundesweit abschaffen. Ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Förderung von Anfang an.</p> <p>Diskussionspapier zum Einwanderungsgesetz, 11/2016 Änderungsbedarf Einwanderungsgesetz</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Ausbildung darf nicht an der Bleiberechtsperspektive scheitern – rechtssicherer Aufenthaltstitel während der Ausbildung (181)				Ausbildungsduldung: statt Duldung Aufenthaltstitel Stellungnahme des DCV zum Regierungsentwurf für ein Integrationsgesetz, 2016 Regierungsentwurf Integrationsgesetz
Arbeitsmarktförderung Alleinerziehende/ junge Mütter	Rechtsanspruch auf Teilzeit und regelmäßige Beratung über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung (27)	Angebote für Alleinerziehende – Umgangsmehrbedarf für Frauen im SGB II (19)	Unterstützung von Alleinerziehenden deutlich verbessern (172)		Stärkung von Alleinerziehenden – Handlungsbedarf bei Zugang zu Arbeit, Teilhabe am öffentlichen Leben und Chancengerechtigkeit (27) Unterhaltsvorschuss und Kindergeld nicht auf das SGB II anrechnen (27)	„Allein erziehen ist kein Idealfall“ Besonderes Arbeitsrisiko Alleinerziehender – gegen eine bedingungslose Förderung von Alleinerziehenden (37)	Die bedarfsgerechte Unterstützung von Alleinerziehenden/Familienernährerinnen und von Patchworkfamilien mit besonderen Bedarfen ist eine politische Querschnittsaufgabe. (Alleinerziehenden) jungen Müttern ermöglichen, Qualifikationen aufzufrischen, fehlende Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen, durch betriebliche Trainingsmaßnahmen wieder in die Arbeitswelt einzusteigen; Maßnahmen so gestalten, dass sie mit der familiären Situation in Einklang zu bringen sind; bei Arbeitgebern für Teilzeitausbildungen werben; dem SGB II vorgelagerte Sozialleistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag) weiterentwickeln. Stellungnahme des DCV „Souveränität von Familien mit geringem Einkommen stärken“, 2014 Familien mit geringem Einkommen stärken IN VIA: Junge Mütter schon während der Elternzeit fördern und beraten; Teilzeitausbildung initiieren; Rechtsanspruch auf Leistungen der sozialen Integration (§16a SGB II) Positionierung „IN VIA fordert bessere Ausbildungschancen für junge Alleinerziehende“ Ausbildungschancen junge Alleinerziehende
Mindestlohn	Hat sich als Instrument bewährt, aber Abbau von Bürokratie (13)	Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose abschaffen (15) Ausnahmeregelungen für Jugend-	Mindestlohn zum Schutz vor Lohn-dumping – soll Leben in Würde ermöglichen – Stimmrecht für Wissenschaft in Kommission - branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb	Mindestlohnausnahmen für Flüchtlinge – ähnlich Langzeitarbeitslose (36) Vereinfachung Dokumentationspflicht beim Mindestlohn (82)	Erhöhung Mindestlohn auf 12 Euro – jährliche Anpassung - Streichung aller Ausnahmetatbestände (7/8)	Befürwortung des Mindestlohnes, der die Existenz jenseits der Armutsgrenze möglich macht (50)	Die in der Mindestlohnkommission vertretenen Wissenschaftler/innen sollten Stimmrecht erhalten. Evaluierung der Folgen des Mindestlohns (und seiner Ausnahmen) für Langzeitarbeitslose und Jugendliche Ausnahme vom Mindestlohn für Jugendliche unter 21 Jahren Anpassung der Regelungen zur Ausnahme von Langzeitarbeitslosen an die Situation der jeweils Betroffene

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		liche evaluieren (15)	des Mindestlohns (217)				nen. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie, 6/2014 Tarifautonomie
Digitalisierung/ Arbeit 4.0	Wirtschaft 4.0 auch für Dienstleistungen und Verwaltung (52) – neue Arbeitszeitmodelle für bessere Vereinbarkeit Familie-Beruf (52)	Wahlarbeitszeitgesetz für flexiblere Arbeitszeiten und – orte gemeinsam mit den Sozialpartnern erarbeiten (16)	Recht auf Home-office unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten (227) Absicherung Solo-Selbständige und Kreative und faire Entlohnung (227)	Arbeitszeitgesetz flexibilisieren - Homearbeit entbürokratisieren – Langzeitkonten für Arbeitszeit (43/44)	Statt digitalem Proletariat Absicherung aller (14) Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten, aber auch Schutz vor Überlastung (15/16)		Chancen der Digitalisierung auch für soziale Infrastruktur/Wohlfahrtsverbände fordern BAGFW-Papier „Digitale Transformation“, August 2017 <i>nicht veröffentlicht</i> Verbesserungen bei der Weiterbildung von gering qualifizierten Arbeitnehmer/-innen und Arbeitslosen erreichen, z.B. durch modulare Bildungsangebote, die den Interessierten die Möglichkeit eröffnen, eine Ausbildung nach Bedarf zu unterbrechen oder zu verlängern Benachteiligten Kindern, Jugendlichen und Familien muss eine gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Welt möglich sein. Hierzu bedarf es entsprechender Konzepte und Rahmenbedingungen in der Kinder-/ Jugend- und Familienhilfe. Pressemeldung zum 15. Kinder- und Jugendbericht, 01.02.2017 Benachteiligte Jugendliche
Digitalisierung/ (Weiter-)Bildung	Nationale Weiterbildungsstrategie gemeinsam erarbeitet mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und den zuständigen Stellen (16)	Weiterbildungs-offensive - Nationale Weiterbildungskonferenz zur Abstimmung von Weiterbildungsinstrumenten (17) Stärkung berufliche Weiterbildung und auch Zugänge nonformalen Lernens (17) Weiterentwicklung Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung a) Qualifizierungsmaßnahmen für	Weiterbildung für alle unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft als Teil der Allgemeinbildung (180/228) BildungsZeitPlus als Mix aus Zuschuss und Darlehen für Weiterbildung, Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen (180/218) Weiterbildungsangebote für Menschen mit Behinderung, Jugendliche	Bessere Bildung durch Digitalisierung – individuelles Lernen, innovative Lernmethoden (3) Lebenslanges Lernen mit Online-Tools (7) Alle Bürger bei digitalem Wandel durch Weiterbildung und Qualifizierung mitnehmen – durch Arbeitsmarktpolitik Weiterbildung unterstützen - Bildungs-sparen – staatliche Zuschüsse für jeden	Umfassendes Recht auf Weiterbildung – Recht auf Arbeitszeitreduzierung – Lohnausgleich von mindestens 70% - für Geringverdiener vollständiger Lohnausgleich durch staatliche Zuschüsse (15) Idee eines Weiterbildungsfonds, in den alle Unternehmer einzahlen müssen (15)		Die Qualifizierung von (haupt- und ehrenamtlichen) Mitarbeitenden wird durch die digitale Transformation in vieler Hinsicht tangiert. Weiterbildung und Fortbildung/digitaler Kompetenzerwerb kann und muss sich in den sozialen Berufen praxisbegleitend in Kooperation mit Hochschulen gestalten. BAGFW-Papier „Digitale Transformation“, August 2017 <i>nicht veröffentlicht</i>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>Arbeitslose nach 3 Monaten</p> <p>b) gezielte Weiterbildungsberatung auch mit der Möglichkeit Umschulung/Nachholen Berufsabschluss</p> <p>c) ALG Q</p> <p>d) Startguthaben und Beratung für Beschäftigte (17)</p> <p>Berufsbegleitende Weiterbildung durch digitale Bildungsangebote (12/13)</p> <p>Weiterbildungsangebote auch für Langzeitarbeitslose, die aufgrund des Partnereinkommens keinen SGB II - Anspruch haben (19/20)</p>	<p>ohne Ausbildung, Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und ältere Beschäftigte - Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln (180)</p>	<p>zurückgelegten Euro (30)</p> <p>Keine Verlängerung des ALG I - Weiterbildung heute mit Arbeitslosengeld ausreichend möglich (31)</p> <p>Abschlussorientierte Umschulungen (31)</p>			
Armut allgemein			<p>Netz sozialer Sicherheit so gestalten, dass es vor Armut schützt (9)</p>		<p>Gesellschaft, in der alle frei von Armut und Angst vor sozialem Absturz sind (4)</p>		<p>Daten zur Armut, u.a. im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, belegen, dass dringender politischer Handlungsbedarf besteht. Dabei geht es sowohl um Armutsbekämpfung als auch um Armutsprävention. Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, müssen frühzeitig erreicht werden.</p> <p>Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 30.12.2016 Entwurf 5-ARB</p>
Sanktionen		<p>Streichung Sondersanktionen U 25 (20)</p> <p>Abschaffung Sanktionen im KdU Bereich (20)</p>	<p>Abschaffung Sanktionen – insbesondere Sonderregelung U 25 und KdU Regelung (205)</p>		<p>Abschaffung Sanktionen und Sperrzeiten (23)</p> <p>Existenzminimum darf nicht gekürzt werden (24)</p>		<p>Sanktionen sind in ihrer Ausgestaltung teilweise unverhältnismäßig. Die Sanktionen nach § 31a SGB II sollen vereinheitlicht werden. Die schärferen Sonderregelungen für unter-25-Jährige müssen abgeschafft werden und die Kosten der Unterkunft und Heizung dürfen nicht sanktioniert werden.</p> <p>Stellungnahme „Sind die Sanktionen im SGB II</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>mit dem Grundgesetz vereinbar?", 2017 Sanktionen SGB II</p> <p>so auch SKM-Beschlusspapier vom 24.05.2014 „Der Mensch am Rand ist unsere Mitte - Armut und Ausgrenzung in Deutschland bekämpfen“ SKM Beschlusspapier</p>
Regelsatz			<p>Regelsatz so erhöhen, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist - Sachgerechte Kinderregelsätze – Stromkosten über gesonderte Pauschale – Übernahme angemessene KdU Waschmaschinenanschaffung muss möglich sein (204/5)</p>		<p>Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1050 Euro ohne Sanktionen und Kürzungsmöglichkeiten (8)</p> <p>Jährliche Anpassung der Höhe der Mindestsicherung anhand eines Warenkorb zu prüfen (24)</p> <p>Abschaffung Bedarfsgemeinschaft - individuelle Ansprüche = Individualprinzip (24)</p> <p>Sonderbedarfe, z.B. für chronisch Kranke (25)</p> <p>Sozialticket für den ÖPNV (24/91)</p> <p>Computer und Internetzugang als Teil des Existenzminimums (131)</p>		<p>Größe der Referenzgruppe: Bedarf von Erwachsenen anhand der alten Referenzgruppe berechnen (untere 20 Prozent); verdeckt Arme u.a. herausnehmen</p> <p>Flexibilitätsreserve im Regelbedarf einführen</p> <p>Weißer Ware als einmalige Leistung</p> <p>Stromanteil realitätsgerecht berechnen</p> <p>Besonderheiten beim Bedarf von Kindern und Jugendlichen beachten (Bildung und Teilhabe, Mobilität);</p> <p>Position zur Bemessung der Regelbedarfe, 22.11.2016 Ermittlung Regelbedarfebemessung</p>
Bürgergeld/ bedingungsloses Grundeinkommen/ Mindestsicherung			<p>Diskussionsprozess zum bedingungslosen Grundeinkommen, Kindergrundsicherung und Garantierente (198)</p>	<p>Liberales Bürgergeld – kein bedingungsloses Grundeinkommen - Anhebung Zuverdienstregelung – Mini- und</p>	<p>Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1050 Euro ohne Sanktio-</p>		<p>Der Deutsche Caritasverband sieht derzeit keinen gangbaren Weg für eine alternative Basis-sicherung wie zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen. Er plädiert für Verbesserungen des bestehenden Systems einer bedarfsabhängigen Mindestsicherung. Arbeit ist</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Modellprojekt Grundeinkommen (198)	Midi-Job-Regeln anpassen (32)	nen und Kürzungsmöglichkeiten für Erwerbslose, aufstockend Erwerbstätige und Erwerbsunfähige ohne hinreichendes Einkommen oder Vermögen (8/24) Enquete-Kommission Grundeinkommen (25)		ein erstes Mittel, um Armut vorzubeugen. Kriterien zur Bewertung eines bedingungslosen Grundeinkommens wurden von der Kommission „Sozialpolitik und Gesellschaft aufgestellt und von der DV verabschiedet. (neue caritas 6/2008) <i>online nicht verfügbar</i>
Schonvermögen SGB II/XII		Verdopplung Schonvermögen im SGB II (20)					
Steuerpolitik Erwerbseinkommen (familienpolitische Maßnahmen sind hier nicht im Detail ausgeführt)	Verringerung „Mittelstandsbauch“ (34) - Entlastung arbeitende Mitte (33) Schrittweise Abschaffung Soli bis 2020 (34) Schrittweise Anhebung Kinderfreibeträge auf das Niveau Erwachsenenfreibetrag und Erhöhung Kindergeld - ebenfalls in zwei Legislaturperioden (34) Kinderbaugeld in Höhe von 1200 Euro/Jahr über 10 Jahre (39) Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro	Entlastung mittlerer und unterer Einkommen: a) Gebührenfreiheit KITA b) Weiterentwicklung Ehegattensplitting zu Familientarif mit Kinderbonus c) Erweitertes Kindergeld (= Weiterentwicklung der-geld/Kinderzuschlag) d) Paritätische KV-Finanzierung e) Beitragsentlastungen bei den Sozialversicherungen für Verdienste zwischen 451 und 1300 Euro f) Abschaffung Soli für untere Einkommen g) Erhöhung Grundfreibetrag h) Erhöhung Spitzensteuersatz von	Geringverdiener von Sozialabgaben entlasten (193) Minijobs in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln – Erwerbsarbeit muss sich rechnen, deshalb müssen hier die Abgaben und Steuern entsprechend angepasst werden (193) Kleinere und mittlere Einkommen durch Erhöhung des Grundfreibetrags entlasten und zu Gegenfinanzierung Spitzensteuersatz oberhalb 100.000 Euro erhöhen (194/212)	Abflachung Mittelstandsbauch – Kinderfreibeträge und Betreuungskosten voll absetzbar - steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (67) Belastungsgrenze für direkte Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben (68) Solidaritätszuschlag abschaffen (68) Freibeträge für Grunderwerbssteuer bis zu 500.000 Euro (69)	Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sollen besser gestellt werden – monatlicher Grundfreibetrag 1050 Euro – Anhebung Spitzensteuersatz auf 53 % ab 70.000 Euro – Reichensteuer 60% bei Jahreseinkommen oberhalb 260.000 Euro und 75% bei über 1. Mio. Euro (8)	Einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem - Steuerstufen anstelle progressiver Anstieg - Grundfreibetrag auf pfändungsfreies Einkommen zur Entlastung von gering- und Durchschnittsverdienern (49)	Angesichts der in der Vergangenheit gestiegenen Ungleichheit der Einkommensverteilung ist eine (moderate) Anhebung der Einkommenssteuersätze für hohe Einkommen in Verbindung mit einer höheren Einkommensgrenze beim Erreichen des Spitzensteuersatzes angemessen. Diese könnte auch die untere Mitte entlasten. Auch Familien sollten nicht stärker belastet werden. Die Caritas schlägt darüber hinaus die Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine wirksame Besteuerung von Erbschaften vor. Zudem müssen durch internationale Zusammenarbeit die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung einschließlich der Steuerhinterziehung international tätiger Unternehmen eingeschränkt werden. Stellungnahme des DCV zur Anhörung zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 27.06.17 Anhörung 5-ARB

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		42 auf 45 % ab 76.200 zu versteuerndem Einkommen (38ff.) i) sozial gestaffeltes Familienbaugeld (44)					
Kinderarmut	Bekämpfung von Kinderarmut durch bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung, Zeit für Kinder und Förderung von Wohneigentum (25) → Details siehe Familienpolitik	Kinderarmut beseitigen durch Verbesserung der finanziellen Situation, Arbeitsmarktpolitik und Infrastrukturförderung a) Zusammenführung Kindergeld und Kinderzuschlag b) Gebührenfreie Kita und Bildung c) Konzept einer Existenzsicherung für Kinder mit unterschiedlichen Instrumenten, die im Programm nicht konkret benannt werden d) Teilhabechancen im SGB VIII stärken (6) -> Details siehe Familienpolitik	Kinderarmut bekämpfen – Recht auf gutes Leben und Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe verwirklichen – gerechtes und durchlässiges Bildungssystem (172) Reformpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut - Familien finanziell entlasten - Infrastruktur stärken in Kita, Stadtbücherei, Jugendzentren, bezahlbares Wohnen (172/175/212/213) Abschaffung Bildungs- und Teilhabepaket – anstelle dessen kostenfreier Zugang zu Leistungsangeboten finanziert durch den Bund (213) Einkommensabhängiger Kindergeldbonus, der das sächliche Existenzminimum unbürokratisch und ohne Antrag garantiert (212) Grünes Familienbudget in Höhe von 12 Mrd. Euro zur	Kinderarmut bekämpfen – Kindergeld 2.0 mit eigenständigem Anspruch des Kindes, einkommensunabhängigem Grundbetrag, einkommensabhängigem Kinderbürgergeld und Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe (50)	Kindergrundsicherung, die alle Kinder vor Armut und Ausgrenzung schützt (8) Kinderarmut ist Elternarmut - Mindestsicherung – Aktionsplan gegen Kinderarmut – bessere Infrastruktur auch bei Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie ÖPNV und kostenfreie Mahlzeiten – eigenständige Kindergrundsicherung als langfristiges Ziel in Höhe von 573 Euro → Details siehe Familienpolitik	Kinderarmut durch nachhaltige steuerliche Entlastungen von Familien mittels Familiensplitting bekämpfen (54) Förderung des Erwerbs von Wohneigentum durch Familien durch zinsloses Darlehen, Zuschüsse und Erlass bei der Grunderwerbsteuer (54)	Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Familien müssen erhöht werden. Die finanzielle Situation von einkommensschwachen Familien muss verbessert werden: Weiterentwicklung des Kinderzuschlags. „Souveränität von Familien mit geringem Einkommen stärken“, Position des Deutschen Caritasverbandes zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, 17.11.2014 Kindergrundsicherung Valide Berechnung der Regelbedarfe für Kinder und ihre Eltern; Änderungen beim Bildungs- und Teilhabepaket und den Eigenanteilen. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des SGB II und SGB XII, 22.11.2016 Ermittlung Regelbedarfe

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Bekämpfung von Kinderarmut - echte Existenzsicherung für Kinder - Zusammenführung von Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz (213/215)				
Bildungsarmut (Kita/Ganztags-schulen siehe Bildungs- und Familienpolitik)	Bildung und Ausbildung unabhängig von Herkunft, Einkommen, Bildungsstand der Eltern (35)	Gleiche Chancen durch Bildungspolitik – Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - Gebührenfreiheit (5) Ausbau der Schulsozialarbeit gemeinsam mit den Ländern (8)	Zu oft bestimmt Herkunft über Bildungserfolge (174) Bundesprogramm Schule in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln (177)	Bildung als Schlüsselthema – Bildung für alle – Bildungsnation (3) Bildung für Chancengerechtigkeit - Elternhaus darf nicht ausschlaggebend sein (8)	Bildung zu stark von sozialer Herkunft geprägt (51) Schulsozialarbeit als fester Bestandteil von schulischer Arbeit (54)		Chancengerechte Ausgestaltung des Bildungssystems, so dass jedes Kind seine Potentiale verwirklichen kann. Dabei soll das Bildungssystem die Heterogenität und individuellen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen aufgreifen. Eine gerechte Verteilung von Bildungschancen beinhaltet: 1. Den quantitativen und qualitativen Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung in allen Altersstufen (Zugangsgerechtigkeit schaffen). 2. Die Stärkung schulischer + beruflicher Integration für alle Jugendliche, vor allem mit Migrationshintergrund oder ausländischem Pass. Zentral sind hier Sprachförderangebote und Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“, S. 6-7 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken Verlässliche Angebote der Jugendberufshilfe Rechtsanspruch junger Menschen auf Leistungen der Jugendsozialarbeit § 13 SGB VIII und SGB III Ausbildungsförderung flächendeckende Angebote im Rahmen der Schulsozialarbeit in allen Schulformen in Trägerschaft der Kinder- und Jugendhilfe Schule und Ausbildung Schule muss mit den außerschulischen Unterstützungssystemen und Einrichtungen im Wohnumfeld der Kinder und Jugendlichen ko-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>operieren. Die Rahmenbedingungen und finanzielle Ausstattung für diese Kooperationen sind zu verbessern.</p> <p>„Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem – Bildungspolitische Position des Deutschen Caritasverbandes“, 28.11.2011 Chancengerechtes Bildungssystem</p> <p>DCV- Studie zu Bildungschancen: Was wirklich zählt, 2012 Bildungschancen</p> <p>Für neu zugewanderte Migrant(inn)en ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus umgehend der Zugang zum Bildungssystem sicher zu stellen. Bei entsprechendem Bedarf müssen Angebote der Sprachbildung und Deutschförderung zur Verfügung stehen.</p> <p>Das Bildungs- und Teilhabepaket muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und bürokratische Hürden abgebaut werden, u.a. durch einen bundesweiten Globalantrag. Der Schulbedarf sollte für Bezieher(innen) von Kinderzuschlag und Wohngeld ebenfalls antragsfrei gewährt werden. Die Eigenanteile bei Schülerbeförderung und Mittagessen sind zu streichen. Die Kosten für das Schulstarterprogramm sind zu niedrig angesetzt. Der für diese Leistungen vorgesehene Betrag von derzeit 10 Euro pro Monat ist zu erhöhen. Die Lernförderung ist auszuweiten.</p> <p>Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, 30.1.2016 Entwurf 5-ARB</p>
Zukunft der Alterssicherung/ Beratungsprozesse	Rentenkommission, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll (44)	Dialog für einen neuen Generationenvertrag (33)					Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege in einer Rentenkommission ist unabweisbar, um jenseits der Sozialpartnerlogik spezifische Altersarmutsrisiken einzubringen.
Alterssicherung/ Weiterentwicklung der Säulen		Betriebliche und private Vorsorge sollte weiterhin attraktiver gemacht werden - Standardprodukt für Riesterrente (35)	Basisprodukt für die private Altersvorsorge als Alternative zu Dschungel der Altersvorsorgeprodukte (161/2)	Reform der betrieblichen Altersvorsorge - Reform steuer- und handelsrechtlicher Bewertung der Pensionsrückstellungen (29)	Riester-Rente in gesetzliche Rentenversicherung überführen (21)	Stärkung der gesetzlichen Rente sowie der betrieblichen und privaten Vorsorge - Steuerfreistellungen – andere Zinspolitik	

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Stärkung private und betriebliche Vorsorge – alle Arbeitgeber sollen Betriebsrente anbieten (199)	Hohe Bedeutung der privaten Altersvorsorge - Aufsichtsrecht anpassen, damit verstärkt in Aktien, Infrastrukturprojekte und Unternehmensbeteiligungen investiert werden kann (29/30)		der EZB – Ausstieg aus der Eurozone (55)	
Alterssicherung/ Rentenniveau		doppelte Haltelinie mit Rentenniveau auf 48 % und Beitragssatz auf 22 % (33)			Rentenniveau auf 53 Prozent anheben Rente nach Mindestentgeltpunkten wieder einführen (21)		
Alterssicherung/ Renteneintrittsalter/ Regelaltersgrenze					Rente mit 65 – nach 40 Beitragsjahren ab 60 (22)		höhere Erwerbsbeteiligung und höheres Renteneintrittsalter als zwingende Voraussetzung dafür, dass das umlagefinanzierte Rentensystem leistungsfähig bleibt Stellungnahme RV- Leistungsverbesserungsgesetz vom 17.1.2014 und PM vom 20.1.2014 Leistungsverbesserung Rentenversicherung
Alterssicherung/ Generationengerechtigkeit							Generativen Beitrag von Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017
Alterssicherung/ Finanzierungsreform		Reformprogramm, welches auch bessere Erwerbsbeteiligung, Einwanderungspolitik, Verbreiterung der Versichertenbasis und Digitalisierung im Blick hat (33)			Beitragsbemessungsgrenze anheben (21) Beiträge für Langzeitarbeitslose in Rentenversicherung (21)	Finanzmittel für die bisherige Migrationspolitik sollen in die Stabilisierung der Alterssicherung umgelenkt werden (55) Versicherungsfremde Leistungen ausgliedern oder durch staatliche Transfers finanzieren (55)	

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Alterssicherung/ Anrechnung Ehrenamt			Anrechnung der Aufwandschädigung von Ehrenamt in der Rente (200)				
Alterssicherung/ Administration				Persönliche Vorsorgekonten - Digitalisierung gibt die Möglichkeit via Bürgerportal alle Ansprüche auch aus privater und Betrieblicher Vorsorge zu berechnen (28-29) – die Höhe der gesetzlichen Rente soll anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation berechnet werden (jahrgangssindividuell) (27)			
Alterssicherung/ Hinzuverdienst/ Teilrente			Attraktive Teilrente ab 60 – Vereinfachung Hinzuverdienst (199)			Entgeltliche Beschäftigung in der Rente ohne Einschränkungen bei den Rentenbezügen (55)	
Altersarmut/ Erwerbsminderung	Weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente (43)	Verbesserungen Erwerbsminderungsrente (35)	Abschaffung Abschläge bei Erwerbsminderungsrente (199)	Änderung Erwerbsminderungsrente-Schicksalsschlag darf nicht dazu führen, dass man zum Sozialfall wird (28)	Zugänge zur Erwerbsminderung erleichtern – Abschläge streichen - Zurechnungszeiten auf einen Schritt anheben (22)		Erwerbsminderungsrente verbessern: Senkung bzw. Abschaffung der Abschläge; stufenweise Anhebung der Zurechnungszeiten schneller durchführen und eine Altfallregelung prüfen. Stellungnahme zur Reform der Erwerbsminderungsrente, 20.01.2017 Erwerbsminderungsrente
Altersarmut/ Pflege- und Familienzeiten					Zeiten der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege besser absichern, damit Altersarmut vermieden wird (21) Dritter Entgeltpunkt Mütterrente (21) Bekämpfung Altersarmut bei	Erziehungszeiten müssen eine dieser Leistung angemessenen Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben (54)	Leistungen, die durch die Pflege naher Angehöriger erbracht werden, sind in der gesetzlichen Rentenversicherung besser abzubilden. Insbesondere sind auch die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen im Pflegegrad 1 in die soziale Sicherung von Pflegepersonen einzubeziehen. Bei der Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen aus der sozialen Pflegeversicherung wird der Leistungsanspruch danach differenziert, ob nur Pflegegeld bezogen wird oder auch Kombinationspflege oder Pflegesachleis-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					Frauen durch volle Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten bei der Rentenversicherung (73)		tung im vollem Umfang. Die Staffelung des Prozentsatzes der Bezugsgröße ist zu streichen. Stellungnahme der BAGFW zum PSG II § 44 Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen.
Altersarmut/ Mindestsicherung		Solidarrente 10% über Grundsicherung für langjährig Versicherte (35 Beitragsjahre) (34)	Grüne Garantierente – steuerfinanziert und oberhalb der Grundsicherung für Menschen, die lange gearbeitet haben, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt haben = Mindestsicherung in der Rente – ohne Bedürftigkeitsprüfung - keine Anrechnung von privater und betrieblicher Vorsorge - versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen (198/206)		Solidarische Mindestrente von 1050 Euro einkommens- und vermögensgeprüft – steuerfinanziert (20/21/22)	Angemessener Aufschlag auf die Grundsicherung für Personen, die gearbeitet haben, aber durch niedrige Entlohnung oder gebrochene Erwerbsbiographien geringe Renten haben (56)	
Altersarmut/ Zwangsverrentung							Zwangsverrentung abschaffen - Anreize zur Alterssicherung für Geringverdiener schaffen Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017
Neue Alterssicherungsrisiken		Selbständige ohne Sicherung in die gesetzliche Rentenversicherung (36)	Nicht anderweitig abgesicherte Selbständige in gesetzliche Rentenversicherung – ebenso Minijobber, Abgeordnete (199) Versicherung von Langzeitarbeitslosen (199)	Pflicht zur Basisabsicherung für Selbständige – Freiheit, Vorsorgeform zu wählen (28)	Soloselbständige in solidarische Versicherungsmodelle (auch Rente) (61)		Neben den alten und neuen Selbständigen gehören z.B. Migranten und Migrantinnen zu den Personen, die im Alter in besonderer Weise von neuen Armutsrisiken betroffen sind. Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf der strategischen Sozialberichterstattung 2016 vom 19.1.2016 Strategische Sozialberichterstattung 2016
Energiearmut			Stromsparmcheck und Energieberatung sollen Standard werden – Haushalte mit kleinem Geldbeutel dabei unterstützen (52)		Verhinderung von Energiearmut – Strom, Gas, Wasser und Heizung dürfen nicht abgeschaltet werden – preisgünstige So-		Stromanteil im Regelbedarf auf Basis der durchschnittlichen Kosten der Grundsicherungsempfänger berechnen und ggf. außerhalb der jährlichen Fortschreibung anpassen; Mehrbedarfzuschlag erhöhen; kostenfreie Energieberatung für einkommensschwache Haushalte; Stromsperrern vermeiden.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Klimawohngeld (54) Gas- und Strom- sperren einschrän- ken (205)		ckeltarife (87) Klimawohngeld so ausgestalten, dass es bei umsichtigem Verbrauch Ener- gearmut verhindert – Detail siehe Wohngeld (87)		Position Energiearmut, 25.11.2015 Energiearmut

2. Gesundheit/Pflege/Teilhabe

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Gesundheit							
Ländlicher Raum	<p>Sicherstellung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum; Sicherung der Notfallmedizin, Förderung „ärztlicher Versorgungszentren“; bei der Studienplatzvergabe Medizin Interessen des ländlichen Raums besonders berücksichtigen (29)</p> <p>Verbot Versandhandel bei Apotheken (40)</p>	<p>Integrierte Bedarfsplanung für die gesamte medizinische Versorgung (Stärkung der Reha und Prävention im Rahmen dieser Planung) (31)</p> <p>Stärkung der Hausärzte und Stärkung der Kompetenz der Apotheker (31)</p>	<p>Wohnortnahe Gesundheitsversorgung (187)</p> <p>Gründung lokaler Gesundheitszentren zur Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum (200)</p>		<p>Neue Versorgungsformen im ländlichen Raum: Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilpraxen oder Medizinische Versorgungszentren in öffentlicher Hand (31)</p>	<p>Sicherstellung, dass sich Ärzte auf dem Land wieder vermehrt niederlassen (58)</p>	<p>Stärkung aufsuchender Reha-Angebote in der Häuslichkeit stärken insbes. für ältere Menschen; med. Reha in koordiniertem Netz gesundheitlicher Leistungen erbringen; es bedarf flächendeckender wohnortnaher Versorgungsstrukturen und Reha-Angebote im Sozialraum; zur Umsetzung des Sicherstellungsauftrages regionale Arbeitsgemeinschaften der Rehaträger nach § 25 SGB IX verpflichtend gestalten;</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Bundesteilhabegesetz, Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung, 2016 DCV BTHG</p> <p>BAGFW Weiterentwicklung med Reha</p> <p>Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen gewährleisten; Erweiterung der Kompetenzen der Pflegefachkräfte; Verbesserung der Integrationsverträge, Verträge mit Ärztenetzen nach §87b SGB V; Erprobung von Tandempraxen aus Medizin und Pflege; Förderung von Arzt-/Praxisnetzen; Erweiterung der Zulassungsmöglichkeiten für MVZ; Zulassungsbeschränkungen und Ablehnung von Nachbesetzungsverfahren; in überversorgten Gebieten finanzielle Anreize für neue Versorgungsformen/Vertragsärzte; wohnortnahe Versorgung als Kriterium für Bedarfsplanung; Möglichkeit der Kommunen zur Betreibung von MZV</p> <p>Sicherstellung des Notdienstes über Kooperation mit Krankenhäusern; Einsatz telemedizinischer Leistungen</p> <p>DCV Stellungnahme zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz, vom Oktober 2011</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							GKV Versorgungsstrukturgesetz DCV Impulspapier „Zukunft auf dem Land“, 15. Oktober 2014 Stadt Land Zukunft Stellungnahme des DCV, 2015 Stärkung Versorgung gesetzliche Krankenversicherung Stellungnahme des DCV, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz Stellungnahme des DCV, 2015 E-Health-Gesetz
Prävention		Auflegung eines Programms „Gesunde Stadt“, das eng mit dem Programm „Soziale Stadt“ verknüpft werden soll (32) Inhalte: Verringerung Schadstoffbelastung, bewegungsfreundliche Umwelt, Sicherstellung gesündere Ernährung in Kitas und Schulen, Schaffung der notwendigen Personalressourcen Stärkung ÖGD (32)	Stärkung der Prävention (201) Möglichst großer Infektionsschutz in der Bevölkerung, gerade auch für nicht-Geimpfte (202) Frühe Beratung, Hilfs- und Therapieangebote für Kinder, denen etwas zugestoßen ist (211)				Prävention und Gesundheitsförderung werden zu Pflichtleistungen der GKV. § 20a SGB V sieht Leistungen zur GF und Prävention in Settings vor, u.a. werden auch Kitas explizit genannt. Allerdings sollten die konkreten Maßnahmen in den Settings partizipativ entwickelt werden Settings sollten selbst gesundheitsförderlich gestaltet werden. Präventionsgesetz bezieht nur Sozialversicherungsträger mit ein. DCV bemängelt, dass die Öffentliche Hand auf Bundes-, Landes- und Ortsebene nicht einbezogen und finanziell beteiligt wird, dadurch unzureichende Reichweite des Gesetzes. Auch sektorenübergreifende Zugänge (Umweltpolitik, Verkehrspolitik) dadurch nicht behandelt. Stellungnahme des DCV, 2015 Präventionsgesetz Einführung eines präventiven Hausbesuchs für hilfebedürftige ältere Menschen ab 75 Jahren Änderung der Beratungspflichten der Eltern über den Impfschutz in § 34 Infektionsschutzgesetz, allerdings nur bei Erstaufnahme in die Kita. DCV begrüßt, dass die Empfehlungen der

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Ständigen Impfkommision des RKI gewährleistet werden sollen. Nachweis über erfolgte Impfberatung wird ebenfalls unterstützt. Weitergabe von Informationen über den nicht erfolgten Nachweis der Impfberatung der Eltern an den Öffentlichen Gesundheitsdienst wird aus datenschutzrechtlichen Gründen abgelehnt.</p> <p>BAGFW-Stellungnahme Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten; EpiMod Modernisierung epidemiologische Überwachung übertragbarer Krankheiten</p>
Finanzierung/ GKV/PKV	<p>Ablehnung der Bürgerversicherung (39) Ziel bleibt die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Krankenkassen (41)</p>	<p>Einführung der Bürgerversicherung, die allen bislang gesetzlich Versicherten offen steht (Aufnahme auch der Beamten, wenn Arbeitgeber Beitrag zahlen oder Anteil der Behandlungskosten aus der Beihilfe übernehmen; Wahlrecht der Privatversicherten; einkommensabhängige Beitragsbemessung für Selbständige), Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung/Abschaffung Zusatzbeitrag (30,38); Entlastung durch Parität um 5 Mrd. Euro); Beitragsentlastung für AN in der Zone 451-1300 Euro Verdienst bei vollem Ausgleich in Bezug auf die Leistungen (Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosigkeit) (39) Einheitliche Honorarordnung für Leistun-</p>	<p>Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin (173): alle Bürgerinnen, auch Beamte und Selbständige, werden integriert; Beiträge auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte; paritätische Finanzierung; Abschaffung des Zusatzbeitrags; Arzthonorare sind für gesetzlich und privat Versicherte gleich (201); alle Krankenkassen bieten künftig das Gleiche an und konkurrieren über die Höhe des Beitrags, den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und vor allem die Qualität (207)</p> <p>Selbständigen bei Beitragsrückständen helfen (199), deutliche Entlastung der Selbständigen bei</p>	<p>Klare Absage an Bürgerversicherung (45); Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen und starke PKV</p> <p>Jedoch: grundsätzliche Wahlfreiheit aller Bürger zwischen PKV und GKV; Vereinfachung des Wechsels zwischen GKV und PKV; PKV muss verpflichtet werden, jeden Antragsteller im Basistarif zu versichern; Altersrückstellungen müssen beim Versicherungswechsel innerhalb der PKV mitgenommen werden können, Rückkehr von PKV in GKV soll möglich sein (45, 46)</p> <p>Abschaffung der Budgetierung im Gesundheitswesen, da</p>	<p>Zurückdrängung des Wettbewerbs zwischen und innerhalb der Krankenkassen, der Ärzte, KH und Apotheken (33)</p> <p>Schaffung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung (8)</p> <p>Solo-Selbständigen-Versicherung in der GKV: Ab einem Beitrag von 450 Euro soll sich der Betrag nach tatsächlichem Einkommen richten (15)</p> <p>Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung als ersten Schritt; alle Versicherten werden Mitglied in der GKV, auch die Beamten; Abschaffung der privaten Vollversi-</p>	<p>Paritätische Finanzierung (56)</p> <p>Kostenbewusstsein und Eigenverantwortlichkeit der Patienten stärken (59)</p> <p>Finanzierung des Gesundheitssystems ist durch die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber in Gefahr, aus dem Ruder zu laufen (58)</p>	<p>Übergang zu einem einheitlichen Versicherungssystem in der Kranken- und Pflegeversicherung mit Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung: Sowohl gesetzliche als auch private Kassen konkurrieren unter einheitlichen Wettbewerbsbedingungen ohne Ressourcenentzug aus Versorgungsbereichen. Bis zur Einführung eines einheitlichen Versicherungssystems Risikostrukturausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung.</p> <p>Heranziehung weiterer Einkommensarten zur Beitragsbemessung auf Basis des steuerlichen Einkommensbegriffs</p> <p>Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bis auf das Niveau der GRV</p> <p>Offenheit für einkommensabhängige Beiträge oder pauschale Beitragserhebung mit wirklichem Sozialausgleich.</p> <p>Verbesserung der Nachhaltigkeit des Pflegevorsorgefonds</p> <p>Systemgerechte Finanzierung und Dynamisierung der Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung.</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		gen für gesetzlich und privat Versicherte (30)	den Beiträgen in die Kranken- und Pflegeversicherung (206)	<p>sie zur Unterfinanzierung und Ausblutung der Versorgung im ländlichen Raum und sozialen Brennpunkten geführt hat (46)</p> <p>Kostentransparenz der Leistungen für die Bürger; dazu Schaffung einer freien Wahl zwischen den verschiedenen Tarifen und Selbstbeteiligungen; bessere Informationsangebote zum Selbstmanagement dabei klare Härtefall- und Überforderungsregelungen, damit die Kosten für Gesundheit niemanden überlasten (47)</p> <p>Versicherungsfremde Leistungen aus Bundeszuschüssen muss es für alle Versicherten (46)</p> <p>Schuldenbremse 2.0. für alle Sozialversicherungen im GG verankern: versicherungsfremde Leistungen sollen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus der SV bezahlt werden (76)</p> <p>Reformbedarf wird sowohl in der GKV als auch in der PKV gesehen (46)</p> <p>Verteilungsmechanismus des Gesund-</p>	<p>cherung; Einnahmen werden auch aus anderen Einkommensarten generiert; Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze; dadurch Absenkung des Beitragssatzes von derzeit 15,7 Prozent durchschnittlich auf unter 12 Prozent (29)</p>		<p>Quelle: neue caritas 3/2016; Impulspapier Gesundheit und Pflege im demografischen Wandel Gesundheit und Pflege</p> <p>Die paritätische Finanzierung sollte wieder gestärkt werden, indem diese auch auf den Zusatzbeitrag angewendet wird. Der von den AG zu finanzierende Zusatzbeitrag sollte sich an der Hälfte des durchschnittlichen Zusatzbeitrags nach § 242 a SGB V orientieren.</p> <p>Quelle: neue caritas 18/2016; Paritätische Finanzierung der Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung Paritätische Finanzierung Beiträge gesetzliche KV</p> <p>Aufhebung des AsylbLG und Überführung in die Bücher SGB II und SGB XII</p> <p>Stellungnahme zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, 10/2016 Ermittlung Regelbedarfe</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
				heitsfonds überprüfen, vor allem mit Blick auf den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, der manipulationssicher ausgestaltet werden soll (46)			
Zuzahlungen		Entlastung chronisch kranker Menschen von Zuzahlungen (30) Verbesserung der Leistungen für Zahnersatz und Sehhilfen (30)	Zuzahlungen sollen entfallen (203)		Vollständige Abschaffung der Zuzahlungen, z.B. für Brille und Zahnersatz, Arzneimittel, im Krankenhaus oder bei Physiotherapie (8, 28)	Zuzahlungen und Fahrtkosten für bedürftige Familien mit Kindern und werdende Eltern soll bei medizinisch erforderlichen Arztbesuchen der Staat übernehmen (38)	Bessere Aufklärung und unbürokratische Ausgestaltung der Belastungsregelung, bestimmte Härtefälle (Wohnungslose, Behinderte, ALG II) kurzfristig von Zuzahlungen befreien, DCV-Projekt „Soziale Gesundheit für alle“ 2011-2013 Abschaffung des allein von den Versicherten zu tragenden Beitragssatzanteils von 0,9 %. Ärztlich verordnete medizinisch notwendige Arzneimittel sollen für bestimmte Härtefälle (Wohnungslose, Behinderte, ALG II) von der Kasse übernommen werden; DCV-Projekt „Soziale Gesundheit für alle“ 2011-2013 Kostenübernahme für Sehhilfen für Hartz-IV-Empfänger durch die GKV Stellungnahme des DCV zum Blut- und Gewebegesetz, 2017 Blut- und Gewebegesetz
Sektorenübergreifende Versorgung	Stärkere Verzahnung von gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung („Mannschaftsleistung“), insbes. bei chronisch kranken, schwerkranken Kindern und psychisch Kranken (39/40)	Vernetzte Angebote für Pflege, Gesundheit, haushaltsnahe Dienstleistungen (legal und bezahlbar) als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen (9)	Gemeinsame Planung der ambulanten und stationären Leistungen; Aufhebung der Versäulung (201) Verbindlichere Kooperation zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe durch gesicherte Finanzierung und Qualitätsvorgaben (211)				Siehe Ausführungen zu Innovation/Innovationsfonds Schließung von Versorgungslücken zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung nach Krankenhausaufenthalt durch Verpflichtung der Kranken- und Pflegekasse zur Genehmigung von Leistungen im Rahmen des Entlassmanagements Stellungnahme des DCV zum Versorgungsstrukturgesetz GKV-VSTG, 2011 Versorgungsstrukturgesetz

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							Stellungnahme des DCV zum Versorgungsstärkungsgesetz GKV-VSG, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz
Krankenhäuser	Kosten für Notfallversorgung und Krankenhaushygiene sichern; voller Ausgleich der Tarifsteigerungen bei der Krankenhausvergütung (40)	Notfallversorgung stärken (31) Mehr Investitionen für Krankenhäuser, da Lücke nicht allein von den Ländern geschlossen werden kann (31) Mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern (31)	Notfallversorgung reformieren (203) Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser beseitigen durch Verteilung der Investitionskosten zwischen Ländern und Krankenkassen; Unikliniken benötigen aufgrund ihrer spezialisierten Patientenversorgung eine solidere Vergütung (203)	Notfallversorgung flächendeckend erhalten (47) Investitionsstau aufheben durch Zuschüsse des Bundes an die Länder (47) Dauerhafte Einführung des Instruments der Qualitätsverträge und Aufhebung der Beschränkungen auf bestimmte Indikationen (45) Profil- und Zentrenbildung bei den Krankenhäusern (46) Fehlanreize bei den DRGs beseitigen: Ergebnisqualität und Innovation besser honorieren (47)	Abbau von Personaleinsparung und Outsourcing (30) Beteiligung des Bundes an Investitionskosten in Höhe von 2,5 Mrd. jährlich, Finanzierung des Länderanteils in gleicher Höhe über die Vermögenssteuer (30) Abschaffung der Fallpauschalen, die Fehlanreize erzeugen; statt dessen Finanzierung anhand des notwendigen Bedarfs (30) Gesetzliche Personalbemessung bei Pflegekräften, um 10.000 Pflegefachkräfte mehr einstellen zu können (30) Privatisierte Krankenhäuser müssen in nicht-profitorientierte Häuser zurückgeführt werden; Stopp einer weiteren Privatisierung (30)	Notfallambulanzen der Krankenhäuser durch Portal-Praxen entlasten (59) Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern zum Erhalt auch der kommunalen Krankenhäuser (59) Tarifliche Entgeltsteigerungen müssen in den Krankenhausentgelten abgebildet werden (58)	Abschluss von Kooperationsverträgen zw. Kassenärztlicher Vereinigung und KH zur Notfallversorgung greift zu kurz; KH benötigen zusätzliches Personal. Finanzierung der Notdienste kann nicht über EBM (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) erfolgen. Stellungnahme des DCV, 2015, Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) v. 17.03.2015 Kliniken stehen für eine flächendeckende Notfallversorgung – aber nicht auf eigene Kosten. Vorhaltekosten müssen berücksichtigt werden. Sektorenübergreifendes eigenes Budget für die ambulante Notfallversorgung zur Verfügung stellen. Mangelnde Investitionsmittel setzen dem Fortschritt entgegen. Höhere Investitionsmittel für die bauliche und technische, speziell digitale Infrastruktur zur Verfügung stellen. Sonderprogramm für Digitalisierung im KH. Verlässliche und auskömmliche Investitionsfinanzierung. Der Bund muss die Länder in dieser Hinsicht ggf. durch geeignete Maßnahmen unterstützen. KH-Versorgung ist Teil der sozialen Daseinsvorsorge und nicht nur marktwirtschaftsorientiert. Daher stärkere Gemeinwohlorientierung und Aufrechterhaltung der Trägervielfalt. s. zu den anderen Punkten auch die Stellungnahme des CKiD, 2015 Kath. und Evang. Krankenhausverband zum KSHG 09/2015 Fachkräftemangel beheben. Gesetzliche Personalvorgaben führen nicht zu

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>mehr oder besser qualifiziertem Personal. CKiD Stellungnahme S.37</p> <p>Refinanzierung der Tarifsteigerungen für eine ausreichende Personalausstattung</p> <p>CKiD Positionen 2017 Kath. und Evang. Krankenhausverband Prioritäten der Gesundheitspolitik: Patienten, Personal, Gemeinwohl Positionen zur Bundestagswahl</p>
Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen Personalausstattung (betrifft sowohl Alten- als auch Krankenpflege)	Arbeitsbedingungen der Pflege, sowohl im Krankenhaus als in der Altenpflege, verbessern, bessere Personalausstattung (40)	<p>Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege (31)</p> <p>Vorschläge zur Stärkung der Attraktivität des Pflegeberufs erarbeiten; aktuelle Arbeitsbedingungen von Pflegehilfs- und Fachkräften diskutieren (31); Pflegeberufegesetz als gute Grundlage (31)</p> <p>Soziale Berufe in Gesundheit, Pflege, Betreuung (und Erziehung) aufwerten (63)</p>	<p>Verbindliche Personalbemessung in der Pflege, auch in der Altenpflege (202)</p> <p>Gleiche Entlohnung in den sozialen Berufen von Pflege und Erziehung (129); Tarifvertrag „Soziale Dienste“ (130)</p>	Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle (48)	<p>Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege durch Auflösung des Pflegevorsorgefonds und Umwandlung in einen Pflegepersonalfonds (35)</p> <p>Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern und gute Bezahlung sichern (34)</p> <p>Fachkraftquote von 50 Prozent in der Altenpflege soll bundesweit verbindlich umgesetzt und kontrolliert werden (35/36)</p>	<p>Pflegenotstand im Krankenhaus entgegenwirken durch Mindestpersonalschlüssel für die Pflege (58)</p>	<p>Personalschlüssel in der Pflege an den Bedarf anpassen und die Erfordernisse des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs umsetzen. Bis zur Umsetzung der gesetzlich geforderten Anpassung der Personalschlüssel 2020 sind Zwischenschritte zur Verbesserung der Personalsituation in der Altenpflege erforderlich. Die bundesweit höchsten Personalschlüssel sollten als Mindestmaßstab gelten.</p> <p>BAGFW-Forderungspapier Altenhilfe und Betreuung; Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode; Altenhilfe</p> <p>Den Fachkräftemangel bekämpfen durch bessere Bezahlung der Pflegeberufe und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Pflegekräfte müssen in der Pflegeeinrichtung wie im Krankenhaus mehr Zeit für die Zuwendung zum Menschen erhalten. Die Möglichkeiten technischer Hilfsmittel (AAL) müssen ausgeschöpft werden.</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2017 S. 9 Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017</p> <p>Der Rechtsanspruch auf Assistenz im Krankenhaus soll nicht nur für Menschen mit Behinderung gelten, die ihre</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Assistenz durch eine Pflegekraft im so genannten Arbeitgebermodell sicherstellen. Im Sinne der Gleichbehandlung muss diese Leistung auch denjenigen Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen, die ihre Assistenz nicht durch eine Pflegekraft im Arbeitgebermodell in Anspruch nehmen oder die ihren Lebensmittelpunkt in einer Einrichtung der Behindertenhilfe i. S. des § 71 Abs. 4 SGB XI haben.</p> <p>DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform gestalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung</p> <p>Für gute Versorgung braucht das KH gut qualifiziertes Personal. Gesetzgeberische Initiativen zur Sicherung des Patientenschutzes, der Versorgungsqualität und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals sind dazu notwendig. Die Festsetzung von Personaluntergrenzen ohne Refinanzierung greift hier zu kurz.</p> <p>Stellungnahme der CKiD 2017: Personaluntergrenzen in pflegesensitiven Krankenhausbereichen Personaluntergrenzen</p>
Ausbildungen Therapeutenberufe	Abschaffung des Schulgelds (Physio-, Ergotherapeuten, Logopäden)		<p>Kostenlose Ausbildung in allen Gesundheitsberufen (202)</p> <p>Reform der Psychotherapeutenausbildung, auch um angemessene Ausbildungsvergütung zu ermöglichen (202)</p>		<p>Gebührenfreie Ausbildung in den Heilberufen (31)</p> <p>Gebührenfreies Psychotherapeutenstudium, das die psychologischen und die Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zusammen ausbildet (31)</p>		<p>Änderung der Psychotherapierichtlinie wird begrüßt (Sprechstunden, Krisenintervention, Information durch GKV). Aber: Gesetz unzureichend bezgl. Über-/ Unterversorgung, Verknüpfung Therapie mit anderen Versorgungsbereichen, Ausrichtung an Bedarfen sozial benachteiligter Patienten = integrierte Konzepte und andere Richtlinien-Methoden notwendig</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					Sicherung der Versorgung mit Heilmittelerbringern (32)		Aufhebung der Begrenzung von langfristig notwendigen Verordnungen über Heilmittel auf die Dauer von 12 Wochen DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform gestalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung
Hebammen	Sicherung der Geburtshilfe, Geburtsvorsorge und –nachsorge (29)	Hebammen: Beruf stärken, Bezahlung attraktiver machen (31)	Hebammen: Entscheidungsfreiheit über Ort der Entbindung; Verbesserung der Haftpflicht und Bezahlung (133); ausreichende Personalbesetzung bei Hebammen und Entbindungspfleger (202); bessere Vergütung für angestellte und freiberufliche Hebammen und Entbindungspfleger; dauerhafte Lösungen für Haftpflichtprämien bei den freiberuflichen Hebammen durch Einführung einer gesetzlichen Haftpflichtversicherung (202)	Hebammen: Unterstützung der Beleg- und freien Hebammen als tragende Säule der Gesundheitsversorgung; freie Wahl der Gebärenden zwischen Klinik und Geburtshaus (47)	Sicherung der Versorgung mit Hebammen im ländlichen Raum; Haftpflichtversicherungen der Hebammen und Entbindungspfleger durch Einrichtung eines öffentlichen Haftungsfonds grundlegend sichern (32)	Finanzielle Entlastung der freiberuflichen Hebammen z.B. durch Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen (61)	Bessere Entlohnung der Hebammen, Sicherstellung des Angebots gerade auch für benachteiligte schwangere Frauen; Maßnahmen zur Stärkung der Geburtshilfe in den Krankenhäusern - Versorgungssituation ist in vielen gerade ländlichen Regionen nicht sicher gestellt: Krankenhäuser schließen geburtshilfliche Abteilungen oder sind ausgelastet/überlastet und weisen Frauen zur Geburt hin ab. Jahresbericht der Katholischen Schwangerschaftsberatung, 2014 JahresberichtSchwangerschaft
Psychische Erkrankungen			Unterstützung von Menschen in psychischen Krisen und Stärkung der Prävention (202)		Anti-Stress-Verordnung gegen psychische Erkrankungen und Burn-Out (16) Arbeitsschutzverordnung zu psychischen Gefährdun-		Flexirentengesetz: berufsbezogene Gesundheitsuntersuchung (freiwillig) ab 45 Jahre wird vom DCV begrüßt. Reha-Träger sollen dies im Rahmen der Nationalen Präventionsstrategie als Modellprojekt erproben. Siehe Ausführungen zur Psychotherapeutischen Versorgung, u.a. Aufgabe

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					<p>gen am Arbeitsplatz (16)</p> <p>Gewaltfreie Psychiatrie (31)</p> <p>Zugang psychisch kranker Menschen zu öffentlich geförderter Beschäftigung (31)</p>		<p>der Krisenintervention der Psychotherapeutischen Praxen</p>
Versorgung, Versorgungsdefizite und neue Versorgungsformen					<p>Gleichmäßigere Verteilung der Arzt-sitze (31)</p> <p>Polikliniken als Rückgrat der ambulanten Versorgung (mittelfristig) (31)</p> <p>Bedarfsgerechter Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung (31)</p>	<p>Ambulante Versorgung durch Hausarztssystem optimieren; Vermeidung von Doppeluntersuchungen (59)</p>	<p>DCV begrüßt, dass Kann-Regelung zur Soll-Regelung wird: Zulassungsausschuss kann bei Überversorgung Nachbesetzungsverfahren ablehnen. DCV fordert regionale Differenzierung der Bedarfsplanungsrichtlinie und Vorkaufsrecht der Kassenärztlichen Vereinigung zum Ankauf von Praxen über überversorgten Gebieten; bei 200 % Versorgung als Muss-Regelung.</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2015 Stärkung Versorgung gesetzliche KV</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz</p> <p>Die Versorgung mit Hilfsmitteln zum mittelbaren Behinderungsausgleich ist derzeit defizitär, denn die GKV stuft die Grundbedürfnisse an täglicher Aktivität bei Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen als zu niedrig ein. Auch solche Hilfsmittel müssen die volle Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und nicht nur die Deckung des physischen Existenzminimums gewährleisten. Barrierefreiheit soll ein zentrales Kriterium für die Präqualifizierung bei der Hilfsmittelerbringung werden.</p> <p>DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform gestalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Änderung der Psychotherapierichtlinie wird begrüßt (Sprechstunden, Krisenintervention, Information durch GKV). Aber: Gesetz unzureichend bezgl. Über-/ Unterversorgung, Verknüpfung Therapie mit anderen Versorgungsbereichen, Ausrichtung an Bedarfen sozial benachteiligter Patienten = integrierte Konzepte notwendig.</p> <p>DCV fordert Änderung der Bedarfsfeststellung von Psychotherapeut. Praxen.</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz</p>
Integrierte Versorgung/ Selektivverträge/ Vertragswesen				Bei integrierten und rein ambulanten Verträgen der besonderen Versorgung soll auf den Nachweis der Wirtschaftlichkeit verzichtet werden, wenn eine besondere Qualität der Versorgung erreicht wird (45)	Abschaffung von Rabattverträgen, Kassen-Ausschreibungen und vielen Selektivverträgen (33)		<p>Verträge zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) sollen aus der Selektivvertragsregelung in einen Kontrahierungszwang überführt werden, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.</p> <p>Stellungnahme von DCV und Diakonie zum Hospiz- und Palliativgesetz, 2015 Hospiz- und Palliativgesetz</p> <p>Der DCV bewertet Selektivverträge als sinnvoll für die Erprobung innovativer und neuer Leistungen. Er spricht sich aber gegen die Verschiebung von Regelleistungen in die Satzungsleistungen aus.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Versorgungsstärkungsgesetz, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz</p> <p>Asymmetrie in Vertragsverhältnis med. Reha auflösen: Verpflichtung zum Abschluss Rahmenverträge Rehaträger-Leistungserbringer nach § 21 SGB IX bzw. neu § 38 SGB IX; Schiedsstelle auch in SGB IX bzw. SGB VI; Regelungsbereich der Schiedsstelle erweitern auf alle Vertragsinhalte</p> <p>Stellungnahme des DCV zum BTHG, 2016, S. 22</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							BAGFW Weiterentwicklung Med Reha Stellungnahme des DCV, 2017 Vergaberecht medizinische Rehabilitation
Innovationen	Innovationsfonds: Ziel der Weiterentwicklung der Regelversorgung durch bessere Verzahnung der Ärzte, KH und der unterschiedlichen Fachärzte und Berufsgruppen (41)						Innovationsfonds wird in seiner Ausrichtung auf Förderung sektorenübergreifender Versorgung begrüßt. Aber: nicht nur ambulante/stationäre Versorgung / allgemein- und fachärztliche Versorgung, sondern auch Reha und Prävention mit aufnehmen. Stellungnahme des DCV zum Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz
Digitalisierung/ E-Health E-Care	Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitswesen: E-Healthgesetz als erster Schritt (Datenschutz, Weitergabe von Gesundheitsinformationen an den Arzt) (41) Durch Einsatz von Telemedizin medizinische Versorgung von Menschen einfacher und wohnortunabhängiger machen (55)	Beschleunigung des Ausbaus in allen Bereichen (elektronische Patientenakte, Telemedizin) (31)	Gesundheitsdaten digital schützen (160) Datenschutz vor allem für chronisch Kranke; alle Versicherten sollen Anspruch auf elektronische Patientenakte haben (203)	Drohnen für Rettungseinsätze nutzen (22) Potenziale der Digitalisierung durch E-Health nutzen: Ziel des Bürokratieabbaus, Entschlackung von Diagnostik, Dokumentation und Abstimmungsprozessen und Erweiterung der Forschungsmöglichkeiten zur Bekämpfung von Krankheiten; Datenschutz ist wichtig: Patienten bestimmen über ihre Daten (84)		Ablehnung der Schaffung einer zentralen Datenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten auf der elektronischen Gesundheitskarte; lediglich Speicherung Notfalldatensatz einschließlich Medikamentenplan und Patientenverfügung direkt auf der Karte; für die Speicherung weiterer Gesundheitsdaten soll ein elektronischer Gesundheitspass geschaffen werden, der die Daten nicht zentral, sondern auf dem Medium speichert, sofern vom Versicherten gewünscht (60)	Ausbau telemedizinischer Versorgung insbesondere in unterversorgten Gebieten förderungswürdig Stellungnahme des DCV zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung, 2015 Versorgungsstärkungsgesetz Im elektronischen Arzt- und Entlassungsbrief sind zusätzlich zu den ärztlichen Diagnosen jeweils pflegerelevante Diagnosen zu ergänzen. Nicht nur die Ärzte, sondern auch die Apotheken sollen den elektronischen Medikationsplan erstellen können. Pflegekräfte sollen Schreibrechte in der elektronischen Patientenakte sowie im elektronischen Medikationsplan erhalten. Hohe Anforderungen an Datenerstellung, -speicherung, -verwaltung; schriftliche Einwilligung des Patienten; erweiterte Nutzung eGK an individuelle Zustimmung durch Patienten gebunden; jederzeit Zugriff von Patienten auf

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							ihre Daten; Telematikinfrastruktur ist für alle Gesundheitsberufe zu öffnen. Bedarfe der Pflege bei E-Health berücksichtigen (E-Care). Stellungnahme des DCV zum Gesetzentwurf eines Gesetzes für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen, 2015 E-Health-Gesetz
Hospiz- und Palliativversorgung	Weiterer Ausbau von Hospiz- und Palliativversorgung (42)		Ausbau und Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung (204)	Weiterer Ausbau der Palliativmedizin und des Hospizwesens, vor allem in den Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie im häuslichen Umfeld (48/49) Pflegeheime sollen einen Palliativaufschlag erhalten, um zur besseren Personal- und Finanzierungssituation in den Hospizen aufzuschließen (49) Flächendeckender Ausbau der SAPV; Telemedizin ausbauen (49)			Ausbau Hospiz- und Palliativversorgung u.a. SAPV Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen durch Verbesserung der Personalschlüssel und der Finanzierung Finanzielle Verantwortung für die Verbesserung der Palliativversorgung und die Förderung einer hospizlichen Kultur in der stationären Pflege in der gesetzlichen Krankenversicherung verorten Verträge zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung sollen aus der Selektivvertragsregelung in einen Kontrahierungszwang überführt werden um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Stellungnahme DCV und Diakonie zum Hospiz- und Palliativgesetz, 2015 Hospiz und Palliativgesetz Stärkerer Einbezug der KH im Bereich der allgemeinen Palliativversorgung. Palliativ-Förderprogramm für den Ausbau von Palliativdiensten im Krankenhaus und flächendeckender Palliativversorgung in allen KH. Stellungnahme CKiD Hospiz und Palliativgesetz
Sterbehilfe				Abschaffung des § 217 StGB, da Straf-			Alle Angebote zur Suizidassistentz sind abzulehnen.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
				androhung für Beihilfe zur Selbsttötung eine Grauzone für die Palliativmediziner schafft (49) Bundeseinheitliche Regulierung, unter welchen Umständen ärztliche Assistenz bei der Selbsttötung straffrei ist (49)			Pressemitteilung des DCV, 2016 Suizidassistenz Angebote der Suizidassistenz – sei es durch Ärzte, Vereine oder Einzelpersonen – lehnen die Kirchen ab. Gemeinsame Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe und des Bevollmächtigten des Rates der EKD zu Gesetzentwürfen zur Hilfe zur Selbsttötung, 2015 Hilfe zur Selbsttötung
Gesundheitswirtschaft	Gesundheitswirtschaft: Stärkung des Sektors (42)						
Internationale Gesundheitspolitik	Stärkung in internationalen Gesundheitskrisen (42)	Globale Fonds gegen AIDS, TB und Malaria mit ausreichend Haushaltsmitteln ausstatten (88); Basiskrankenschutz, bezahlbare Medikamente und diskriminierungsfreier Zugang vor allem für Frauen und Mütter (88)					Gesundheit muss als zentrale Voraussetzung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung begriffen werden und ihrer Bedeutung angemessen in entwicklungspolitischen Konzepten und entwicklungspolitischen Handeln berücksichtigt werden. Die Förderung von Gesundheitssystemen unter nationaler Verantwortung und demokratischer Kontrolle als wichtigen Bestandteil internationaler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit muss gestärkt werden. Das Thema Gesundheit muss in die internationalen Klimaverhandlungen einbezogen und ihre Finanzierungsmechanismen müssen dementsprechend ausgestaltet werden. Die Gesundheitssysteme in den armen Ländern müssen so gestärkt werden, dass sie sich an die steigenden Herausforderungen durch die Folgen des Klimawandels anpassen können. Basisgesundheitsprogramme müssen gestärkt werden, um eine wohnortnahe Versorgung von Müttern und Kindern zu gewährleisten und den Zugang zu sauberem Trinkwasser, hygienischen Sanitäranlagen und ausgewogener Er-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>nahrung zu fördern.</p> <p>Die sozialen Faktoren von Müttergesundheit müssen berücksichtigt werden, es muss auf eine Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit hingearbeitet und die Bildung von Frauen und Mädchen gefördert werden.</p> <p>Eine ausreichende Finanzierung zur Eindämmung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose muss geleistet und hierzu auch multilaterale Finanzierungsinstrumente adäquat finanziell unterstützt werden.</p> <p>Mindestens 0,1 % des BNP muss für EZ zur Gesundheit aufgebracht werden.</p> <p>Quelle: VENRO Positionspapier 2/2012 Gesundheit - Menschenrecht und Voraussetzung für Entwicklung</p>
Gesundheitsforschung	<p>Ziel, Deutschland zu den TOP 3 in der Forschung zu Demenz, Krebs und Infektionskrankheiten zu machen; Ausbau der Forschung zu den Volkskrankheiten sowie zur Kinder- und Jugendmedizin (25,41)</p> <p>Forschung zur Entwicklung neuer Antibiotika und Untersuchungsmethoden für sparsamen Antibiotika-Einsatz (41)</p>						
Medizinstudium	<p>Umsetzung des Masterplans 2020 (40)</p>		<p>Stärkere interdisziplinäre Ausbildung und Stärkung des Faches Allgemeinmedizin (202)</p>			<p>Ärzte und Therapeuten vorwiegend in Deutschland ausbilden; Sprachniveau C1 muss erreicht werden (59)</p>	<p>Die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Behinderung sollte verpflichtender Bestandteil im praxisbezogenen Teil der Ausbildung werden.</p> <p>DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform ge-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							stalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung
Patientenrechte	Stärkung durch Schaffung eines „Nationalen Gesundheitsportals“, das verständliche Informationen bündelt und im Internet zur Verfügung stellt (40/41)		Stärkung der Patient*innenverbände und Selbsthilfe (201)				
Patientenvertretung			Härtefallfonds für Behandlungsfehler (201)		Stimmrechte der Patientenvertreter*innen in den Gremien der gemeinsamen Selbstverwaltung stärken: Benennungsrecht für die Unparteiischen Vertreter (33)		Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Schutzlücken bei Behandlungsfehlern Stellungnahme des DCV zum Patientenrechtegesetz, 2012 Patientenrechte
Gesundheitsversorgung vulnerabler Gruppen			Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollen Zugang zu Gesundheit und Bildung erhalten; Abschaffung des AsylbLG; Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete und Sicherstellung von Dolmetscherleitungen bei Gesundheitsbehandlungen (108)		Psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen muss gewährleistet sein (69)	Deutsch-türkisches Sozialversicherungsabkommen kündigen, insbesondere mit Blick auf die Familienversicherung, da der türkische Familienbegriff auch die Eltern der Versicherten mit umfasst (60)	Für (wohnungslose) Menschen, die im Regelsystem nicht ankommen bzw. nicht integriert werden können, sollen niedrigschwellige medizinische Initiativen, wie Schwerpunktpraxen und Straßenambulanzen, mit einer am Regelsystem der Gesundheitsversorgung orientierten Ausstattung angemessen umgesetzt werden. Die Finanzierung und gesetzliche Umsetzung dieser Projekte durch gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Gesetzlichen Krankenkassen, Kassenärztlichen Vereinigungen und öffentlicher Hand muss sichergestellt werden. Position Wohnungslosenhilfe „Prävention von Wohnungslosigkeit und Verbesserung bestehender Hilfesysteme“, 12.10.2016 Wohnungslosenhilfe Behandlungen von Patientinnen und Patienten mit Behinderung systematisch im praxisbezogenen Teil der Ausbildung verpflichtend einführen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform gestalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung</p> <p>Aufhebung des AsylbLG und Überführung in die Bücher SGB II und SGB XII</p> <p>Stellungnahme zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, 10/2016 Ermittlung Regelbedarfe</p> <p>Der DCV bewertet eine flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte als notwendige Maßnahme, um wenigstens eine zeitnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten.</p> <p>Stellungnahme zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, 09/2015 Asylverfahrensbeschleunigung</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass die Bedarfe besonders schutzbedürftiger wie kranker, traumatisierter oder behinderter Flüchtlinge frühzeitig erkannt werden und Unterstützungsleistungen zur Verfügung stehen</p> <p>Dolmetscher- und Fahrtkosten sollten nach SGB V erstattungsfähig sein. Diese Kosten können bisher zwar bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG im Rahmen des Ermessens übernommen werden, nicht aber bei GKV-Versicherten.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Patientenrechtegesetz, 2012 Patientenrechte</p> <p>Aktuelle Standortbestimmung der BAGFW zu den Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten, BAGFW 2015</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							Aufnahme und Integration Geflüchtete Wo erforderlich, müssen Sprachdolmetscher eingesetzt und aus dem Steuerzuschuss der GKV refinanziert werden. „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des Deutschen Caritasverbandes für die Bundestagswahl 2017“ gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Arzneimittel und Apotheken		Hohe Preise müssen ethisch vertretbar sein; Prüfung, ob neue Medikamente sicher und notwendig sind und zu welchen Preisen sie finanziert werden sollen (31)		Ablehnung eines pauschalen Versandhandelsverbots; Wahlfreiheit zwischen inländischen und in- und ausländischen Versandapotheken; Aufhebung des Fremdbesitzverbots (48) Abrechnungsmöglichkeiten der Apotheker für individuelle Beratung (48) Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten (48) Angemessene Honorierung der Notdienste (48) Patienten sollen auch Medikamente verordnet bekommen können, die es wegen Preisregulierung auf dem deutschen Markt noch nicht gibt -> Aufhebung des GKV-Erstattungsbetrags	Versandhandel soweit wie möglich begrenzen Apothekenketten in der Hand von Aktiengesellschaften verbieten (32) Medikamentenpreise begrenzen/deckeln (28,32) Einführung einer Positivliste für Arzneimittel; keine nur scheinbar neuen Arzneimittel zulassen (32) Öffentliches Studienregister für Arzneimittelstudien einführen (32) Gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an Mediziner/innen (32)		Wichtig ist die Prävention und Bekämpfung der Ursachen von Korruption. Der DCV fordert umfassende Transparenz auf allen Ebenen, bei allen Akteuren und bei allen Kooperationen im Gesundheitswesen. Stellungnahme des DCV, 2015 Bekämpfung Korruption Gesundheitswesen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
				als Höchstpreis für Selbstzahler (48)			
Ernährung		<p>Verständliche Kennzeichnungen einführen wie z.B. Nährwert-Ampel (52)</p> <p>Gesunde Mahlzeiten für Kinder in Schule und Kita; Standards der Deutschen Ges. für Ernährung sollen verbindlich werden (52)</p>	<p>Lebensmittelkennzeichnung für Fleisch, Eier, verarbeitete Produkte für Kennzeichnung tief- und umweltfreundlich hergestellter Lebensmittel (29, 158)</p> <p>Gesundes Mittagessen für jedes Kind; Schulverpflegung durch verbindliche Qualitätsstandards verbessern und ausbauen (158)</p> <p>Werbung für Kinderlebensmittel verbieten</p>				
Familienplanung		Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln (32)			Kosten von Verhütungsmitteln sind von der GKV zu tragen; als Zwischenschritt zumindest Absenkung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent (74)		
Alternativmedizin						Alternativmedizin als Ergänzung traditioneller Schulmedizin kann in bestimmten Fällen und Bereichen sinnvoll sein (60)	
Pflege							
Pflegende Angehörige	Weitere Stärkung pflegebedürftiger Angehöriger (41)	Einführung einer Familienarbeitszeit für Pflegende: Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung in Höhe Elterngeld für bis zu 3 Monate; bei mehr als 3 Monaten Freistellung Familiengeld in	<p>Bezahlte Pflegezeit-Plus für 3 Monate + jährlich 10 Tage für akute Notsituationen (204,220)</p> <p>Flexible Vollzeit für Pflege und Kinderbetreuung: Finanzielle</p>		<p>Rechtsanspruch auf 6wöchige Pflegezeit zur Organisation einer neuen Pflegesituation (17)</p> <p>Zeit für Pflege durch Angehörige besser in der Rentenversi-</p>	Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige durch Anerkennung ihrer Familienarbeit besser unterstützen durch gleichwertige Anerkennung zu anderen beruflichen Tätigkei-	Verbesserungen beim Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit: keine Anrechnung der Sterbebegleitung auf die Höchstdauer von 24 Monaten. Flexibilisierung in der Kombination von Familienpflegezeit und Pflegezeit. Betriebsgröße von 15 Personen soll sowohl für Anspruch auf Familienpflegezeit wie Pflegezeit gelten.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		Höhe von 150 Euro monatlich, wenn Beschäftigungsverhältnis 75-90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit umfasst (10)	Absicherung der Reduzierung der Arbeitszeit um bis zu 10 Stunden (131) Pflegezeiten in der Rente stärker berücksichtigen (200)		cherung absichern (21)	ten (37)	Zugang zu Beratung ist zu verbessern, Leistungen sind passgenauer zu erschließen bzw. flexibilisieren. Ausnahme vom zwingenden Stufenprinzip ambulant vor stationär im Zugang zur med. Vorsorge/ Reha für pflegende Angehörige Stellungnahme des DCV zum Gesetzentwurf Familienpflegezeit, 2014 Familienpflegezeitgesetz Stellungnahme des DCV zum Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung, 2012, S. 19-21 Pflegeversicherung Entlastungsangebote müssen niedrigschwellig und flexibel einsetzbar sein. Entlastungsbetrag als jährliches Budget ausgestalten. Stellungnahme der BAGFW zum PSG II Die Dauer der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege vollständig harmonisieren. Bei der Verhinderungspflege die Vorpflegezeiten abschaffen und bei stundenweiser Inanspruchnahme von unter 8 Std.pro Tag nicht auf die Höchstdauer anrechnen. Stellungnahme der BAGFW zum PSG II Für Kinder und Jugendliche, die Unterstützungs- und Pflegeleistungen übernehmen, muss sich ein gesellschaftliches Bewusstsein entwickeln. Sozialpolitische Positionierung zur Kampagne 2010
Quartiersmanagement und Sozialraum	Ältere Menschen sollen möglichst lang aktiv bleiben: erforderliche Hilfsangebote und Angebote zur Betätigung und Unterstützung zur Verfügung	Lebenswerte und sichere Quartiere für alle Generationen; Förderung Mehrgenerationenhäuser (9)	Ausbau des ambulanten Sektors; auch Förderung von Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, Quartiersstützpunkte und Nachbarschaftszentren (203); gleich-		Gesundheitliche und pflegerische Betreuung zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und verbindliche Basisausstattung finanzieren (126)		Gesellschaft muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit pflegebedürftige Menschen mitten im Quartier leben können. Schaffung von barrierefreiem Wohnraum und gezielte Förderung des Miteinanders von Jung und Alt in genera-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	stellen (45)		zeitige Verbesserung der Situation in den stationären Einrichtungen Unterstützung der Kommunen und mehr Rechte, selbst aktiv zu werden (204)				<p>tionengemischten Quartieren</p> <p>Politik ist aufgefordert, das ehrenamtliche Engagement von älteren Menschen und für ältere Menschen gezielt zu fördern.</p> <p>Gestaltende Rolle der Kommunen in der Pflege ist zu stärken.</p> <p>Um eine wohnortnahe verzahnte Beratungs- und Versorgungsstruktur sowie eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu gewährleisten, müssen die Kommunen für ihre Aufgaben der Sozialplanung, Koordination, Vernetzung und Steuerung wieder mehr Verantwortung übernehmen. Altenhilfe nach § 71 SGB XII zur Pflichtaufgabe der Kommunen erheben.</p> <p>Kommunen müssen finanziell wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben der kommunalen Altenhilfe erfüllen zu können.</p> <p>BAGFW-Stellungnahme PSG III, Drittes Pflegestärkungsgesetz, 2016 Drittes Pflegestärkungsgesetz</p>
Reha in der Pflege	„Konzertierte Aktion Pflege“ zur Sicherung der Pflege angesichts des demographischen Wandels: Stärkung der Reha und der Zusammenarbeit der SV-Träger in diesem Bereich (42)						<p>GKV ist originärer Träger der med. Reha für nicht mehr Erwerbstätige. Positive Kosteneffekte für andere soziale Leistungssysteme sind kein Argument für die Verschiebung dieser Verantwortung; Vorschläge PV als Kostenträger z.B. für die geriatrische Reha zu erwägen, werden abgelehnt; mobile Reha fördern</p> <p>Positionspapier der BAGFW zur Weiterentwicklung der medizinischen Rehabilitation, 2014 Weiterentwicklung Med Reha</p>
Eigenbeteiligung	Unterhaltsrückgriff bei Pflegeleistungen soll erst ab 100.000 Euro Einkommen greifen (42)						

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Medizinische Behandlungspflege					Medizinische Behandlungspflege stationär aus dem SGB V finanzieren (2 Mrd. Entlastungsvolumen bei der Pflegeversicherung) (36)		<p>Kosten der medizinischen Behandlungspflege im Heim aus dem SGB V finanzieren.</p> <p>DCV-Stellungnahme zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (PFWG)</p>
Osteuropäische Haushaltshilfen/ Live-in-Pflegekräfte		24-Stunden-Haushaltshilfen: SPD will dazu Alternativen entwickeln und die bestehende staatliche Unterstützung an die soziale Absicherung der Beschäftigten koppeln (10)		Steuerliche Berücksichtigung von Leistungen der Pflege und Betreuung im Haushalt verbessern (67)			<p>Umfassende Information der Arbeitskräfte über ihre Rechte in ihrer Landessprache durch Pflegekassen, Arbeitsagentur und/ oder den Kommunen.</p> <p>Legal beschäftigte Arbeitskräfte in Unterstützungsarrangements einbinden. Kostenerstattung erleichtern und an Nachweis der legalen Verwendung binden.</p> <p>„Unterstützung pflegebedürftiger Menschen im eigenen Haushalt“, Eckpunkte v. 15.1.2008</p> <p>Live-in-Pflegekräfte müssen angemessen bezahlt und sozialversichert werden.</p> <p>Leitfaden zu Rahmenbedingungen der Beschäftigung von Haushaltshilfen, Januar 2017 Leitfaden</p>
Beratung		Beratung verbessern und Pflegestützpunkte ausbauen (10)	Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung durch Fallmanager (204)				<p>Frühzeitige Aufklärung und Auskunft durch die Pflegekassen, regelmäßige Information der Versicherten, nicht erst bei Antragstellung. Beratung nicht auf Pflegestützpunkte beschränken, sondern auch auf andere wohnortnahe Beratungsstellen hinweisen.</p> <p>Wahl der Versicherten zwischen Beratungsgutschein und Beratung durch die Pflegekasse.</p> <p>Pflege-Pflichteinsatz nach § 37 Abs. 3 SGB XI bedarfsgerecht finanzieren.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, 2012</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							Pflegeneuausrichtungsgesetz
Qualität			Schaffung eines unabhängigen Instituts für Qualität in der Pflege (204)				Schaffung eines unabhängigen rechtsfähigen Instituts für Qualität in der Pflege in Trägerschaft des Qualitätsausschusses Stellungnahme der BAGFW zum Zweiten Pflegestärkungsgesetz, PSG II, 2015 Zweites Pflegestärkungsgesetz
Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen Personalausstattung (betrifft sowohl Alten- als auch Krankenpflege)	Arbeitsbedingungen der Pflege; sowohl im Krankenhaus als in Altenpflege verbessern, bessere Personalausstattung (40)	Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege (31) Vorschläge zur Stärkung der Attraktivität des Pflegeberufs erarbeiten; aktuelle Arbeitsbedingungen von Pflegehilfs- und Fachkräften diskutieren (31); Pflegeberufegesetz als gute Grundlage (31) Soziale Berufe in Gesundheit, Pflege, Betreuung (und Erziehung) aufwerten (63)	Verbindliche Personalbemessung in der Pflege, auch in der Altenpflege (202) Gleiche Entlohnung in den sozialen Berufen von Pflege und Erziehung (129); Tarifvertrag „Soziale Dienste“ (130)	Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle (48)	Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege durch Auflösung des Pflegevorsorgefonds und Umwandlung in einen Pflegepersonalfonds (35) Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern und gute Bezahlung sichern (34) Fachkraftquote von 50 Prozent in der Altenpflege soll bundesweit verbindlich umgesetzt und kontrolliert werden (35/36)	Pflegenotstand im Krankenhaus entgegenwirken durch Mindestpersonalschlüssel für die Pflege (58)	Personalschlüssel in der Pflege an den Bedarf anpassen. Bis zur Umsetzung der gesetzlich geforderten Anpassung der Personalschlüssel 2020 sind Zwischenschritte zur Verbesserung der Personalsituation in der Altenpflege erforderlich Die bundesweit höchsten Personalschlüssel sollten als Mindestmaßstab gelten. Attraktivität der Pflegeberufe deutlich erhöhen, um dem steigenden Personalbedarf und dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Dafür ist ein Maßnahmenbündel erforderlich: Erhöhung der gesellschaftlichen Wertschätzung und Verbesserung des Ansehens der Altenpflege sowie die Kommunikation des Beitrags, den die Altenpflege für die Gesellschaft leistet Sicherstellung einer angemessenen, tariflichen Bezahlung aller Beschäftigten in der Pflege und Angleichung der Gehälter in der stationären Langzeitpflege und ambulanten Langzeit- und Akutpflege an die Gehälter im Krankenhaus Refinanzierung der tariflichen Strukturen, einschließlich einer Aufhebung der Deckelung der Grundlohnsteigerung im SGB V Stellungnahme des DCV zum Ersten Pflegestärkungsgesetz, PSG I, 2014 Erstes Pflegestärkungsgesetz Verbesserung der Ausbildungsbedingungen durch die Abschaffung von

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Schulgeld und keine Anrechnung der Auszubildenden auf die Personalschlüssel</p> <p>Stellungnahme der BAGFW zum Zweiten Pflegestärkungsgesetz, PSG II, 2015 Zweites Pflegestärkungsgesetz</p> <p>BAGFW-Forderungspapier Altenhilfe und Betreuung; Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode Altenhilfe</p>
Interessenvertretungen pflegebedürftiger Menschen					<p>Antrags- und Stimmrechte in allen gesetzlich vorgeschriebenen Gremien, insbes. Im Qualitätsausschuss und in regionalen Pflegekonferenzen (35)</p> <p>Mitbestimmungsrechte und Teilhabeinteressen von Senior*innen stärken (126)</p>		<p>An der Weiterentwicklung pflegerischer Versorgungsstrukturen vor Ort ist das berufliche und das nicht-berufliche Hilfesystem (pflegende Angehörige, ehrenamtlich Engagierte, Nachbarn andere Mitbürger*innen) zu beteiligen. Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Dialog schaffen und die aktive Mitwirkung pflegender Angehöriger im SGB XI verankern.</p> <p>Aus dem Solidaritätsprinzip heraus sieht sich die Caritas verpflichtet, pflegende Angehörige und ehrenamtlich Tätige zur Mitsprache und Partizipation zu befähigen und zu ermutigen. Sozialpolitische Positionierung zur Kampagne 2010</p>
Finanzierung		Bürgerversicherung in der Pflege (30)	Bürgerversicherung in der Pflege (205)	Auszahlung von Vorsorgeverträgen soll nicht in der Kranken- und Pflegeversicherung verbeitragt werden (29)	<p>Pflegeversicherung zur Pflegevollversicherung ausbauen: Pflegebedürftige zahlen keine Eigenanteile mehr, sondern erhalten Leistungen bedarfsdeckend und nach bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards (35)</p> <p>Solidarische Pflegeversicherung: um-</p>		<p>Übergang zu einem einheitlichen Versicherungssystem in der Kranken- und Pflegeversicherung mit Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung: Sowohl gesetzliche als auch private Kassen konkurrieren unter einheitlichen Wettbewerbsbedingungen ohne Ressourcenentzug aus Versorgungsbereichen. Bis zur Einführung eines einheitlichen Versicherungssystems Risikostrukturausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung.</p> <p>Heranziehung weiterer Einkommensar-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					<p>fasst alle Bürger, Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen (35)</p> <p>Pflege-Bahr abschaffen (36)</p>		<p>ten zur Beitragsbemessung auf Basis des steuerlichen Einkommensbegriffs</p> <p>Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bis auf das Niveau der GRV. Offenheit für einkommensabhängige Beiträge oder pauschale Beitragserhebung mit wirklichem Sozialausgleich.</p> <p>Verbesserung der Nachhaltigkeit des Pflegevorsorgefonds</p> <p>Systemgerechte Finanzierung und Dynamisierung der Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung</p> <p>neue caritas 3/2016, Impulspapier Gesundheit und Pflege im demografischen Wandel</p>
Tarifbindung		Branchentarifvertrag Soziales (18)			Bessere Bezahlung der Pflegeberufe (14)		<p>Sicherstellung einer angemessenen, tariflichen Bezahlung aller Beschäftigten in der Pflege und Angleichung der Gehälter in der stationären Langzeitpflege und ambulanten Langzeit- und Akutpflege an die Gehälter im Krankenhaus</p> <p>Refinanzierung der tariflichen Strukturen, einschließlich einer Aufhebung der Deckelung der Grundlohnsteigerung im SGB V</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Ersten Pflegestärkungsgesetz, PSG I, 2014 Erstes Pflegestärkungsgesetz</p>
Mindestlohn					Gesetzliche Festsetzung auf 14,50 Euro: keine Pflegefachkraft soll unter 3000 Euro in Vollzeit verdienen (36)		Keine gesetzliche Festlegung des Pflegemindestlohns
Kultur- und geschlechtsspezifische Pflege		Kultur- und geschlechtersensible Pflege (31)					
Gewaltprävention		Konzepte gegen Gewalt gegen Menschen					

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		mit Behinderung, ältere Menschen und Pflegebedürftige gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden erarbeiten (65)					
Pflegeausbildung			Gemeinsame Pflegeausbildung, die sicherstellt, dass das Ziel ohne Verlust bisheriger Kompetenzen und Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann (204)	Integrative Ausbildung: 1 gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und Spezialisierung in den Folgejahren; Ablehnung der generalistischen Einheitsausbildung (48)	Integrierte Ausbildung: 2 gemeinsame Jahre + 1 Jahr Spezialisierung Dreijährige Ausbildung zur Fachkraft Assistenz (nicht nur für Menschen mit Behinderung) (36) Schulgeldfreiheit der Aus-, Fort- und Weiterbildung (36)		DCV spricht sich für eine generalistische und gegen eine integrative Pflegeausbildung aus. Stellungnahme des DCV und der Diakonie zum Pflegeberufereformgesetz, 2016 Pflegeberufereformgesetz
Selbstverwaltung Pflege			Bessere Mitspracherechte für die Pflege- und andere Gesundheitsberufe in den Gremien der Selbstverwaltung (202/203)				Pflege soll in den Gremien der Selbstverwaltung eines reformierten Gemeinsamen Bundesausschusses vertreten sein. BAGFW-Stellungnahme „Eine Lobby für gute Pflege“, 2017 Eine Lobby für gute Pflege
Seniorenpolitik							
Digitalisierung	Modernste Assistenzsysteme für ältere Menschen (56)	Angebote digitalen Lernens für ältere Menschen (9)	Altersgerechte digitale Bildung (167)	Entlastung der Pflege von Bürokratie und Dokumentationsaufwand durch verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen (47)	Rechtsanspruch auf eine gesetzliche Mindeststundenzahl an menschlichem Kontakt in Pflegeeinrichtungen (35)		Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wollen die Digitalisierung der Gesellschaft mitgestalten und Teilhabechancen für alle Generationen sichern. BAGFW-Papier „Digitale Transformation“, August 2017 <i>nicht veröffentlicht</i>
Wohnen		Barrierefreier Wohnraum: Fortsetzung des Programms „Altersgerecht umbauen“ und Aufbau eines Programms „Gemeinschaftlich selbstbestimmt wohnen“ (9,44)			Barrierefreie und bezahlbare Wohnangebote für pflegebedürftige Menschen schaffen (35) Förderung des altersgerechten Wohnens und des Zu-		Gebäudesanierungsprogramm für barrierearmen Umbau Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 2 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					sammenlebens unterschiedlicher Generationen in Mehrgenerationenhäusern (126)		
Bildung im Alter	Bildung und Weiterbildung für Senioren fördern (45) Medienkompetenz für alle Generationen (46)				Digitale Kommunikationsformen altersgerecht anpassen (126)		Lebenslanges Lernen fördern, Kompetenzerwerb im Lebensverlauf den persönlichen Situationen anpassen. nc spezial 3/2013 Heute Berufe – morgen Kompetenzen
Ehrenamt und Engagement älterer Menschen		Angebot zivilgesellschaftlichen Engagements für ältere Menschen ausbauen (62)	Ältere Menschen tragen viel zum Ehrenamt bei (211)				Ermöglichung einer gemeinnützigen Tätigkeit für alle Menschen „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Teilhabe für Menschen mit Behinderung							
Wohnen		Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen und gemeinschaftliche Wohnformen mit einem Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt Wohnen“ unterstützen. (9)	Wunsch- und Wahlrecht in Bezug auf Wohnen herstellen; Ausbau selbstbestimmten Wohnens mit Assistenz (125) Schaffung barrierefreier Wohnungen, um alten und behinderten Menschen den Weg ins Heim zu ersparen (185)		Barrierefreies Bauen der Städte im Baugesetz als Allgemeinforderung verankern; Barrierefreiheit vor Erteilung einer Baugenehmigung einer Prüfung unterziehen (36) Wohnort und Wohnform muss frei wählbar sein; Aufhebung des Mehrkostenvorbehalts des § 104 SGB IX, um Wunsch- und Wahlrecht uneingeschränkt zu gewährleisten (125) Beseitigung jeglicher baulicher und kommunikativer Barrieren: Sonderinvestitionspro-		Fortführung des KfW-Programms „Altersgerechtes Wohnen“ Verankerung des Themas Barrierefreies Bauen in der Aus- und Weiterbildung von Architekten Stärkung der barrierefreien Ausgestaltung von Neubauten Neben geeignetem barrierefreiem Wohnraum ist auch ein geeigneter Sozialraum notwendig. Höhere Bedarfe, wie z.B. höhere Mietkosten für barrierefreien bzw. rollstuhlgerechten Wohnraum, im Rahmen staatlicher Transferleistungen (SGB II/XII, Wohngeld) dürfen nicht als unangemessen abgelehnt werden. Trotz der Zuständigkeit der Länder für die konkrete Umsetzung der Wohnraumförderung bedarf es länderübergreifend einer regelmäßigen Evaluation zum Umsetzungsstand.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					gramm von jährlich 1 Mrd. für 5 Jahre auflegen (125)		DCV-Stellungnahme Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK vom 5.10.2011 <i>nicht online verfügbar</i>
Arbeit	Eine Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffenen oder sein Umfeld darstellen. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir grundlegende Verbesserungen erreicht. Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Es braucht mehr Offenheit bei der Einstellung von Mitarbeitern mit Behinderung. (13)	Die gesetzliche Grundlage für die Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft hat sich mit dem Bundesteilhabegesetz bereits deutlich verbessert. Die Person und ihre Selbstbestimmung stehen im Mittelpunkt. Daran wollen wir anknüpfen und die Teilhabeleistungen stetig weiterentwickeln. Wir wollen, dass Betroffene ohne Diskriminierung und ohne großen Aufwand Zugang zu diesen Leistungen bekommen. (...) Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, der allen Menschen eine Beschäftigung entsprechend ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung bietet. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderung wollen wir vermeiden. Der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Ar-					Das „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ sollte als Zugangskriterium für Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben aus dem SGB IX gestrichen werden. Der Leistungsträger muss verpflichtet werden, bei einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber ein Budget für Arbeit zu ermöglichen. Das Budget für Arbeit soll auch im Rahmen von Integrationsfirmen eingesetzt werden können. Förmliches Anerkennungsverfahren und Qualitätsstandards für die Anderen Leistungsanbieter nach § 60 SGB IX einführen Berufsbildungsbereich der WfbM auf 3 Jahre erweitern Stellungnahme des DCV zum Bundesteilhabegesetz, Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung, 2016 DCV BTHG Die Bundespolitik ist aufgefordert, die weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen wirksam zu bekämpfen. Über die Durchführung von Einzelmaßnahmen und Projekten hinaus ist die Entwicklung eines tragfähigen und nachhaltigen Gesamtkonzeptes zur Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarktes erforderlich. Dafür muss insbesondere die individuelle Unterstützung ausgebaut werden. Einführung von individuellen und dauerhaften Nachteilsausgleichen. Beim Scheitern der Arbeitsmarktintegration muss es ein Rückkehrrecht in die WfbM geben.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>beitsmarkt. Dazu zählen auch generelle Regelungen zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der Inklusionsbetriebe und Werkstätten werden wir im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine wichtige Funktion bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei die Schwerbehindertenvertretungen ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen. Dies betrifft insbesondere die Anhörungs- und Beteiligungsverpflichtung bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen, bei Abmahnungen und Aufhebungsverträgen. Wir treten dafür ein, dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im Einkommenssteuergesetz angepasst werden. (66)</p>					<p>Verbesserung der Rechtsstellung von Schwerbehindertenvertretungen und Optimierung des betrieblichen Eingliederungsmanagements</p> <p>Erweiterung der Zielgruppen von Integrationsfirmen um den Personenkreis der Menschen mit psychischer Erkrankung</p> <p>Erweiterung der Aufgaben der Integrationsämter und gesetzliche Verankerung der Strukturverantwortung der Integrationsämter für die Integrationsfachdienste zur Stärkung der Vermittlung und Beratung von Menschen mit Behinderung</p> <p>Stellungnahme des DCV „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung“, 2015 Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung</p>
Mobilität	Ziel der hindernisfreien Mobilität: Förderung eines Programms Barrierefreiheit auf Bahnhöfen (21)				Barrierefreier ÖPNV, barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe (91)		<p>Barrierefreiheit von Gehsteigen und Treppen sowie im ÖPNV herstellen; Ermöglichung der Nutzbarkeit des ÖPNV im Sinne einer Reisekette</p> <p>Bahnhofsmision stärken</p> <p>Flächendeckender Einsatz von Bodenindikatoren in Form von Rillen-, Rippen oder Noppenplatten zur Erleichterung der Orientierung für Sehbehinderte</p> <p>DCV-Stellungnahme Nationaler Akti-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							onsplan zur Umsetzung der UN-BRK vom 5.10.2011 <i>nicht online verfügbar</i>
Barrierefreiheit im allgemeinen		Bessere gesetzliche Bestimmungen für angemessene Vorkehrungen (667)	Ziel: inklusive Gesellschaft frei von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierung: Inklusion für Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht; diesen Anspruch erfüllt das BTHG derzeit noch nicht (125) Verbindliche Vorgaben für Barrierefreiheit auch für die Privatwirtschaft (125) Volle Umsetzung der UN-BRK auch in Deutschland gefordert (125)	Barrierefreiheit ist eine Haltung, die gegenüber unterschiedlichen Gruppen zum Abbau von Diskriminierung gilt; betrifft auch digitale Angebote Neben barrierefreien Wohnungen soll es auch barrierearme Wohnungen geben, um bei begrenzten Mitteln einen größeren Effekt zu erzielen (22)			Herstellung von Barrierefreiheit auch im privaten Bereich im AGG Angemessene Vorkehrungen als eigenständigen Rechtsgegenstand im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) verankern Barrierefreiheit von Bescheiden, Vordrucken und öffentlichen Verträgen auch für Menschen mit geistigen und seelischen Beeinträchtigungen Forderungen zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG), 29.05.2015 BGG
Inklusive Bildung		Barrierefreie Klassenzimmer (8) Inklusive Bildung entlang gesamter Bildungsbiographie: Schaffung der notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen (66)	Inklusive Bildung (176) Recht behinderter Kinder auf inklusive Kita (181)	Schließung von Förderschulen gegen den Willen der Eltern ist ein Fehler; dabei Anerkenntnis, dass inklusive Regelschule das Ziel sein muss; Verbindliche Basisstandards für gemeinsamen Unterricht, bei Nichteinhaltung dürfen keine inklusiven Lernangebote gebildet werden (9)	Inklusive Schule: Barrierefreiheit als Voraussetzung: sächlich, Personal, Assistenzleistungen, Lernmittel, Hilfsmittel; 2-Lehrer*innen-System umsetzen, um Förderschulen überflüssig zu machen (52,53) Inklusive und barrierefreie Hochschule (56)	Förder- und Sonderschulen erhalten; Debatte um Abschaffung wird als „ideologisch motivierte Inklusion“ diskreditiert (42)	Ein Bildungssystem für alle schaffen, damit Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam eine Kindertagesstätte besuchen und an einer Schule lernen können. Dazu ist es erforderlich, Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung vorrangig in die Regeleinrichtungen des Bildungssystems zu integrieren. Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für ein inklusives Bildungssystem: bauliche, sächliche und Barrierefreiheit und Sicherstellung der nötigen individuellen Förderung durch Integration von Sonderpädagogen in die Regelschule und Schaffung von multiprofessionellen Teams. Allgemeine Lehrerbildung muss um die pädagogischen Anforderungen von Kindern mit Behinderung gezielt erweitert werden (Inklusionspädagogik). „Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</p> <p>Uneingeschränkter Zugang zum betrifft auch den Zugang zu beruflicher Bildung für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen (vorschulische Bildung, schulische Bildung, Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung / Lebenslanges Lernen) zu verwirklichen.</p> <p>DCV-Stellungnahme Bundesteilhabegesetz, 2016 Bundesteilhabegesetz</p>
Kinder und Jugendliche mit Behinderung		Kinder- und Jugendhilfe soll für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gelten (68)	Zusammenführung der Leistungs- und Unterstützungssysteme für Kinder mit und ohne Behinderung im Jugendhilferecht (211)		Inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetz (26)		<p>Der Deutsche Caritasverband setzt sich für ein Inklusives SGB VIII ein. Alle Kinder und Jugendlichen sollen Teilhabeleistungen, die sich an den Vorgaben der UN-BRK orientieren, aus einer Hand und damit Jugendamt erhalten.</p> <p>DCV-Stellungnahme zum SGB VIII, 2017 Kinder- und Jugendstärkungsgesetz</p>
Gesundheit					Barrierefreies Gesundheitssystem (Zugang, Untersuchungstechniken, Behandlung, Kommunikation) (28)		<p>Die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Behinderung ist systematisch im praxisbezogenen Teil der Ausbildung verpflichtend einzuführen.</p> <p>Bauliche, sächliche, personelle und kommunikative Barrierefreiheit von Arztpraxen und Krankenhäusern herstellen: Information und Aufklärung in leichter Sprache, angemessene Vorkehrungen für die sächliche Ausstattung der Praxen, z.B. Untersuchungsstühle</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Es sollte gesetzlich klargestellt werden, dass der Rechtsanspruch auf Assistenz im Krankenhaus nicht nur für Menschen mit Behinderung gilt, die ihre Assistenz durch eine Pflegekraft im sogenannten Arbeitgebermodell sicherstellen. Im Sinne der Gleichbehandlung muss diese Leistung auch denjenigen Menschen mit Behinderungen zur Verfügung stehen, die ihre Assistenz nicht durch eine Pflegekraft im Arbeitgebermodell in Anspruch nehmen oder die ihren Lebensmittelpunkt in einer Einrichtung der Behindertenhilfe i. S. des § 71 Abs. 4 SGB XI haben.</p> <p>DCV-Stellungnahme: Gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung menschenrechtskonform gestalten, 29.04.2015 gesundheitliche Versorgung Menschen mit Behinderung</p>
Digitalisierung		Digitale Arbeitswelt 4.0. schließt zusätzliche Qualifizierung für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung ein (durch Auflösung der Orts- und Zeitgebundenheit der Weiterbildung) (12)			Barrierefreies Gesundheitswesen: Barrierefreiheit als Zulassungskriterium für Arztpraxen und medizinische Einrichtungen (125)		<p>Arztpraxen sollen auch in überversorgten Gebieten zugelassen werden können, wenn sie barrierefrei ausgestaltet sind. Besondere Berücksichtigung bei Bewerbungen für eine Praxisnachfolge, wenn sie ihre Praxis barrierefrei gestalten wollen.</p> <p>DCV Stellungnahme zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz, vom Oktober 2011 GKV Versorgungsstrukturgesetz</p>
Wahlrecht		Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung abschaffen (61)	Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen abschaffen (125,148)		Wahlrechtsausschlüsse aufheben; barrierefreies Wahlverfahren (Wahllokal, Wahlmaterialien) (125,118)		<p>Aufhebung des Wahlrechtsausschlusses für Menschen, die in allen Lebensbereichen unter Betreuung stehen.</p> <p>Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</p>
Gewaltprävention		Konzepte gegen Gewalt gegen Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Pfl-			Gewaltfreie Psychiatrie (31)		<p>Erweitertes Führungszeugnis soll in allen Einrichtungen und Diensten, die volljährige Schutzbefohlene betreuen, verlangt werden.</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		gebedürftige gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden erarbeiten (65)					DCV Stellungnahme Auskunft des Bundeszentralregisters bei der Betreuung von volljährigen Schutzbefohlenen, 10.07.2015 Betreuung volljährige-Schutzbefohlene
Antidiskriminierung siehe Politikbereich Migration und Integration =>Ausgrenzung/ Diskriminierung		Anwendungsbereich des AGG auf staatliches Handeln erweitern (65)					
BTHG		Teilhabeleistungen weiterentwickeln (66)		Wunsch- und Wahlrecht auf Leistungen zu Teilhabe, z.B. freie Wahl von Wohnort und Wohnform kostenneutral innerhalb des vorgegebenen Budgets ermöglichen; Persönliches Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen (33)			Es muss gewährleistet sein, dass alle Menschen, die in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt sind, Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Kein erzwungener Umzug in Einrichtungen, wenn diese kostengünstiger sind als die ambulante Versorgung. Es ist sicherzustellen, dass die Wünsche der Leistungsberechtigten stets denen der Betreuer vorgehen. Rechtsanspruch auf ein Persönliches Budget muss auch dann bestehen, wenn keine Zielvereinbarung zustande gekommen ist. DCV-Stellungnahme Bundesteilhabegesetz, 2016 Bundesteilhabegesetz
Schnittstelle Pflege und Behinderung		Menschen mit Behinderung sollen alle Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, unabhängig davon, wo sie wohnen (65)		Menschen mit Behinderung müssen unabhängig von der Wohnform Anspruch auf alle Leistungen aus den Sozialversicherungen einschließlich der Pflege erhalten (34) Bessere Verzahnung der Leistungen von Gesundheit und Pflege sowie bei Behinderung (33)			Anerkennung des stationären oder ambulanten betreuten Wohnens als eigene Häuslichkeit; dadurch Aufhebung der leistungsrechtlichen Schlechterstellung gegenüber anderen pflegebedürftigen Menschen. Statt der 266 €, welche die Pflegekassen dem Eingliederungshilfeträger bezahlen, hätten die Menschen mit Behinderung dann einen Leistungsanspruch auf die volle Pflegeleistung nach § 36 SGB XI oder auf das Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Der Betrag kann nach Pflegestufen bzw. Pflegegraden gestaffelt werden.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							DCV-Stellungnahme Bundesteilhabegesetz, 2016 Bundesteilhabegesetz
Vermögen, Einkommen und Steuern von Menschen mit Behinderung		Anpassung der pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderung im EStG (66)			Vermögens- und einkommensunabhängige Persönliche Assistenz; Vereinfachung des Persönlichen Budgets in diesem Zusammenhang (25)		Eltern von Kindern mit Behinderungen sollten nicht zum Einkommenseinsatz für Teilhabeleistungen herangezogen werden. Teilhabeleistungen sollten in voller Höhe solidarisch getragen werden. Auch das Einkommen, das im Rahmen von Unterhaltspflichten aufgewendet werden muss oder gepfändet ist, muss weiterhin anrechnungsfrei bleiben. Bei der Anrechnung von Vermögen muss nicht nur die selbst genutzte Immobilie, sondern auch das Vermögen zum Aufbau einer Altersvorsorge anrechnungsfrei bleiben. Das jetzt in § 92 Absatz 1 SGB XII normierte Bruttoprinzip, demzufolge der Leistungsträger dem Leistungserbringer das volle Entgelt auszahlt und der Leistungsempfänger einen eventuellen Eigenanteil dem Leistungsträger selbst bezahlt, sollte beibehalten werden. Dies ist im Rahmen der Ausgestaltung der künftigen Eingliederungshilfe als echte Sachleistung (§ 123 Absatz 6 SGB IX-E) schon aus systematischen Gründen erforderlich. Stellungnahme des DCV zum Bundesteilhabegesetz, Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung, 2016 DCV BTHG
Sport			Sport ermöglicht Inklusion (154)	Sport als Inklusionsfaktor (9)	Förderung der Teilhabe auch behinderter Menschen am Sport (133)		
Drogenpolitik							
Tabak und Alkohol			Tabakwerbung verbieten (126) Offensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hinweisen (126)		Verbot von Werbung für Tabak und Alkohol (128) Weiterer Ausbau des Nichtraucher-schutzes (128)		Regulierung von Alkoholwerbung, -marketing und -sponsoring; Instrument: Gesetzliche Regulierung/Maßnahme u.a. Einführung eines generellen Verbots von Alkoholwerbung Bund/EU

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Aktionsplan Alkohol der DHS Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, 2008 Aktionsplan Alkohol</p> <p>Einstieg in Tabakkonsum ist so unattraktiv wie möglich zu gestalten (Verpackung; Produktbeschreibungen; Verbot von Tabakzusatzstoffen; Verbot rauchloser Tabakprodukte; Einbezug neuartiger nikotinhaltiger Erzeugnisse)</p> <p>Stellungnahme der DHS Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen, Februar 2013 Tabakproduktrichtlinie</p>
Cannabis			Cannabis-Regelungen schaffen für Anbau, Handel und Abgabe; Verkauf unter strenger Wahrung des Jugendschutzes durch lizenzierte private Verkäufer; Ausbau von Therapie-, Präventions- und Hilfeangeboten durch Erträge aus der Cannabissteuer finanzieren (127)	Kontrollierte Freigabe von Cannabis: Besitz und Konsum soll für Erwachsene erlaubt sein; kontrollierter Verkauf in lizenzierten Geschäften und Steuern darauf analog zu Zigaretten; bringt bis zu 1 Mrd. Euro jährlich (49)	Legalisierung von Cannabis und Schaffung nicht-kommerzieller Bezugsmöglichkeiten; Änderung des Betäubungsmittelrechts, sodass die Bundesländer eigenständig über wissenschaftliche Modellprojekte zur Abgabe von Cannabis entscheiden können (128)		<p>Enquete-Kommission erforderlich zur Prüfung der geltenden Bestimmungen der Cannabispolitik und von Möglichkeiten einer Regulierung; Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe; Entkriminalisierung; Einhaltung des Jugendschutzes.</p> <p>Stellungnahme der DHS Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen Cannabispolitik in Deutschland. Maßnahmen überprüfen, Ziele erreichen, September 2015 Cannabispolitik</p>
Spielsucht					Automatenverbot in Gaststätten (128)		<p>Geldspielgeräte sind als Glücksspiel im Sinne des GlüStV zu definieren und sollten dessen Vorschriften unterliegen Stellungnahme der DHS Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen zur "Glücksspielsuchtprävention" für die Anhörung des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Gesundheit am 01.07.2009 Prävention Glücksspielsucht</p>

3. Familie/Kinder/Jugend/Frauen/Generationen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Familienbegriff	Da, wo zwei Menschen Verantwortung für Kinder und ihre Erziehung übernehmen (25) Gesellschaftliche Wertschätzung durch Vorfahrtsregeln (28)	Da, wo Menschen dauerhaft Verantwortung übernehmen (5, 63)	Da, wo Menschen verbindlich u. solidarisch zusammenleben (123) und Verantwortung füreinander übernehmen (209) / Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung (214)	Wen wir lieben (49) Verantwortungsgemeinschaft -> mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei und mehr Personen , daran soll auch Erb-, Steuer- u. Sozialrecht anknüpfen (51)	Da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen (26)	Klassisches Familienbild: Vater, Mutter, Kinder (39) schwerwiegendes Fehlverhalten gegenüber eheliche Solidarität muss bei Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden (37)	In Familien übernehmen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung. Familienleben kennt viele Erscheinungsformen und unterliegt einem sozialen Wandel, der Rollenverteilungen, Lebenslagen und Haushaltskonstellationen beeinflusst. DCV-Kampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ Sozialpolitische Forderungen, 2013 Sozialpolitische Forderungen
Frühe Hilfen	Wir wollen eine Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten schaffen, damit junge Familien bestmöglich die Vielfalt der staatlichen Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können (27).	Hebammen sind unverzichtbare Begleiterinnen beim Start ins Leben. Ergo: Beruf attraktiver machen, Arbeitsbedingungen (auch Bezahlung) verbessern (31).	Geburtshilfe stärken – Hebammenarbeit sichern; Krankenhäuser mit Geburtsstationen sollen in allen Regionen gut erreichbar sein. Geburten brauchen verbindliche Qualitätsvorgaben (202 + 134)	Geburtshilfe in Deutschland sichern, Hebammen stärken (88)	Für eine Stärkung der Qualifizierung und für eine bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe (auch Hebammen) (32)	Finanzielle Entlastung freiberuflicher Hebammen z. B. durch eine Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen (63)	Bundesweit sollen Lotsendienste zur Vermittlung von Frühen und anderen Hilfen für alle Geburtskliniken ermöglicht, gesetzlich verankert und verbindlich refinanziert werden; Auskömmliche und nachhaltige Finanzierung der Angebote Früher Hilfen (Beratung u. Befürwortung dazu u.a. im Bundesländer-Netzwerk Kinder-Jugend, Familie 04.07.2017) DCV-Kampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ Sozialpolitische Positionen zur Caritas-Kampagne 2013 Sozialpolitische Forderungen Dringend notwendig sind ... präventive Angebote für arme Familien und ihre Kinder (Sozialpädagogische Familienhilfe, Frühe Hilfen); (dazu Pressemitteilung des DCV zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht, 19.06.17) Anhörung 5-ARB

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Adoption		Auch für gleichgeschlechtliche Paare (63)			Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartner (73)	erleichtern (37)	Durch das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts hat sich die Forderung von SPD und Linken de facto erledigt. Homosexuelle und heterosexuelle Paare sind rechtlich gleichgestellt, wenn sie heiraten. Das wirkt sich u.a. beim Adoptionsrecht aus, d. h. homosexuelle Ehepaare haben das volle Adoptionsrecht.
Vormundschaftsrecht/ Betreuungsrecht		Muss reformiert werden (66) Verantwortung des Vormundes für Erziehung, Fürsorge, Entwicklung verstärkt werden (66) Grundsatz der Erforderlichkeit im Betreuungsrecht stärken (66)					Die Gesamtreform des Vormundschaftsrechts muss umgesetzt werden: a) Die Vormundschaft muss von einer überwiegend formalen Vertretung zur umfassenden Verantwortung für die Entwicklungs- und Erziehungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen weiterentwickelt werden. b) Es muss ein Vergütungsanspruch für den Vormundschaftsverein eingeführt werden, wenn deren Mitarbeiter/innen Vormundschaften übernehmen.
Pflegekinder		Rechte von Pflegekindern stärken (66)	Rechte von Pflegekindern stärken (209)				Professionelle Infrastruktur für die Beratung und Begleitung von Pflegeeltern weiterentwickeln Die strukturelle Verankerung und konzeptionelle Ausgestaltung der Arbeit mit Herkunftsfamilien verbessern; systematische Unterstützung der leiblichen Eltern unabhängig vom Lebensmittelpunkt der Kinder Partizipation von Kindern und Jugendlichen umsetzen Forschung zur Pflegekinderhilfe und Dialog Wissenschaft und Praxis der Pflegekinderhilfe fördern

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Fachartikel „Pflegekinderdienste ermöglichen ein sicheres Zuhause“, neue caritas 14/2015 Pflegekinderdienste</p> <p>Absicherung von Dauerpflegeverhältnissen: Bislang fehlt es an einer familienrechtlichen Absicherung von bereits länger bestehenden Pflegeverhältnissen, die für das Kind längst zur auf Dauer angelegten Lebensform geworden sind. Es bedarf einer zivilrechtlichen Regelung, die mehr Platzierungs- und Beziehungsstabilität der Pflegefamilien ermöglicht.</p> <p>Rechtsgrundlage für die Unterbringung behinderter Kinder in Pflegefamilien dringend nachbessern: Die Rechtsgrundlage für die Unterbringung behinderter Kinder im Rahmen der Eingliederungshilfe fällt am 31.12.2018 weg. Da die Folgeregelung im BTHG erst ab 1.1. 2020 wirksam wird, besteht über 12 Monate keine explizite rechtliche Grundlage für die Betreuung von behinderten Kindern in Pflegefamilien.</p>
Kinderrechte	Kinderrechte ins GG (26)	<p>Eigene Rechte von Kindern im Grundgesetz verankern -> Parlamente, Verwaltung, Gerichte müssen Kindesinteresse vorrangig berücksichtigen (7)</p> <p>Kindeswohl muss im Mittelpunkt stehen (63)</p>	Kinderrechte ins GG (213)				<p>Der Schutz von Kinderrechten ist für den DCV ein prioritäres Anliegen. Kinderrechte – die Grundrechte von Kindern – sind im Grundgesetz bereits umfassend geschützt. Bestehende Defizite in der Verwirklichung von Kinderrechten müssen jeweils durch konkrete Maßnahmen behoben werden. Dafür setzt der DCV sich ein. s. hierzu die Hinweise in den jeweiligen Fachkapiteln</p> <p>Kommentar von Herrn Prof. Cremer "An der Verfassung liegt es</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							nicht!", neue caritas 10/2017 Kinderrechte
Kinder/Jugend	Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab. (25)	<p>Eigenständige Jugendpolitik (5)</p> <p>Kinder- und Jugendbericht als Instrument verankern (7)</p> <p>Jugend-Check gesetzlich verankern-> alle gesetzlichen Maßnahmen werden auf Wirkung hin überprüft (7)</p>	<p>Kinder- und Jugendhilfeleistungen über das 18. Lebensjahr hinaus (211)</p> <p>Leistungs- und Unterstützungssystem für Kinder mit und ohne Behinderung und Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung (211)</p> <p>Einheitliche Standards für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund (211)</p> <p>Präventionsangebote -> Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen (Qualität + Finanzierung) (211)</p>				<p>Im Rahmen der eigenständigen Jugendpolitik sind die Interessen und die Partizipation von benachteiligten Jugendlichen stärker zu berücksichtigen.</p> <p>„Forderungen zur Jugendpolitik aus katholischer Sicht“, 2013 Jugendpolitische Forderungen</p> <p>Der DCV setzt sich für die verfassungs- und völkerrechtlich gebotene Umsetzung der Kinderrechte für alle Kinder in Deutschland ein, d.h. konkret auch für einheitliche Standards für Kinder mit und ohne Migrations- bzw. Fluchthintergrund. Die Notwendigkeit einer besonderen Verankerung von Kinderrechten im GG sehen wir nicht.</p> <p>Stellungnahme des DCV „Kindeswohl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bestmöglich sichern“, 2015 Kindeswohl UMF</p> <p>Dringend notwendig sind der Ausbau und die bessere Vernetzung niedrigschwelliger präventiver Angebote für arme Familien und ihre Kinder (Sozialpädagogische Familienhilfe, Frühe Hilfen); interdisziplinäre Kooperationen müssen gesetzl. festgeschrieben und finanziell hinterlegt werden;</p> <p>Stellungnahme des DCV zur Anhörung zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 27.06.17 Anhörung 5-ARB</p> <p>IN VIA: Fachkräfte aus Einrichtungen der Kinder- und Jugend-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>hilfe müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Kinder und Jugendliche mitbestimmen können.</p> <p>Dokumentation zum Jugendworkshop und zur Fachtagung Partizipation „Was heißt hier jugendgerecht?!“ Veröffentlichungen Jugend und „Mitbestimmung - wie geht das?“, 2016 Mitbestimmung Jugend</p> <p>Im gemeinsamen Tun mit anderen müssen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen geschaffen werden. Sie werden dabei unterstützt, sich mit anderen auszutauschen und sich selbst zu vertreten.</p> <p>KJS Positionspapier „Bildungsort Jugendsozialarbeit. Zum Bildungsverständnis der Jugendsozialarbeit in katholischer Trägerschaft“ Jugendsozialarbeit</p>
Betreuung von Kindern	<p>Rechtsanspruch auf Gewährleistung von Betreuung überall dort, wo sie von Eltern gewünscht oder benötigt wird (26)</p> <p>Betreuung im Grundschulalter einführen (26, 36)</p> <p>Ausbau Steuerbefreiung für Zuschüsse der Arbeitgeber für Betreuungskosten bis Ende des Grundschulalters (26)</p>		Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschule und Hort (210)	<p>Flexible Angebote (36)</p> <p>Wechselmodell nach Scheidung als Regelfall analog zur elterlichen Sorge (50)</p>	99	Finanzielle Unterstützung elterlicher Betreuung (37)	<p>Eltern benötigen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf den Ausbau lebenslagenorientierter bzw. –spezifischer Fördersysteme.</p> <p>Pressemitteilung des KTK, 1.8.2017: Rechtsanspruch für Grundschulkinder richtiges politisches Signal</p> <p>Der weitere Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung ist zu unterstützen und Ganztagsangebote sind zugänglich zu machen.</p> <p>Positionspapier des DCV „Für ein chancengerechtes und inklusives</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>Bildungssystem“, 28.11.2011 Bildungspolitische Position</p> <p>Die Arbeitsgemeinschaft Interessensvertretung Alleinerziehender arbeitet aktuell an einer Positionierung gegen das sogenannte Wechselmodell nach elterlicher Trennung als Regelfall, weil es weder in jedem Fall dem Kindeswohl dient, noch für alle Eltern umsetzbar ist.</p> <p>Wechselmodell Umgangsgestaltung bei häuslicher Gewalt</p>
Familienarbeitszeit/ Partnerschaftlichkeit	<p>Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Anreize bei Unternehmen fördern (27)</p> <p>dazu Digitalisierung nutzen (52)</p> <p>Rückkehrberatung zur beruflichen Wiedereingliederung (27)</p> <p>Anspruch auf befristete Teilzeit abhängig von Betriebsgröße (27,44)</p>	<p>Gute Kitas, Zeit und Geld (5)</p> <p>Wahlarbeitszeit und Anspruch auf befristete Teilzeit (34)</p> <p>Flexibilisierung; im öffentlichen Dienst als Vorreiter für Aufteilung von Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege (6)</p> <p>Freistellung für Pflegenden von Arbeit mit Lohnersatzleistung (orientiert an Elterngeld: 150 Euro/Monat bei 75% bis 90% der regulären Vollarbeitszeit) für bis zu 3 Monate (16)</p>	<p>Flexible Vollzeit, d.h. Verkürzung der Arbeitszeit um bis zu 10 Std./Woche (131) bzw. freie Entscheidung, wie innerhalb eines Korridors von 30 – 40 Std. persönliche Vollzeit aussieht (210)</p> <p>Rückkehrrecht auf Vollzeit (210)</p> <p>Recht auf Homeoffice (210)</p> <p>KinderZeitPlus löst Elterngeld ab + ermöglicht phasenweise Arbeitszeitreduzierung nach 1. Geburtstag bis 14. Lebensjahr: jeder Elternteil erhält 8 Monate finanzielle Unterstützung (16 Monate), weitere 8 Monate können zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden -> insg. 24 Monate Unterstützung (210)</p>	<p>Flexible Arbeitszeitmodelle + digitale Arbeitsplätze (36, 44)</p> <p>Mehr mobile Arbeitsplätze -> Entbürokratisierung des Arbeitsschutzes bei homeoffice-Arbeitsplätzen</p>	<p>familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen (17)</p>		<p>Stichwort Familienarbeitszeit: Der DCV hat sich in internen Workshops mit dem Thema beschäftigt und beobachtet mit Interesse die Entwicklungen. Eltern soll ermöglicht werden, ihre Wochenarbeitszeit zu reduzieren.</p> <p>Der DCV engagiert sich in der unternehmensübergreifenden Initiative „Chefsache“. Diese begreift die Flexibilisierung von Arbeitszeiten als zentrales Element der Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern in Führungspositionen. Chefsache</p> <p>Geschlechtergerechtigkeit</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Arbeitszeitkonten	Familien- u. Lebensarbeitszeitkonten (27)	Langzeitarbeitskonten (16)					<p>Der DCV hat sich bereits 2013 intensiv mit diesem Arbeitszeitmodell auseinandergesetzt und eine großzügigere Auslegung des Partnerschaftsgedankens angemahnt.</p> <p>Zeitkontenregelungen im Arbeitsrecht sollen Familien mehr Flexibilität geben.</p> <p>Positionierung zur Familienarbeitszeit Familienarbeitszeit</p>
Familiengeld		300 Euro/Monat (38)					
Elterngeld		ElterngeldPlus: Familiengeld von 150 Euro/Monat bei partnerschaftlicher Aufteilung der Arbeitszeit, d.h. jeweils 75% bis 90% der regulären Vollarbeitszeit -> bis zu 24 Monate; auch für Allein- oder getrennt Erziehende (6)	Abgelöst (212)				<p>Für den DCV steht beim Elterngeld der familienunterstützende Aspekt im Vordergrund; die Ausgestaltung des Elterngeldes muss gerechter werden; auch Familien im Hartz-IV-Bezug und Familien mit geringen Einkommen sollen davon profitieren.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom 24.4.2014 Einkommensunabhängiges Elterngeld Elterngeld plus</p>
Steuern		Wahl zwischen Ehegattensplitting und Familientarif mit Kinderbonus, von dem verheiratete u. unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende profitieren: jeder Elternteil soll 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können; im	Ehegattensplitting durch gezielte Förderung von Familien ersetzen (130) Wahlrecht zwischen Ehegattensplitting mit Kindergeld und Kinderfreibetrag oder Individualbesteuerung mit Kindergrundsicherung (213)		Ehegattensplitting durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzen, bei dem das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen den Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern frei	Familiensplitting mit Freibeträgen (38)	

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		Familientarif können Ehepartner Einkommensanteile von höchstens 20.000 Euro untereinander übertragen (38)			übertragbar sein wird (73)		
Weitere Unterstützung			<p>Familien-Budget als 12-Milliarden-Entlastungspaket: Zusammenführung von Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz, bestehend aus: 1. Regelsätze müssen Existenzsicherung absichern, 2. Für Eltern mit geringem Einkommen KinderGeldBonus zur Abdeckung des sachlichen Existenzminimums, 3. einkommensunabhängige Kindergrundsicherung, die Kindergeld und Kinderfreibetrag ersetzt und mit übertragbarem Grundfreibetrag verknüpft (212)</p> <p>Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets, stattdessen teils vom Bund finanzierter kostenfreier Zugang zu Leistungen, teils Finanzierung durch Regelsatz (213)</p>			Ehe-Start-Kredit (38)	<p>Der Deutsche Caritasverband setzt sich dafür ein, den Kinderzuschlag zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung weiter zu entwickeln.</p> <p>„Souveränität von Familien mit geringem Einkommen stärken“, Position des Deutschen Caritasverbandes zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, 17.11.2014 Kindergrundsicherung</p>
Vereinbarkeit Familie/Studium			fördern und Möglichkeit zum Teilzeitstudium schaffen (179)			Guter Abschluss und zeitnahe Elternschaft -> keine Rückzahlung des BaFöGs (38)	<p>Vordringlich ist eine verlässliche Betreuungsstruktur für junge Eltern.</p> <p>Positionspapier des DCV „Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem“, 28.11.2011 Bildungspolitische Position</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Kita		gebührenfrei (6, 38)	Als Orte für die ganze Familie (176) Elternbeiträge sozial staffeln (181)	Bildungsgutscheine (5)			KTK-Pos. vom März 2008: (www.ktk-bundesverband.de) Verbesserung von Rahmenbedingungen für die päd. Arbeit im Kindergarten: die dort beschriebenen Positionen gelten weiter. KTK-Vorstand Juni 2017: Forderung nach Beitragsfreiheit perspektivisch beibehalten.
Ganztagsbetreuung		Ganztagsbetreuung mit finanzieller Beteiligung des Bundes -> 3 Milliarden Euro (6, 38)	Ganztagsbetreuung (176)		Ganztagsbetreuung (14)		In Kita oder Schule? Jedenfalls dem Bedarf der Familien entsprechend. Positionspapier des DCV „Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem“, 28.11.2011 Bildungspolitische Position
Qualität	Ausbau von Qualität (26)	bundesweites Qualitätsgesetz (6)	Bundesweite Qualitätsstandards (176) Inklusiv (181)		Verbesserung durch QM (134)		KTK-Engagement für ein Bundesqualitätsgesetz: Startseite www.ktk-bundesverband.de
Hort	Vielfalt der bestehenden Betreuungen im Grundschulalter erhalten (26)		Rechtsanspruch auf Hortbetreuung (210)				Pressemitteilung des KTK vom 1.8.17 www.ktk-bundesverband.de
Kindergeld/ Kinderfreibetrag	Freibetrag in zwei Schritten auf Erwachsenenfreibetrag anheben + Kindergeld erhöhen (erst 25 Euro je Kind, dann abhängig von wirtschaftlicher Gesamtlage) (26,34)	Gestaffelt nach Einkommen und Kinderzahl (6) Zusammenführung von Kindergeld und Kinderzuschlag zu erweitertem Kindergeld (6,38) Bürokratieabbau (38)		Alle den Eltern zustehenden kindesbezogenen Leistungen in Kindergeld 2.0 als eigenständiger Anspruch des Kindes: einkommensunabhängiger Grundbetrag, einkommensabhängiger Flexi-Betrag und Bildungs- und Teilhabepaket (50)	für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen (26)		Der Deutsche Caritasverband setzt sich dafür ein, den Kinderzuschlag zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung weiter zu entwickeln. „Souveränität von Familien mit geringem Einkommen stärken“, Position des Deutschen Caritasverbandes zu einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, 17.11.2014 Kindergrundsicherung
Art. 3 Abs. 3 GG / Diskriminierungsschutz			Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzen (123) TranssexuellenG durch ein Gesetz zur	Erweiterung des Diskriminierungskatalogs; über Bundesstiftung stärkere Förderung für Bildung, Selbsthilfe und Diversity Ma-			

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität ersetzen (123) Dritte Option im PersonenstandsG für Transsexuelle (123)	nagement; Änderung des TranssexuellenG (51) Opferrente einführen (52)			
Wahlalter		Bei Bundestag und EU-Parlament ab 16 Jahren (8)	Wahlalter auf 16 Jahre absenken (156)		Wahlalter auf 16 Jahre senken (127)		Der DCV setzt sich dafür ein, Kinder und Jugendliche gemäß ihrem Alter und Interesse an politischen Entscheidungsprozessen verbindlich zu beteiligen und ihnen ein angemessenes Wahlrecht einzuräumen – bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren. Der DCV fordert zudem das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer(innen), die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig, mit Aussicht auf Aufenthaltsverfestigung, in Deutschland leben. Sozialpolitische Position des DCV zur Kampagne 2016, neue caritas 21/2015
Wohnen	Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr über 10 Jahre (27) Freibeträge bei Grunderwerbssteuer für Erwachsene und Kinder (27)						
Frauen/ Gleichstellung	Gleichstellung im öffentlichen Dienst vortreiben (44)	mit einem Transparenzgesetz Lohnungleichheit begegnen (62)	Tarifvertrag „Soziale Dienste“ als Grundlage für gerechte Löhne auf alle Tarifbereiche ausweiten; EntgeltgleichheitsG anpassen; verpflichtender Lohncheck, ob Frauen ungleich bezahlt werden (130)	Chancengleichheit (36) Führungsverantwortung wahrnehmen, auch im öffentlichen Dienst, aber keine Quote (37)			Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben ist für die Caritas als Dienstgeberin ein wichtiges Anliegen. Zentral geht es darum, Frauen und Männern Verantwortungsübernahme im Beruf UND in der Familie zu ermöglichen. Von 2012-2014 bzw. ab 2016 bearbeitet der DCV dieses Anliegen in ESF-geförderten Projekten. Dabei steht weniger die Frage der Lohngerechtigkeit im Vorder-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>grund, sondern vielmehr eine Veränderung von stereotypenbelasteten Strukturen und Prozessen, die den gleichberechtigten Aufstieg von Frauen und Männern verhindern (z.B. Führungspositionen nur in Vollzeit, Kompetenzen einer Führungskraft, Elternzeit bei Männern...).</p> <p>Netzwerktreffen</p> <p>Rückenwind Geschlechtergerechtigkeit</p> <p>Geschlechtergerechtigkeit</p>
Gewalt		<p>Schutz vor Gewalt: sexualisierter Gewalt, Jugendmedienschutz; Hilfe für Betroffene niedrigschwellig und unbürokratisch; UBSKM hat dabei entscheidende Rolle (7)</p> <p>Präventionsmaßnahmen gegen Mobbing (7)</p> <p>Stärkung der Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt</p> <p>Nach Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ folgt dritter Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Schutz und Hilfe für die Opfer und ihre Kinder, auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus</p> <p>Ausbau des Hilfesys-</p>	<p>Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen sichern, Präventionskonzepte entwickeln (132)</p> <p>UBSKM absichern (211)</p> <p>„Fonds sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ gewährleisten (211)</p> <p>Umfassenden Schutz sexueller Selbstbestimmung sichern (132)</p>				<p>Rahmenbedingungen für eine sichere Unterbringung (u.a. Frauen, Kinder, LSBTI) müssen verbessert und Präventionsmaßnahmen entwickelt und strukturell verankert werden.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, 06/2017</p> <p>Kinder- und Jugendstärkungsgesetz</p> <p>SkF/Caritas werden bei Gewaltschutzfragen über die Frauenhauskoordinierung (FHK) vertreten.</p> <p>FHK hat drei Wahlforderungen formuliert:</p> <p>FHK fordert einen Rechtsanspruch auf Schutz und Unterstützung für alle gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder.</p> <p>FHK fordert eine konkrete Strategie für die Umsetzung der Istanbul-Konvention, unter anderem die Einrichtung einer Koordinierungsstelle und einer unabhängigen Struktur für das Monitoring.</p> <p>FHK fordert einen uneingeschränkten Gewaltschutz für Migrant_innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und für geflüchtete Frauen.</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>tems aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen</p> <p>Präventionsprogramm; Koordinierungsstelle auf Bundesebene zur Umsetzung der Istanbul-Konvention</p> <p>auch Hilfen bei Gewalt gegen Männer in den Aktionsplan aufnehmen (64)</p>					<p>Rechtsanspruch/Finanzierung von Frauenhäusern Argumentationshilfe Rechtsanspruch</p> <p>IN VIA: Schutz und gesicherte Unterbringung für geflüchtete Frauen garantieren</p> <p>Positionierung „An(ge)kommen in Deutschland“, 02/2017 Migration</p>
Prostituierte			<p>ProstituiertenschutzG evaluieren, Beratungsangebote stärken (132)</p>				<p>Sicherstellung des psychosozialen Beratungsangebots Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes ist zu begrüßen</p> <p>Gemeinsame Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe, des SkF, KFD und KDFB 2015 (nicht veröffentlicht)</p>
Schwangerschaft			<p>Beratungsangebote ausbauen; für Menschen mit geringem Einkommen kostenfreie Verhütungsmittel (133)</p>			<p>Abtreibung muss gemeldet werden, bei Zuwiderhandlung spürbare Strafe (38)</p>	<p>Das Beratungsangebot im Bereich Schwangerschaftsberatung ist gut ausgebaut. Wenn es um weiteren Ausbau geht, dann müssen die finanziellen Ressourcen ebenfalls bereitgestellt werden.</p> <p>Jahresbericht 2014, Beratungsbedarf</p> <p>Online-Beratung wird – wie in anderen Bereichen auch – zunehmend wichtiger.</p> <p>BAGFW-Papier „Digitale Transformation“, August 2017 <i>nicht veröffentlicht</i></p>

4. Bildung

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Ausbildungsförderung		Mindestausbildungsvergütung (7)	Ausbildungsgarantie sichert Übergang von Schule in Beruf ab (178)	Elternunabhängig: einmaliger Zuschuss von 500 Euro und Darlehnsangebot und Leistungsförderung durch Stipendien (9) Bildungssparen (10)			<p>Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) als dem SGB II vorgelagertes Sicherungssystem bedarfsgerecht ausgestalten</p> <p>Position „Stellungnahme zum Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetz – Rechtsvereinfachung“, 20.05.2016 Rechtsvereinfachung</p> <p>Verpflichtung zur Kooperation und Zusammenarbeit der verschiedenen Sozialleistungsträger wirksamer gestalten und entsprechend gesetzlich verankern</p> <p>Anspruch für junge Menschen auf Leistungen zur beruflichen Integration nach SGB II, SGB III und Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII</p> <p>kontinuierliches personales Angebot (Bezugsperson) für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf</p> <p>Stellungnahme des DCV „Berufliche Integration junger Menschen verbessern - Schnittstellen der Sozialgesetzbücher II, III, VIII und XII beseitigen“, 18.07.2015 Berufliche Integration junger Menschen verbessern</p> <p>Verpflichtung zur Kooperation und Zusammenarbeit der verschiedenen Sozialleistungsträger wirksamer gestalten und entsprechend gesetzlich verankern</p> <p>Anspruch für junge Menschen auf Leistungen zur beruflichen Integration nach SGB II, SGB III und Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII</p> <p>Kontinuierliches, verlässliches Förderangebot und personales Angebot (Bezugsperson) für Jugendliche</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>mit besonderem Förderbedarf</p> <p>Stellungnahme des DCV „Berufliche Integration junger Menschen verbessern - Schnittstellen der Sozialgesetzbücher II, III, VIII und XII beseitigen“, 18.07.2015 Berufliche Integration junger Menschen verbessern</p> <p>Gesetzliche Verankerung einer Ausbildungsgarantie im SGB III</p> <p>Steuerung der Jugendberufsagenturen durch die Jugendhilfe</p> <p>Verstetigung, Ausbau und Weiterentwicklung der Assistierten Ausbildung</p> <p>Zugang zu beruflicher Ausbildung für junge Geflüchtete - statusunabhängig</p> <p>Streichung der Sondersanktionen für Jugendliche im SGB II</p> <p>jugendhilfegemäße Unterbringung und Begleitung junger (volljähriger) Geflüchteter</p> <p>Im Ausland erworbene (Aus-) Bildungsabschlüsse zügig anerkennen</p> <p>Alles aus: http://www.bagkjs.de/start</p> <p>Qualität der Ausbildung verbessern</p> <p>„IN VIA fordert bessere Rahmenbedingungen in der dualen Ausbildung“, 2016 Rahmenbedingungen duale Ausbildung</p>
BAföG		BAföG verbessern um Wechsel von akademischer und beruflicher Bildung in jeder Lebensphase zu ermöglichen (14)	BAföG ausbauen (178)		BAföG aufstocken (40)		<p>BAföG als dem SGB II vorgelagertes Sicherungssystem bedarfsgerecht ausgestalten</p> <p>Position „Stellungnahme zum Neunten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetz – Rechtsvereinfachung“</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>chung“, 20.05.2016 Rechtsvereinfachung</p> <p>Nach 15 Monaten Aufenthalt auch BA-föG für Asylsuchende und Geduldete</p> <p>Positionspapier des DCV, Integration in Arbeit und Ausbildung optimieren, 2016 Integration Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit</p>
Schulen		<p>Nationale Bildungsallianz (8)</p> <p>Modernisierungsprogramm (8)</p> <p>Schulsozialarbeit mit Ländern ausbauen (8)</p> <p>Multiprofessionelle Teams in Schule (8)</p> <p>Kooperationen mit externen Partnern für Angebote in Schulen (8)</p> <p>Begleitende Bildungsforschung (9)</p>	<p>Gute Ausbildung von Lehrern, Erziehern, Sozialarbeitern, Handwerkern in Schule (177)</p> <p>Programm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen -> mehr Personal und Ausstattung (177)</p>	<p>Eigenständigkeit mit Finanzbudget der Schulen (4)</p> <p>QM einführen und veröffentlichen (4)</p>		<p>Eine Gemeinschaftsschule für alle (53)</p>	<p>Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen, eine auf individuelle Förderung ausgerichtete Pädagogik sowie eine gute Kooperation von verschiedenen an Schulen tätigen pädagogischen Professionen gewährleisten.</p> <p>Der weitere Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung ist zu unterstützen.</p> <p>Schulsozialarbeit sollte durch bundesgesetzliche Verankerung abgesichert und ausgeweitet werden.</p> <p>Darüber hinaus muss die Schule mit den außerschulischen Unterstützungssystemen und Einrichtungen im Wohnumfeld der Kinder und Jugendlichen kooperieren. Die Rahmenbedingungen und finanzielle Ausstattung für diese Kooperationen sind zu verbessern.</p> <p>„Für ein chancengerechtes und inklusives Bildungssystem, Bildungspolitische Position des Deutschen Caritasverbandes, 28.11.2011“ Bildungspolitische Position</p> <p>DCV- Studie zu Bildungschancen: Was wirklich zählt, 2012; Bildungschancen</p> <p>IN VIA: Bildung für alle in Schulen für alle: Inklusive Konzepte und individuelle Lernangebote und Förderung, multiprofessionelle Teams in Schulen, Partizipation von Schüler/-innen bei der Gestaltung ihrer Schule Schule für Alle</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Kooperationsverbot		Aufhebung des Kooperationsverbotes erst für Kitas, Schule, Hort, Berufsschule, dann für gesamte Bildung (8)	Aufhebung des Kooperationsverbots, um Bund an Ausbau von Ganztagschulen zu beteiligen (182)				
Sprachförderung				Muss vor Einschulung erfolgen (8)			
Analphabeten		Stärkung der Grundausbildung	Grundausbildung mit Wirtschaft stärker in Blick nehmen (178)				
Senioren	Bildung u. Weiterbildung bedeutsam (45)			Lebenslanges Lernen ermöglichen (7)			

5. Flucht und Migration

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Europäischer Flüchtlingschutz	<p>Außengrenzen-schutz gegen illegale Migration (57)</p> <p>Grenzschutzagentur Frontex stärken (57)</p> <p>Europäisches Asylsystem vollenden (57)</p> <p>Binnengrenzkontrollen bis Außengrenzenschutz funktioniert (57)</p> <p>Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika (57)</p> <p>Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge, die verfolgt oder in großer Not sind und somit einen Schutzanspruch haben (57)</p>	<p>Gemeinsame europäische Verantwortung (58)</p> <p>Solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäischen Union (58)</p> <p>Keine Verweigerung einzelner Mitgliedstaaten (58)</p> <p>Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen Unterstützung erhalten, zum Beispiel für den Ausbau von Gemeindeeinrichtungen, Schulen oder für die medizinische Versorgung (58)</p> <p>Anreize für freiwillige Aufnahme (58)</p> <p>Finanzielle Unterstützung aus dem europäischen Haushalt für die Länder, die eine Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme tragen (58)</p> <p>Gewährleistung menschenwürdiger Unterbringung (58)</p> <p>Besserer Schutz der Außengrenzen vor illegalen Grenzübertritten (58)</p>	<p>Fairer Zugang zum Asylverfahren und Gewährleistung der Genfer Flüchtlingskonvention (102)</p> <p>Faire und solidarische Verantwortungs- teilung für schutzsuchende Menschen durch EU-Mitgliedstaaten (102)</p> <p>Entlastung von EU-Außengrenzen wie Italien und Griechenland (102)</p> <p>Berücksichtigung bei europäischem Verteilungsmechanismus von familiären Bindungen von Flüchtlingen, Sprachkenntnissen, beruflicher Qualifikation und Chancen auf dem Arbeitsmarkt.(102)</p> <p>Europaweit einheitliche Asylverfahren mit hohem Schutzstandard (102)</p> <p>Gegen Aushöhlung menschenrechtlicher Standards bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (102)</p> <p>Anstatt Dublin-System neues, solida- risches System mit gerechter Verantwor- tungsteilung unter</p>	<p>Fairer Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Euro- pa unter Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten (60)</p> <p>Fairer Verteilschlüssel statt Dublin -III-Verordnung (60)</p> <p>Verteilung von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive nach verbindlichen Quoten (60)</p> <p>Berücksichtigung von Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse (60)</p> <p>Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen, der die Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Flüchtlingsaufnahme unterstützt. (60)</p>	<p>Keine Externalisierung der Verantwortung für Flüchtlinge in Drittstaaten außerhalb der EU (114)</p> <p>Aufkündigung EU-Türkei-Deal (114)</p> <p>Keine Auffanglager in Nordafrika (114)</p> <p>Faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU anstatt Dublin (114)</p> <p>Finanzieller Ausgleich (»Fluchtumlage«) (114)</p> <p>Freie Wahl des Mitgliedsstaates für die Geflüchteten (114)</p> <p>Offene Grenzen für schutzsuchende Menschen (114)</p> <p>Sichere und legale Fluchtwege (114)</p>	<p>Ablehnung „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) (30)</p> <p>Beschränkte europäische Zusammenarbeit auf Sicherung der europäischen Außengrenze (30)</p> <p>Asylanträge außerhalb Europas zu stellen (dazu Änderung europäischen Rechts) (30)</p>	<p>Alle EU-Mitgliedstaaten tragen gemeinsam Verantwortung. Die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen müssen entlastet werden. Ziel muss es sein, in allen Mitgliedstaaten angemessene Aufnahmebedingungen zu erreichen. Individuelle Interessen der Schutzsuchenden sollten im Rahmen der Zuständigkeits- und Verteilungsentscheidung größeres Gewicht erfahren.</p> <p>Finanzielle Unterstützung für die Flüchtlingsaufnahme in Betracht ziehen, die sich ggf. aus einem speziellen Fonds speist.</p> <p>Unterbringung -> Asylverfahren</p> <p>Kein Verstoß gegen das Refoulement-Verbot. Prüfung, ob im Herkunftsland Verfolgung droht.</p> <p>Eine Ausweitung von Neuansiedlungen im Rahmen des Resettlements wäre zu begrüßen.</p> <p>Stellungnahme des DCV zur Dublin-IV-Verordnung, 05/2017 Dublin IV</p> <p>Die Verknüpfung von Migrations- mit Entwicklungspolitik darf nicht dazu führen, dass Entwicklungspolitik als Mittel zur Vermeidung von Migration gesehen wird. Der DCV wendet sich gegen Maßnahmen, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Unterstützung insbesondere von afrikanischen Herkunfts- und Transitstaaten von verstärkter Grenzsicherung und Migrationskontrolle in diesen Ländern abhängig macht.</p> <p>Miteinander leben – Perspektiven zu Migration und Integration, 2008 Integrationsverständnis</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>Stärkung des Mandats und der Arbeit von Frontex (58)</p> <p>Gefahren für Flüchtlinge reduzieren und Gebot der Nicht-Zurückweisung einhalten (58)</p> <p>Europäisches Seenotrettungsprogramm (58)</p> <p>Kooperationen und Abkommen mit Drittstaaten zum Eindämmen illegaler Migration (59)</p> <p>Asylverfahren grundsätzlich weiterhin auf europäischem Boden durchführen (59)</p> <p>Alternativen zur Flucht aufzeigen (59)</p> <p>Feste Kontingente für Schutzsuchende gemeinsam mit UNHCR (59)</p> <p>Verteilung nach fairem Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten (59)</p>	<p>den Mitgliedstaaten (102)</p> <p>Als vorübergehende Lösung Koordination einzelner Mitgliedstaaten im Sinne einer offenen Flüchtlingspolitik (103)</p> <p>Die Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung bereits in den Eintrittsländern innerhalb der EU (100)</p> <p>Keine unmenschlichen Flüchtlingslager wie in den gegenwärtigen Hotspots (100)</p> <p>Menschenwürdige Unterbringung bei Erstaufnahme (100)</p> <p>Nach Registrierung rasche Verteilung in andere Mitgliedstaaten (100)</p> <p>EU/Türkei-Deal beenden (103)</p> <p>Ablehnung der De-facto-Auslagerung der europäischen Außengrenzen (103)</p> <p>Keine Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder für menschenrechtlich problematische Grenzschutzprojekte (104)</p>				

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Asylverfahren	<p>Erklärung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern (63)</p> <p>Verstärkung der Abschiebungsbestrebungen (63)</p>	<p>Gründliche und sorgfältige Asylverfahren (59)</p> <p>Bessere und schnellere Entscheidungen des Bundesamts (59)</p> <p>Geschlechtergerechte Unterbringung (59)</p> <p>Schutz von alleinreisenden Frauen, Schwangeren und Frauen mit Kindern (58)</p> <p>Geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen (59)</p>	<p>Zügigere Verfahren nach dem Fast-&-Fair-Vorschlag (105)</p> <p>Verpflichtende unabhängige Rechtsberatung von Anfang an (105)</p> <p>Altfallregelung für Anträge, die über ein Jahr im Verfahren sind (105)</p> <p>Stärkere Anerkennung von kinderbezogenen Fluchtgründen und vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls im Verfahren (106)</p> <p>Stärkere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fluchtgründen, wie zum Beispiel Genitalverstümmelung, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung (106)</p> <p>Sichere Unterbringung für Frauen, Kinder und LSBTIQ*, deren unbedingter Schutz vor jeder Form von Gewalt sichergestellt werden muss (106)</p> <p>Korrektur der Asylrechtsverschärfungen im Sinne einer humanen und menschenrechtlichen Flüchtlingspolitik (105)</p> <p>Ablehnung des Kon-</p>	<p>Schnellstmögliche Entscheidungen von Anträgen von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten in Hotspots (67)</p> <p>Vor Ort-Bekämpfung von Konflikten, Armut, Hunger und fehlender Rechtsstaatlichkeit (67)</p> <p>Ermöglichung von Asylantragstellung im Ausland (67)</p> <p>Humanitäre Visa nach Schweizer Vorbild (67)</p> <p>Eigener Status für Kriegsflüchtlinge (vorübergehender humanitärer Schutz) (34)</p> <p>Rückkehr von Kriegsflüchtlingen nach Beendigung des Krieges (34)</p>	<p>Wiederherstellen des Grundrechts auf Asyl (123)</p> <p>Abschaffung der Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen und die Unterbringung in Sammellagern (123)</p> <p>Gegen ein System der Zwangsverteilung (123)</p> <p>Berücksichtigung von persönlichen wie familiären Bindungen bei der Verteilung (123)</p> <p>Anspruch auf eine unabhängige Anhörungsvorbereitung und Rechtsberatung für Asylsuchende (123)</p> <p>Bessere Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Fluchtgründen der Praxis (123)</p> <p>Verfolgung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität ist ohne Einschränkung als Fluchtgrund anzuerkennen, unabhängig vom Herkunftsland (123)</p>	<p>Asylantragstellung nur bei nachgewiesener Identität (29)</p> <p>Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter Flüchtlinge, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis (29)</p> <p>Nur temporärer Aufenthalt für Bürgerkriegsflüchtlinge (31)</p> <p>Grundgesetzänderung zur Beendigung massenhaften Missbrauchs des Asylgrundrechts (30)</p> <p>Neuverhandlung der veralteten Genfer Flüchtlingskonvention und andere supra- und internationale Abkommen, mit dem Ziel ihrer Anpassung an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen und Migrationsströme (30)</p>	<p>Der DCV sieht das Konzept sicherer Herkunftsstaaten insgesamt kritisch.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten, 02/2016 Sichere Herkunftsstaaten</p> <p>Abschiebung -> Freiwillige Rückkehr und Abschiebung</p> <p>Aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes muss gewährleistet sein, dass Asylanträge individuell sorgfältig geprüft werden. Dies setzt neben ausreichender Zeit den Zugang zu unabhängiger Asylverfahrensberatung voraus.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz 09/2015 Standards Asylverfahren/Verfassungsrecht</p> <p>Der Deutsche Caritasverband erkennt die Notwendigkeit, die Asylverfahren zu beschleunigen. Allerdings sind dazu vorrangig andere Maßnahmen notwendig als Gesetzesänderungen.</p> <p>Stellungnahme zum des DCV Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, 09/2015 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz</p> <p>Rahmenbedingungen für eine sichere Unterbringung (u.a. Frauen, Kinder, LSBTI) müssen verbessert und Präventionsmaßnahmen entwickelt und strukturell verankert werden.</p> <p>Stellungnahme des DCV zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, 06/2017 Kinder und Jugendstärkungsgesetz</p> <p>Für Flüchtlingsunterkünfte gilt es zu wirksamen Verbesserungen zu kommen.</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			<p>zepts „sichere Herkunftstaaten“ (105)</p> <p>Ablehnung der Ausweitung und Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats (105)</p> <p>Schaffung legaler Fluchtwege (102)</p> <p>Einrichtung von Kontingenten wie großzügig angelegtes Resettlementprogramm (100)</p> <p>Resettlement als Ergänzung des bestehenden Flüchtlings-schutzes der Genfer Flüchtlingskonvention (100)</p> <p>Ermöglichung humanitärer Visa (100)</p>				<p>Publikation des DCV „Fluchtpunkt Unterbringung“, 12/2016 Fluchtpunkte</p> <p>Resettlement/legale Wege → Europäischer Flüchtlingsschutz</p>
<p>Einwanderung Staatsangehörigkeit</p> <p>siehe auch oben: Arbeitsmarkt Einwanderer/Flüchtlinge</p>	<p>Neues „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ zur Zusammenfassung bereits bestehender Regelungen (12)</p> <p>Zuwanderung bei Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und der Sicherung des Lebensunterhalts (12)</p> <p>Keine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme (12)</p> <p>Kluge Steuerung und Begrenzung der Einwanderungspoli-</p>	<p>Einwanderungsgesetz zur Transparenz und Verständlichkeit, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf (58)</p> <p>Einwanderungsgesetz zur Steuerung des Zuzugs qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland (58)</p> <p>Punktesystem zur Einwanderung, das sich flexibel an Nachfrage nach Fachkräften orientiert (nach kanadischem Modell) (58)</p>	<p>Einwanderungsgesetz schaffen: für Fachkräfte Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und Quote für Einwanderung mit Punktesystem; Spurensystem zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht (112,114)</p> <p>Bessere Anerkennung von bestehenden Berufsabschlüssen zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme (114)</p> <p>Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip bei</p>	<p>Blue-Card reformieren für Arbeitskräfte mit Arbeitsvertrag und Lebensunterhaltssicherung (42)</p> <p>Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können (42)</p> <p>Rechtskreiswechsel und Einwanderungs-</p>	<p>Erwerb der Staatsangehörigkeit rein nach Geburtsortsprinzip (121)</p> <p>Recht auf Mehrstaatigkeit (121)</p> <p>Rechtsanspruch auf Einbürgerung nach dreijährigem legalen Aufenthalt (121)</p>	<p>Staatsangehörigkeit nur nach dauerhafter erfolgreicher Assimilation und Loyalität zu seiner neuen Heimat (32)</p> <p>Streichung Geburtsortsprinzip (32)</p> <p>Beschränkung der doppelten Staatsbürgerschaft auf wohlbegründete Sonderfälle (32)</p> <p>Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororga-</p>	<p>Fachkräftezuwanderung/Einwanderungsgesetz: Es gilt den konkreten Änderungsbedarf zu benennen. Entscheidend sind die materiellen Änderungen. Ein Punktesystem kann eine Chance sein. Arbeitskräftezuwanderung darf nicht auf Fachkräfte reduziert werden. Wenn ein Arbeitsplatz nachgewiesen ist, müssen auch Unqualifizierte zuwandern dürfen. Die Regeln zur Arbeitsmigration müssen einfacher und transparenter werden, ein zusammenführen von Regeln ist aber nicht nötig, da bereits alle Regelungen in einem Gesetz und einer Verordnung zu finden sind.</p> <p>Anerkennungsverfahren: bundesweite Vereinheitlichung und Vereinfachung, Ausbau von Maßnahmen zu Anpassungsqualifizierung und Ausweitung</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	<p>tik für Fachkräfte zur Unterstützung der Schaffung von Arbeitsplätzen und Verringerung der Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration (12/13)</p>	<p>Chancengleichheit bei Einwanderung von Männern und Frauen (60)</p> <p>Bündelung der bestehenden Regelungen und Aufenthaltstitel zur Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht (60)</p> <p>Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen (68)</p> <p>Wechselseitige Akzeptanz zur Mehrstaatigkeit durch bilaterale Abkommen stärken (68)</p> <p>Prüfung, ob Wechsel von Asylsuchenden in das arbeitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar (60)</p> <p>Altfallregelung für Menschen, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, hier nicht straffällig geworden sind, Arbeit haben oder zur Schule gehen (60)</p> <p>Schaffung eines europäischen Einwanderungsrechts (22)</p>	<p>einem legal aufhältigen Elternteil (114)</p> <p>Erleichterung der Einbürgerungen (114)</p>	<p>chance für Flüchtlinge bei gleicher Qualifikation wie Fachkräfte aus dem Ausland (42)</p>		<p>nisationen (32)</p>	<p>von Nachqualifizierung. Qualifikationsanalysen stärker nutzen, wenn keine formalen Nachweise vorliegen.</p> <p>Stellungnahme „Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit optimieren“, 08.03.2016 Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit</p> <p>Asylsuchende und Geduldete: „Spurwechsel“ von Asylsuchenden zu einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeit in der Regel zulassen. Vorrangprüfung bundesweit abschaffen. Ausbildungs- und arbeitsmarktbezogene Förderung von Anfang an.</p> <p>Diskussionspapier des DCV zum Einwanderungsgesetz, 11/2016 Änderungsbedarf Einwanderungsrecht</p> <p>Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr Arbeitsmigration.</p> <p>Eckpunkte zur Arbeitskräftemigration, neue caritas spezial, 11/2012 legale Zuwanderung ermöglichen</p> <p>Staatsangehörigkeit/Einbürgerung: Möglichkeiten der Einbürgerung nutzen und weiter ausbauen</p> <p>„Zusammen sind wir Heimat.“ Sozialpolitische Positionen zur Kampagne 2017 Zusammen sind wir Heimat</p> <p>Erweiterung der Einbürgerungsmöglichkeit unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit</p> <p>Positionen des DCV „Miteinander leben, Perspektiven zu Migration- und Integration“, 2008 Integrationsverständnis</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							Optionsmodell: Nach der Gesetzesänderung von 2014 wird kein Handlungsbedarf mehr gesehen.
Familiennachzug		Keine Verlängerung der temporären Aussetzung des Familiennachzugs (59)	<p>Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wieder ermöglichen (107)</p> <p>Beschleunigung und Entbürokratisierung der Visumsverfahren (107)</p> <p>Erleichterung des Nachzugs minderjähriger Geschwister von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (107)</p>		<p>Keine Behinderung des Familiennachzugs (122)</p> <p>Keine diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug (122)</p> <p>Keine Beschränkung des Familiennachzugs auf engste Angehörige (122)</p>	<p>Kein Familiennachzug für Flüchtlinge (31)</p> <p>Ausschluss von unbegleiteten Minderjährigen vom Familiennachzug (31)</p>	<p>Stärkung und Förderung der Familienzusammenführung für alle Personen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben.</p> <p>„Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“, 10/2016 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</p> <p>Erwerb der deutschen Sprache wichtig, aber sollte nicht zur zwingenden Bedingung für die Familienzusammenführung gemacht werden; dauerhafte Verweigerung des Nachzugs der Ehegatten wegen ungenügender deutscher Sprachkenntnisse aus rechtlichen Gründen nicht möglich (gilt auch für alle Kinder unter 18 Jahren).</p> <p>Diskussionspapier zum Einwanderungsgesetz, 11/2016 Änderungsbedarf Einwanderungsrecht</p> <p>Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte ist das falsche Mittel.</p> <p>Pressemitteilung des DCV „Eingeschränkter Familiennachzug erschwert Integration“, 03.02.2016 eingeschränkter Familiennachzug</p> <p>Familiennachzug für volljährige Kinder, sofern der Lebensunterhalt gesichert ist, und für andere erwachsene Angehörige, sofern sie keine Bindung im Heimatland haben und ihnen Unterhalt gewährt wird.</p> <p>Positionen des DCV „Miteinander leben, Perspektiven zu Migration- und Integration“, 2008 Integrationsverständnis</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Gesundheitliche Versorgung Asylsuchender		Spezielle Hilfseinrichtungen für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder (59)	Flankierung des Engagements Haupt- und Ehrenamtlicher durch professionelle Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen (106) Abschaffung des AsylbLG (108)		Solidarische Gesundheitsversicherung für alle (69) Keine Einschränkung der Leistungen für Geflüchtete (69) Berücksichtigung besonderer Bedarfe aufgrund von Kriegs- und Fluchterlebnissen (69) Gewährleistung der psychotherapeutischen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge (61)	Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber auf das unbedingt notwendige Maß beschränken (30) Grundsatz Sachleistungen vor Geldleistungen (30)	Aufhebung des AsylbLG und Überführung in die Bücher SGB II und SGB XII Stellungnahme des DCV zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des AsylbLG, 10/2016 Ermittlung Regelbedarfe Die Anwendung des Sachleistungsprinzips erschwert die selbständige Lebensführung und Teilhabe. Stellungnahme zum des DCV Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, 09/2015 Standards Asylverfahren und Verfassungsrechts Traumatisierte Personen brauchen eine psychotherapeutische Behandlung. Stellungnahme des DCV „Sozialpolitische Themen zur Bundestagswahl 2017“, 10/2016 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Bildung und Ausbildung Siehe unten Integration				Umfassende Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung (8)			Ausbildungsduldung: statt Duldung Aufenthaltstitel Regierungsentwurf Integrationsgesetz
Integration zu „Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen“ siehe oben: Einwanderung Staatsangehörigkeit Zu AsylbLG siehe Gesundheitsleistungen	Integration fördern zur Verhinderung von Parallelgesellschaften und von Multi-Kulti (72) Stärkere Förderung und Wertschätzung der deutschen Sprache als Amtssprache, als Kultursprache und als Umgangssprache, in der Familie, in der Schule und im Alltag, auf allen Ebenen (72)	Ausbau der verpflichtenden und berufsqualifizierenden Sprachkurse für anerkannte Flüchtlinge genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote auch durch zusätzliche Kinderbetreuung (59) Verhinderung, dass erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht (59)	Schaffung eines wirklichen Integrationsgesetzes (106) Integrationsangebote von Anfang an für alle Schutzsuchende (106) Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und Ausbildung sowie arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (106) Beratung der Neu-	Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen (42) Schaffung eines neuen, modularen Integrationsprogramms, das die individuelle Förderung entsprechend persön-	Gute Bildung für alle (69) Sofortprogramm auflegen zur Ausbildung zusätzlicher Schulsozialarbeiter und Lehrkräfte zur Unterrichtung für Deutsch als Zweitsprache (69) Schulpflicht für alle Kinder bundesweit und unabhängig vom Aufenthaltsstatus (69)	Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zugestehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt (32)	Entwicklung eines gemeinsamen Gesamtkonzepts nötig, das auf Gleichstellung und Selbstbestimmung setzt und Identifikationsangebote auf Basis eines pluralistischen und demokratischen Leitbildes macht. Ziel: Gesellschaft, die sich durch wechselseitige Verantwortung, Eigeninitiative und Engagement auszeichnet. Hierfür ist jede(r) Einzelne wichtig und auch Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur, Sport, Kirchen, Religionsgemeinschaften und andere gesellschaftliche Gruppen. Nutzung und Ausbau der Möglichkei-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	<p>Anstreben, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, Deutsch lernen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und auf gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern (72)</p> <p>Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund (72)</p> <p>Vermittlung unserer Leitkultur für jene, die nicht damit aufgewachsen sind (72)</p> <p>Freiwilligendienste für Jugendliche stärken (73)</p>	<p>Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser Arbeit (59)</p> <p>Ermöglichung des Kitabesuchs für alle Kinder (59)</p> <p>Kein Ende der Berufsschulpflicht für junge Flüchtlinge ohne Möglichkeit des Schulbesuchs (67)</p> <p>Brückenfunktion der Berufsschulen bei Spracherwerb und ersten praktischen Erfahrungen sichern (67)</p> <p>Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verbessern (67)</p> <p>Sichere Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland schaffen (67)</p> <p>Dauerhaftes Aufenthaltsrecht bei erfolgreichem Studium (67)</p> <p>Bessere Ausrichtung der Integrationskurse auf Zielgruppen (67)</p> <p>Öffnung der Integrationskurse für alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldeten, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben (67)</p>	<p>kommenden aus einer Hand (Ausländerbehörde, Jobcenter respektive die Bundesagentur für Arbeit und das Sozialamt) (106)</p> <p>Schneller Wechsel von Massenunterkunft in Wohnungen (107)</p> <p>Bildungsoffensive für mehr gute Kindertagesstätten (107)</p> <p>Schnellere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen und Abbau der bürokratischen Hürden bei der Anerkennung (107)</p> <p>Garantie des rechtmäßigen Aufenthalts während der Ausbildung (107)</p> <p>Abschaffung der Vorrangprüfung (107)</p> <p>Aussetzung der Beschränkungen bei Leiharbeit für Geflüchtete (107)</p> <p>Niedrigschwellige Angebote für Arbeitsmarktintegration für Frauen, sowohl im Bereich der Sprach- und Integrationskurse als auch bei den Arbeitsagenturen (107)</p> <p>Schaffung ausreichender Kinderbe-</p>	<p>licher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht (42)</p> <p>Sofortiges Teilnahmerecht für junge Asylsuchende am Schulunterricht (18)</p>	<p>Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Ganztagesplätze (69)</p> <p>Angebote des Erwerbs von Qualifikationen für die Berufsausbildung dürfen nicht an Altersgrenzen gebunden sein (69)</p> <p>Bildungs- und Integrationsangebote unabhängig vom Aufenthaltsrechtlichen Status (69)</p> <p>Schaffung eines Bundesministeriums für Migration und Integration (69)</p> <p>Abschaffung der Ausnahmen vom Mindestlohn und des Asylbewerberleistungsgesetzes (123)</p> <p>Asylsuchenden und Eingewanderten steht das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung wie allen anderen Menschen zu (124)</p> <p>Aufhebung bestehender Arbeitsverbote (124)</p> <p>Abschaffung der Vorrangprüfung (124)</p>		<p>ten der Integration durch Einbürgerung, insbesondere auch für Flüchtlinge.</p> <p>Mangelnde politische Partizipation ist integrationspolitisch kontraproduktiv, wirkt ausgrenzend und fördert Bildung von Nebengesellschaften; daher Forderung nach kommunalem Wahlrecht für hier verwurzelte Ausländer(innen)</p> <p>„Perspektiven zur Integrationspolitik: Heimat schaffen für alle“, 01/2017</p> <p>Erhöhung der (Aus-) Bildungschancen für Eingewanderte und ihre Kinder</p> <p>Bedarfsgerechte Förderung des Spracherwerbs</p> <p>Sicherung des Zugangs zu Kita, Schule und beruflicher Ausbildung</p> <p>Zugang zu Bafög und ausbildungsbegleitenden Beihilfen spätestens nach sechs Monaten.</p> <p>Stellungnahme des DCV „Sozialpolitische Themen zur Bundestagswahl 2017“, 10/2016 Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</p> <p>Integrationsmaßnahmen müssen langfristig angesetzt werden.</p> <p>Im Interesse der Ratsuchenden muss eine unabhängige, unparteiliche und freiwillige Beratung durch freie Träger abgesichert werden.</p> <p>Perspektiven des DCV zu Flucht und Migration, 2015 Flucht und Migration</p> <p>Integrationskurse sollen für alle Asylsuchenden geöffnet und das Integrationskursangebot ausgebaut werden. Al-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>Bessere Verbindung von Integrationskursen und berufsbezogener Sprachförderung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (67)</p> <p>Bessere Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration (67)</p> <p>Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren (67)</p> <p>Bessere Verwirklichung der geschaffenen 3+2-Regelung und Prüfung einer analogen Regelung für aktiv Studierende (67)</p>	<p>betreuung (107)</p>		<p>Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung (124)</p> <p>Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse (56)</p> <p>Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, spätestens, wenn sie fünf Jahre in Deutschland leben (124)</p> <p>Abschaffung der sogenannten Ketenduldungen zugunsten von dauerhaften Perspektiven</p> <p>Initiative zur Legalisierung rechtloser und illegalisierter Menschen (124)</p>		<p>le Integrationsangebote sollen zumindest nach einer Frist von 6 Monaten auch für Asylsuchende aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von unter 50% geöffnet werden. Die unterschiedlichen Voraussetzungen der Teilnehmer/innen müssen berücksichtigt, das Kursangebot weiter differenziert werden. Arbeitsgelegenheiten sollen mit einer integrierten Sprachförderung verbunden werden.</p> <p>Stellungnahme des DCV „Sanktionen und Auflagen im Flüchtlingsintegrationsgesetz“, 2016 Flüchtlingsintegrationsgesetz Verschärfung Integrationsgesetz</p> <p>Asylsuchende/Flüchtlinge: Berücksichtigung der Fluchtschicksale bei der Festlegung von Altersgrenzen</p> <p>Herstellung von Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung, das Schul- und Ausbildungssystem und die Hilfen zur Erziehung, die eine teilhabeorientierte Entwicklung der frühkindlichen, der schulischen und der weiterführenden Bildung fördern;</p> <p>Ausweitung des Rechtsanspruchs – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – auf einen Kita-Platz; unter anderem mithilfe von Kostenerstattung für Kitas, die statuslose Kinder aufnehmen;</p> <p>Supervision der Fachkräfte als Regelleistung sowie bedarfsgerechte Betreuungsschlüssel, die eine aufwendigere Eltern- und Vernetzungsarbeit erlauben;</p> <p>Implementierung multiprofessioneller Kita-Teams durch die Länder und entsprechende Weiterentwicklung der Bildungspläne</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>„Zusammen sind wir Heimat.“ Sozialpolitische Positionen zur Kampagne 2017 Zusammen sind wir Heimat</p> <p>Unabhängig vom Herkunftsland sollten Menschen sechs Monate nach Einreise die Möglichkeit haben, nach Wohnraum außerhalb der Unterkunft zu suchen</p> <p>Fluchtpunkt Unterbringung 12/2016 Fluchtpunkte</p> <p>Konzepte erforderlich, wie Flüchtlingskinder bundesweit in den Erstaufnahmeeinrichtungen und danach auf die Beschulung in Regelklassen vorbereitet werden können.</p> <p>Position des DCV „Herausforderungen der Flüchtlingsfrage für die Sozialpolitik in Deutschland“, 02/2016 Sozialpolitische Herausforderungen der Flüchtlingsfragen</p> <p>AsylbLG-> Gesundheitsleistungen</p> <p>Tatsächliche Umsetzung einer stichtags- und altersunabhängigen Bleiberechtsregelung</p> <p>Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung, 02/2015 Neubestimmung Bleiberecht</p>
Ausgrenzung/ Diskriminierung		<p>Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Ausweitung des Anwendungsbereichs des AGG auf staatliches Handeln (65)</p> <p>Verankerung eines Verbandsklagerechts im AGG (65)</p>			<p>Schaffung einer aktiven Antidiskriminierungspolitik (122)</p> <p>Förderung von Migrantinnen und Migranten in Verwaltung und Wirtschaft (122)</p>	<p>Ablehnung sogenannter Antidiskriminierungsgesetze (12)</p>	<p>Einer kohärenten Antidiskriminierungspolitik, einschließlich entsprechender Gesetze, kommt große Bedeutung zu. Benachteiligungsverbot in allen öffentlich-rechtlichen Sektoren erforderlich.</p> <p>Stellungnahme des DCV zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien, 3.3.2005</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					Ombudsstellen für Flüchtlinge einrichten (70)		
Gesellschaftliche Teilhabe		<p>Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten soll sich auch in der Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes niederschlagen (68)</p> <p>Kulturelle Öffnung, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe (68)</p> <p>Nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden (68)</p>	<p>Kommunales Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip (115)</p> <p>Menschen, die hier leben, sollen auch mitbestimmen, wie wir zusammenleben (115)</p>		<p>Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene (121)</p> <p>Gleiche Rechte analog wie digital: Schutzsuchenden muss der Zugang zum Internet offen stehen (124)</p>		<p>Die Wahlbeteiligung von wahlberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund durch ein breites Maßnahmenbündel stärken, Ausländer(innen), die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten und einen Aufenthaltstitel haben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten. Mitwirkung in gewählten Beiräten als Form der Mitbestimmung nutzen.</p> <p>Migrationspezifische Themenstellungen müssen in die Ausbildungsgänge und Weiterbildungen der Gesundheitsberufe integriert werden.</p> <p>Sozialpolitische Positionen zur Kampagne des DCV „Zusammen sind wir Heimat“, 2017 Zusammen sind wir Heimat</p>
Freiwillige Rückkehr und Abschiebung	Beschleunigte Abschiebung von Straftätern mit ausländischem Hintergrund (62)	<p>Erhöhung der Zahlen der freiwilligen Rückkehrer unter den abgelehnten Asylbewerbern und Ausbau der Förderprogramme (60)</p> <p>Konsequenzen, etwa im Bereich der Visaerteilung, für Staaten, die bei der Rückkehr ihrer Staatsangehörigen nicht kooperieren (60)</p> <p>Keine Abschiebungen in Länder, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes zu werden (60)</p> <p>Keine Abschiebungen</p>	<p>Freiwillige und möglichst zügige Rückkehr derjenigen, die nach dem Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren kein Bleiberecht in Deutschland erhalten (99)</p> <p>Kein Drängen von staatlichen Stellen zur freiwilligen Rückkehr (99)</p> <p>Sammelabschiebungen sind für uns inakzeptabel (101)</p> <p>Keine Abschiebungen in Krisenregionen, die so unsicher sind wie zum Beispiel Afghanistan momentan (101)</p>	Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Dies ist bundeseinheitlich sicherzustellen. (42)	<p>Abschiebungen lehnen wir ab, insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete und existenzielle Not wie Obdachlosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Diskriminierung werden wir sofort stoppen (124)</p>	<p>Alle abgelehnten Asylbewerber sind in ihre Herkunftsländer zurückzuführen unter Zuständigkeit des Bundes (21)</p> <p>Einführung einer jährlichen Mindestabschiebequote (29)</p> <p>Einstellung der Entwicklungshilfe bei Weigerung der Rücknahme von eigenen Bürgern, hilfsweise müssen die Migranten in aufnahmebereite Drittstaaten überführt werden (21)</p>	<p>Der DCV stellt Abschiebungen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht nach einem erfolglosen rechtsstaatlich einwandfrei durchgeführten Asylverfahren nicht in Frage, sofern grund- und menschenrechtliche Vorgaben einer Abschiebung nicht entgegenstehen. Solange nicht eindeutig geklärt ist, dass Sicherheit und Würde bei der Rückkehr gewährleistet sind, müssen Abschiebungen nach Afghanistan bundesweit ausgesetzt werden.</p> <p>Ein bundesweiter Abschiebungsschutz muss nach Auffassung des DCV auch Straftäter(innen), Gefährder und Menschen, die eine Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung verweigert haben, umfassen, sofern ihnen eine unmenschliche Behandlung im Zielstaat droht.</p> <p>Positionspapier des DCV zu Rückführungen nach Afghanistan, 07/2017</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr (60)</p> <p>Aufgrund der Sicherheitslage in Afghanistan bis auf weiteres keine Abschiebungen (60)</p>					<p>Rückführungen Afghanistan</p> <p>Freiwillige Rückkehr muss Vorrang vor Abschiebung haben. Freiwillige Rückkehr muss in Sicherheit und Würde möglich sein. Betroffene müssen in ihren Heimatländern tatsächlich auch eine längerfristige Lebensperspektive haben.</p> <p>Es braucht eine unabhängige ergebnisoffene Rückkehrberatung und eine individuelle Reintegrationsförderung für eine längerfristige Lebensperspektive im Herkunftsland.</p>

6. Engagement/Wohlfahrtspflege

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Bürgerschaftliches Engagement	für Kulturförderung neben staatlicher Verantwortung wichtig (46) Dank und Anerkennung; Kultur des Respekts schaffen und Aufmerksamkeit erreichen (73)	Finanzielle Mittel für Förderung aufstocken und strukturell absichern (62) trägt zur Lebensqualität auf dem Land bei (45) Wohlfahrtspflege ist wichtiger Akteur in der Zivilgesellschaft (62) Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement, z.B. als Schöffe oder Schöffin, anheben (62)			Für alle ermöglichen, nicht als Ersatz für öffentliche Daseinsvorsorge, Abgrenzung von Beschäftigung (119)		Gemeinnützige Tätigkeit für alle Menschen ermöglichen „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Jugendfreiwilligendienste/BFD	Engagement als wertvoller Teil der Leitkultur -> Freiwilligendienste als Vermittlungsinstrument; für alle Jugendlichen Gelegenheit schaffen (73)	Plätze anheben (8) Finanziell aufstocken (62)	Auf 200.000 Plätze erhöhen und mit Coaching zur Berufsfindung verbinden; Anrechnung als Ausbildungs- u. Studienleistung; als Dank 1.500,- Euro Starthilfe für weiteres Leben (150)		Als Bildungsdienst fördern (119) Aufwandsentschädigung erhöhen (127)	FSJ, FÖJ, BFD, IJFD u.a., die wertvollen Beitrag zur Praxisbildung von Jugendlichen leisten, sollen großzügig gefördert werden, so dass diese auch Kindern zugänglich werden, deren Eltern ein geringes Einkommen haben (38)	Freiwilligendienste in partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf Grundlage des Subsidiaritätsprinzips stärken und weiterentwickeln „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Internationale Jugendfreiwilligendienste/Erasmus +		Ausbauen (8)		Austauschprogramme über Studierende hinaus erweitern (11)	Als Bildungsdienst fördern (119) Aufwandsentschädigung erhöhen (127)		Stärkung sowie technische Verbesserungen des Programmes Erasmus+ (Sichtbarkeit der einzelnen Programmteile erhöhen, Nutzerfreundlichkeit verbessern sowie Antragstellung und Verwendungsnachweise erleichtern, Partnereinrichtungen stärken, Pauschalen realistisch gestalten, Kleineren Organisationen Teilnahme ermöglichen) Positionspapier verschiedener Verbände „Erasmus+ Weiterentwicklung des Programms in JUGEND IN AKTI-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							<p>ON und GRUNDTVIG notwendig“, 2015 Erasmus+ und BAGFW-Konsultationsbeitrag zu Erasmus+, 22.05.2017 Konsultationsbeitrag Halbezeitbewertung Erasmus</p> <p>Stärkung des Europäischen Freiwilligendienstes, Unterstützung des Europäischen Solidaritätskorps, wobei die Arbeitsmarktneutralität gewährleistet und Doppelstrukturen vermieden werden müssen.</p> <p>Konsultationsbeitrag BAGFW zum Solidaritätskorps, 16.03.2017 BAGFW-Europäischen-Solidaritätskorps</p>
Wohlfahrtspflege	<p>Bürokratieabbau für Ehrenamtliche und Vereine (73)</p> <p>Errichtung einer Ehrenamtsserviceagentur oder einer Ehrenamtsstiftung (73)</p> <p>Unterstützung der Arbeit der Kirchen (74)</p>	<p>Gründung einer „Deutschen Engagementstiftung“ unter Beteiligung u.a. der Freien Wohlfahrtspflege (62)</p> <p>Freie Wohlfahrtspflege ist wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft und wichtiger Partner (62)</p> <p>Einführung eines europäischen Transparenzregisters (41) und einer „exekutiven Fußspur“ auf Bundesebene (62)</p>					<p>Engagement fördernde Strukturen schaffen</p> <p>„Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken</p> <p>Transparenzstandards für Caritas und Diakonie https://www.caritas.de/glossare/transparenz</p>
Mitgliederorganisation/ Rechtsform	Vereine von Bürokratie entlasten	Stärkung der Genossenschaften (24)	Genossenschaften verbinden unternehmerisches Handeln mit Gemeinwohlorientierung->Gründung von Genossenschaften anregen und Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft				<p>Zivilgesellschaftliches Engagement entbürokratisieren</p> <p>Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz - Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften Kooperationsgesellschaft und Bürokratieabbau Genossenschaften</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			entbürokratisieren (45), passenden Rechtsrahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen (150) Katalog von gemeinnützigen Zwecken anpassen und mit klareren und einheitlichen Publikations- und Transparenzvorschriften für gemeinnützige Organisationen verbinden (148)				Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften vom 15. November 2016 Erleichterung unternehmerischer Initiativen
Teilhabe durch Engagement	Langzeitarbeitslosen Möglichkeit für sinnvolle und gesellschaftlich wertige Tätigkeit geben (13)	bedeutet auch Beteiligung an Engagement und politische Beteiligung (61)					Einführung sogenannter Teilhabejobs Position Soziale Teilhabe im SGB II in Vorbereitung
Förderung von Ehrenamt und Engagement	bestehende Ehrenamtsstrukturen sollen nicht unter rückläufigen Bevölkerungszahlen -> besonderen Förderung, insbesondere von Kommunen und Ländern (30) Beratungsangebote schaffen und Bürokratie abbauen (73)	Bundesgesetz zur Freiwilligenförderung einführen (62)	Unterstützung durch Übernahme von Versicherungen, Qualifizierungen, Weiterbildung, Supervision (149)	Engagement entbürokratisieren (11)	Hauptamtliche Strukturen verbessern und ausbauen (119)		Hemmende Faktoren abbauen, stärkende Infrastrukturen aufbauen; Infrastruktureinrichtungen ausbauen und verlässliche langfristige gesicherte Förderung. Fördermittel müssen mit vertretbarem Aufwand abgerufen werden können. „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Sozialpolitische Themen des DCV zur Bundestagswahl 2017“ Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
Ältere	werden ehrenamtlich tätig (45)	Engagement von Älteren ausbauen und Altersgrenze bei Schöpfen abschaffen (62)					
Ehrenamtsstiftung/Engagementstiftung	Ehrenamts-Service-Agentur oder einer Ehrenamtsstiftung als strukturellen Förderung (im ländlichen	Engagementstiftung als strukturelle Absicherung; Gründung unter Einbeziehung von Kultur, Bildung, Freier Wohlfahrtspflege (64)					

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	Raum) durch hauptamtliche Unterstützung und zentrale Anlauf- u. Beratungsstellen (30, 73)						
Gemeinnützigkeitsrecht		um gesellschaftspolitisch bedeutsame Bereiche ergänzen (62)			Ändern u. Hürden abbauen (119)		
Selbstverwaltung		Selbstverwaltung stärken und Sozialwahlen modernisieren (62)					
Politische Beteiligung/Partizipation		<p>Transparenz des staatlichen Handelns (62)</p> <p>Informationsrechte stärken und zu Informationsfreiheits- und Transparenzrecht erweitern, dazu Open data kostenfrei für alle verfügbar (62)</p> <p>„exekutiver Fußabdruck“ gibt Auskunft, welche Interessensvertretung beim Gesetzesentwurf beteiligt war;</p> <p>Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage verpflichtend einführen (63)</p> <p>Petitionsrecht verbessern (61)</p>	<p>Transparente Verwaltung, die nach Kriterien von Open data Informationen im Internet veröffentlicht;</p> <p>Informationsfreiheitsgesetz zu umfassendem Transparenzgesetz weiterentwickeln;</p> <p>Petitionsrecht ausbauen (148)</p> <p>„legislativer Fußabdruck“ gibt Auskunft, wenn Lobbyisten an Gesetzestexten mitarbeiten; verpflichtendes öffentliches Lobbyregister; Ausschüsse tagen öffentlich; Veröffentlichung der Parteispenden (147)</p> <p>Volksentscheide ins GG (156)</p>		Lobbyismus eindämmen durch Lobbyistengesetz (10)		<p>Wahlbeteiligung sozial benachteiligter Menschen und von wahlberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund stärken.</p> <p>Ausländer(innen) sollten nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt das kommunale Wahlrecht erhalten.</p> <p>Sozialpolitische Positionen des DCV zur Kampagne 2017, „Zusammen sind wir Heimat.“ Positionen-Zusammen-sind-wir-Heimat</p> <p>Der DCV setzt sich für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ein und fördert die politische Partizipation der Jugendlichen durch verschiedene Projekte und Veranstaltungen (bspw. Projekt „M & M – Mitreden und Mitgestalten“).</p>

7. Wohnen

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Kosten der Unterkunft		Keine Sanktionierung der KdU (20)	Kommunen entlasten – schrittweise Übernahme der KdU		Klimakomponente bei der KdU (49) Anhebung der Angemessenheitsgrenzen, damit tatsächliche Bedarfe wirklich gedeckt sind – Erhöhung Kostenanteil Bund an KdU (49)		Die KdU und Heizung dürfen durch Job-Center nicht sanktioniert werden. Der Gesetzgeber muss bei der Gewährung der Grundsicherung für bundeseinheitliche Rahmenbedingungen sowie für die Bestimmung der Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung unter Berücksichtigung regionaler Preisunterschiede sorgen. Vor Ort muss eine zeitnahe Dynamisierung der Unterkunfts-kosten erfolgen. Für die Bestimmung der Angemessenheit der Unterkunfts-kosten muss der jeweilige Einzelfall maßgeblich sein. Richtwerte sind nicht als Kappungsgrenze, sondern als Nichtprüfungsgrenze zu verstehen. <i>KdU-Papier im Entwurf, noch nicht abgeschlossen.</i>
Wohnungslosigkeit					Räumung in die Obdachlosigkeit soll gesetzlich ausgeschlossen sein (48) Gesamtkonzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit - Institutionen der Wohnungslosenhilfe finanziell stärken (49)		Prävention von Wohnungslosigkeit ausbauen. Bundeseinheitliche Wohnungsnotfallstatistik erstellen Stellungnahme des DCV zur Anhörung zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 27.06.17 Anhörung 5-ARB
Wohngeld	Reformierung des Wohngeldsystems (38)	Regelmäßige Anpassung des Wohngelds (43)	Verdoppelung des Wohngelds - dynamische Anpassung - Berücksichtigung der Heizkosten - Klimazuschuss für energetisch modernisierten Wohnraum (189)	Sachgerechte Ausgestaltung des Wohngelds mit jährlicher Anpassung – Vorrang Subjektförderung durch Wohngeld anstelle von Objektförderung (86)	Wohngeld soll auf Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden mit Stromkostenkomponente – Heiz-Warmwasser- und Stromkostenkomponente sollen zu einem Klimawohngeld zusammengefasst werden (87) Wohngeld erhöhen	Mieter, deren Einkommen nicht reicht, sind weiter durch Wohngeld zu unterstützen (68)	Ausländer(innen) mit Aufenthaltsrecht oder Duldung müssen Zugang zu Wohngeld haben. „Miteinander leben. Perspektiven zu Migration und Integration“, 2008 Integrationsverständnis Die Inanspruchnahme von Wohngeld darf bei Ausländer(innen) keine aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen haben.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					und umbauen – Mietendeckel einführen - Heizkostenzuschlag wieder einführen - Klimakomponente beim Wohngeld und den Kosten der Unterkunft (49)		<p>Stellungnahme DCV zum Entwurf für Allgemeine Verwaltungsvorschriften des BMI zum AufenthG, 21.11.2008 <i>nicht online verfügbar</i></p> <p>Regelmäßige Anpassung des Wohngeldes; Wiedereinführung einer Heizkostenkomponente;</p> <p>Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen</p> <p>Stärkung des Wohngelds als vorgelagertes Sicherungssystem</p> <p>Dynamisierung der Miethöchstbeträge, Einkommensgrenzen und Höhe der Wohngeldleistungen</p> <p>transparente und nachhaltige Berücksichtigung der Heizkosten</p> <p>Streichung der Zurechnung einmaligen Einkommens, die innerhalb von drei Jahren vor der Antragstellung zugeflossen sind</p> <p>Freibeträge auf Erwerbseinkommen von Kindern, insbesondere bei Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschussleistungen oder Renten, die für Kinder gezahlt werden (Waisenrente), keine Freibeträge;</p> <p>Stellungnahme Reform Wohngeldrecht 22.05.2015 Wohngeldanpassung</p>
Baukindergeld	Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr über 10 Jahre (39)						
Bezahlbaren Wohnraum schaffen	Prüfung von Kostensenkungspotentialen (38)	durch sozialen Wohnungsbau für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen -	durch gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbau: preiswerter Wohn-	Zweckbindung der Bundesmittel für sozialen Wohnungsbau einführen (85)	Bauen und Kaufen von Sozialwohnungen durch gemeinnützigen kommunalen		Die Wohnungspolitischen Positionen werden gerade im Hinblick auf die kommende Kampagne überarbeitet.

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	Steuerliche Förderung von Mietwohnungsbau (38)	>sozial gestaffeltes Familienbaugeld (37,44)	raum, Wohnungen für Geringverdiener und barrierefreies Wohnen fördern (185, 230) Ökologisches und soziales Mietrecht einführen (185)		len Wohnungsbau-träger und dauerhafte Sozialbindung (45) Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (46) Unbefristete Versteuerung des Gewinns aus Immobilienverkauf (47) Bodenpreisdeckelung (47) Wohnungspolitische Konzepte notwendig mit Bestands- u. Leerstandskonzepten (48)		Vergabe von Bauland nach Konzeptqualität; Aktivierung bisher nicht genutzter Flächen; Ausreichend Mittel für Förderprogramme des sozialen Wohnungsbaus; Förderung genossenschaftlicher und gemeinwohlorientierter Bauträger; Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen
Mietpreisbremse/Mietspiegel		Mietpreisbremse verbessern (43) Verbindlicher Mietspiegel (43)	Mietpreisbremse verbessern (186)	Mietpreisbremse abschaffen (85)	bundesweite, unbefristete Mietpreisbremse ohne Ausnahme (46) verpflichtender Mietspiegel, Einführung eines transparenten Mietregisters (46)	Mietpreisbremse abschaffen (67)	Die Mietpreisbremse wird grundsätzlich begrüßt. Sie erfasst aber de facto nur einen vergleichsweise kleinen Teil des Wohnungsmarktes. Die Wohnungsknappheit gerade für Menschen in besonderen Lebenslagen kann durch die Mietpreisbremse allein nicht behoben werden. Nötig ist ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen und mittelfristig angelegter, miteinander verzahnender Strategien auf den verschiedenen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Teil dieser Politik müssen Maßnahmen sein, die das Angebot an preisgünstigen Wohnungen insbesondere in Ballungszentren erhöhen. Stellungnahme zum Referentenentwurf des Mietrechtsnovellierungsgesetzes, 2014 Mietrechtsnovellierungsgesetz
Modernisierungskosten		Begrenzung der Mieterhöhung nach Modernisierung (43)	Modernisierungsumlage senken (189)		Mieterhöhung nur zum Inflationsausgleich, keine Modernisierungsumla-		Zuschussförderung für energetische Modernisierungsmaßnahmen besonders im Bereich des sozialen Wohnungsbaus;

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					ge (46)		Heizkostenkomponente im Wohngeld Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen
Eigenbedarf		Konkretisierung des Kündigungsrechts wegen Eigenbedarfs (43)			Zweckentfremdungsverbot mit hohen Leerstandsabgaben (46) bei leerstehendem Wohnraum keine Möglichkeit der Abschreibung (47) Beschlagnahme bei Leerstand ermöglichen (47)		Genehmigungsvorbehalt bei Zweckentfremdung Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 25 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen
Öffentlicher Wohnungsbau	Belebung des öffentlichen und privaten Wohnungsbaus (38)	Mehr Wohnungen im öffentlichen + betrieblichen Eigentum (44)	Entscheidung über Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnung in Hand der Kommunen (186) Genossenschaften, kommunale Wohnungsbauunternehmen und private Investoren gewinnen und sozialen Wohnungsbau durch Zulagen und Steuerförderung ankurbeln (188)		Milieuschutz mit Mietobergrenze von 8,50 €, Quartiersbezogene Überprüfung (46) Wohngemeinnützigkeitsrecht einführen als Teil des Wohnungsmarkts ohne Profitstreben, aber mit steuerlicher Begünstigung (45) Öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken (46) Re-Kommunalisierungsfonds einrichten (47)		Kommunen sollen Bestand an Sozialwohnungen selbst besitzen, um Steuerungsfaktoren wahrnehmen zu können. Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 24 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen
Studentischer Wohnraum	Schaffung von studentischem Wohnraum (38)	Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus in Studierenden- und Ausbildungswohnheimen (7)			Schaffung von studentischem Wohnraum (48)		

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Bauanreize	<p>Planungsbeschleunigungsgesetz (20)</p> <p>Verkürzung von Planungs- u. Genehmigungsverfahren im Einzelfall (20)</p> <p>Verwaltungsgerichtsverfahren bei Ersatzneubauten auf eine Instanz beschränken (20)</p> <p>Einnahmen aus dem zur Verfügung stellen von landwirtschaftlichen Flächen als Bauland sollen steuerbegünstigt in Mietwohnungsneubau reinvestiert werden können (38)</p>	<p>Attraktivität durch schnellere Planung erhöhen; gemeinwohlorientierten Sektor auf Wohnungsmarkt fördern (44)</p> <p>Förderung von Projekten zu altersgerechtem Umbau (44)</p>		<p>Entlastung durch Freibetrag bei Grunderwerbssteuer von 500.000 Euro (69)</p> <p>Abschreibungsrate auf 3 % erhöhen (85)</p> <p>Wert eines Neu-/Umbaus als Kriterium für Kreditwürdigkeit nach EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie, mehr Einkommensabhängige Kreditvergabe (85)</p>	<p>Verbot von Immobilienfonds (47)</p> <p>Vorkaufsrecht für Kommunen und Mieter (47)</p> <p>Öffentlicher Boden nur in Erbbaurecht zu vergeben (47)</p> <p>Barrierefreiheit als Prüfkriterium ins BauG (48)</p>	<p>Ausweisung neuer Baugebiete (68)</p> <p>Beschleunigtes Verfahren (68)</p> <p>Standards senken (68)</p>	<p>Kürzere steuerliche Abschreibungsfristen für Sozialen Wohnungsbau</p> <p>Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 19 ff Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen</p>
Verkauf Bundesimmobilien	<p>Abweichen vom Wirtschaftlichkeitsprinzip beim Verkauf von Grundstücken des Bundes an Städte und Gemeinden</p>	<p>Anpassung des Bundesimmobilienanstellungsgesetz beim Verkauf öffentlicher Grundstücke (44)</p>	<p>Günstiger Verkauf von Bund an Kommunen oder gemeinwohlorientierten Träger, wenn stadtentwicklungspolitisch erforderlich (185)</p>		<p>Verkauf durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nur an Kommunen, Länder, Mieterinitiativen (47)</p>		<p>Vergabe von Bundesimmobilien für Wohnungsbaus</p> <p>Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 13 f Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen</p>
Grunderwerbssteuer	<p>Freibeträge für Erwachsene und Kinder bei Grunderwerbssteuer für erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums (39)</p>					<p>Grund- u. Grunderwerbssteuer senken (68)</p>	
Zuständigkeit für sozialen Wohnungsbau		<p>Sozialer Wohnungsbau und Stadtentwicklung in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen (44)</p>			<p>Bund-Länder-Programm für sozialen Wohnungsbau (48)</p>		

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Mieterschutz		<p>durch größere Transparenz der Vormiete u. Auskunftspflicht der Vermieter stärken (43)</p> <p>Kündigungsrecht des Vermieters wegen Eigenbedarfs konkretisieren (43)</p> <p>Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen (43)</p>			<p>Eingeschränktes Kündigungsrecht (46)</p> <p>Begrenzung der Gewerbemieten (48)</p> <p>Energetische Modernisierung darf nicht auf die Miete umgelegt werden, Modernisierungsumlage insgesamt abschaffen (48)</p> <p>Besonderer Schutz für soziale Träger (49)</p>		<p>Mietkostensteigerung durch energetische Sanierung bzw. Modernisierungsmaßnahmen muss ggfs. durch Fördermaßnahmen für Mieter im unteren Einkommensbereich aufgefangen werden.</p> <p>Mietpreisbindung verbunden muss mit Regeln zur Belegung der Wohnungen flexibel gestaltet sein (möglicherweise auch ohne Befristung). Um mögliche Investoren nicht abzuschrecken, müssten die anderen Förderkonditionen oder auch Förderinstrumente entsprechend attraktiv ausgestaltet werden</p> <p>Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015 Wohnungsangebote Menschen mit geringem Einkommen</p>

8. Stadt-/Landentwicklung

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Ländlicher Raum	Dezentralisierungsstrategie - >zusätzliche Errichtung von Infrastruktur wie Verwaltung, Schulen (29) Gezielte Strukturförderung „Offensive Ländlicher Raum“(14)	Digitale Verwaltung wichtig (23)	Neue Förderpolitik für Infrastruktur (187)	Innovative Lösungen, z.B. Drohnen bei Rettungseinsatz im ländlichen Raum zulassen (22)		Stärkung durch Anbindung an Infrastruktur (68)	Regionale Entwicklungskonzepte zur Einbeziehung von Ballungsrandgebieten in die Stadtentwicklung; Infrastrukturelle Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raums; Stellungnahme „Mehr Wohnungsangebote für Menschen mit geringem Einkommen“, 2015, S. 26 Wohnungsangebote Menschen geringe Einkommen
Städtebauförderung	Städtebauförderung weiterentwickeln zu Städte- u. Gemeindeförderung mit Fokus ländlicher Raum (30)	Förderung von Infrastruktur, nachbarschaftliche Netzwerke, bürgerschaftliches Engagement, Vereinsleben und Partizipation -> Stärkung der Selbstorganisation (45)					
Quartiere		Generationsübergreifend -> Orte der Begegnung schaffen, z.B. Mehrgenerationenhäuser (S. 9) Für Ältere vernetzte Angebote für Gesundheit, Pflege u. hausnahe Dienstleistungen -> Bund, Länder und Sozialversicherungen gemeinsam (9) Barrierefreies Wohnen unterstützen (9) Fortführung „Altersgerecht umbauen“ (9) Neues Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt wohnen“ (9)	Stadtteilzentren fördern (186) Gemischte Quartiere von Gewerbe/Wohnbebauung fördern (186) Wohnprojekte unterstützen (186)				Auskömmliche und dauerhafte Finanzierung von Quartiersarbeit Rede von Herrn Prof. Cremer bei der Abschlussveranstaltung „Gemeinsam aktiv im Sozialraum sowie Rede von Herrn Dr. Neher bei der Zwischenbilanz Kirche findet Stadt im BMUB, 22.11.2016, S.7f kirche-findet-stadt

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Zusammenhalt/ Städtebauförderung		Programme „Soziale Stadt“ und „Demokratie lebt“ weiter fördern und mehr Mittel für qualifiziertes Personal wie Quartiersmanagement (37,45)	Stärkung gemischter Quartiere (186) Unterstützung urbaner Gärten, Wohnprojekte, Baugemeinschaften u. generationengerechtes Wohnen (186) Schaffung von Orten der Begegnung (186)		Stärkere Beteiligungsrechte der Bewohner (48) Programm „Soziale Stadt“ besser ausstatten und kommunalen Eigenanteil verringern (50) Stadtumbauprogramme Ost und West zusammenführen mit Schwerpunkt auf Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes (50)		Städtebauliche Programme zur Gesundheitsförderung und zur Förderung des Zusammenhalts u.a. durch Grünflächen und Parks Position „Prävention und Gesundheitsförderung. Ein Ansatz zur Verwirklichung gesundheitlicher Chancengleichheit in einer Gesellschaft des längeren Lebens“, neue caritas 11/2015 Prävention Gesundheitsförderung
Finanzierung/ gleichwertige Lebensverhältnisse	„Offensive Ländlicher Raum“ (29) Ausbau des Bundesfonds für finanzschwache Kommunen (30) Schaffung neuer Strukturperspektiven für Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf gemeinsam von Bund und Ländern (31) Förderung von Unternehmensansiedlung durch europäische Absicherung (31) Einsetzung einer Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, in der Bund, Länder, Kommunen zusammenarbeiten - > bis 2019 Vor-	Finanziell handlungsfähige Kommunen als Grundlage -> Reform der Grundsteuer + Stabilisierung der Gewerbesteuer (43) Entwicklung ländlicher Räume unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Schaffung wohnortnaher Versorgung (44)	Angemessene finanzielle Ausstattung für alle Gemeinden über kommunale Wirtschaftssteuer und Grundsteuer (184) Verschuldete Kommunen können Schulden in Altschuldentilgungsfonds übertragen (188)	Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis 2019 (68)			

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	schlag, wie grundgesetzliches Ziel der Gleichwertigkeit erreicht werden kann (31)						
Gemeinschaftsaufgaben	Leistungen der Daseinsvorsorge durch Sonderregelungen und Öffnungsklauseln gewährleisten (29) Weiterentwicklung der bestehenden Gemeinschaftsaufgaben im ländlichen Raum (30)	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und bessere Rahmenbedingungen (45)					
Struktur-Förderung	Investitionsförderung und Abweichungen im Bau-recht (29)	Reguläre Wirtschaftsförderung für strukturschwache Regionen öffnen -> Förderung kleiner Unternehmen (45)	Auf Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen ausweiten (187)				
Mobilitätskonzepte		Carsharing, Ruf- oder Bürgerbusse als Modellprojekte fördern (46)	Mobilität als gesellschaftliche Teilhabe: neue Mobilitätskonzepte, Verkehrsverbünde verknüpfen, bundes- u. europaweiten MobilPass, Anpassung der Regelsätze, um Kosten für Sozialticket zu decken; Elternzeitticket (59)				
Umweltgerechtigkeit		Herstellen, um soziale Ungleichheit abzubauen (48)	Neuer Jahreswohlstandsbericht, in dem neben ökonomischen auch ökologische und soziale Kriterien aufgenommen werden (45)				
Planungsverfahren	PlanungsbeschleunigungsG für Infrastrukturprojekte (20)						

9. Digitalisierung

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Rahmenbedingungen als Gesamtaufgabe		Gerechte Rahmenbedingungen schaffen (3)	Gesamtgesellschaftliche Debatte für umfassende Lösungen (223) Aufbau eines IT-Beratungsnetzwerkes für digitalen Wandel (226)	Open-Data u. Open-Government-Strategie erforderlich für mehr Transparenz (19) Verkürzte Abschreibungsfrist von höchstens 3 Jahren auf digitale Anlagegüter (73)	gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie erforderlich (61)		Der DCV hat zusammen mit den anderen Wohlfahrtsverbänden in der BAGFW für die Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ im August 2017 ein Papier zur digitalen Transformation erarbeitet, das zu den wichtigsten angesprochenen Fragen Eckpunkte enthält.
Bildung	Umfassende „Digitale Bildungsoffensive“ (54) Digitalpakt für allgemeinbildende und berufliche Schulen (54) Schulen und Hochschulen mit schnellem Internet ausstatten (54) Schaffung von neuer Bildungs-Cloud (54) Unterstützung der Länder bei Weiterbildung der Lehrer (54) „Nationale Weiterbildungsstrategie“ mit Sozialpartnern (54)	neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen (9) Schulsanierungsprogramm zu Schulmodernisierungsprogramm weiterentwickeln und damit digitale Technik anschaffen (8)	Open Access und freie und nicht-kommerzialisierte Zugänge zu Lern- und Lehrmaterial (165) Mehr Programme für altersgerechte Bildung u. Medienkompetenz (165)	Medien- u. Medienkompetenz in Bildungsstandards aufnehmen (6)	Medienkompetenz u. Medienbildung umfassend stärken (130)		
Schule	Medienkompetenz soll generationsübergreifend und in der Schule fächerübergreifend gestärkt u. mit social media gelernt werden (46)	Digitale Bildung als Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung (9) fächerübergreifend (9) Digitales Lernmaterial, Nutzung offener Bil-	Basiskompetenzen im Bereich Informatik und Medienanwendung vermitteln (180)	Pro Schüler 1.000,- Euro jährlich für 5 Jahre zum Technikausbau (6) Dazu Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern (6)			

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	Weiterbildung der Lehrer (36)	dungsinhalte, Lern-Plattformen -> Finanzierung von Bund u. Ländern (9) Volkshochschulen für ältere Menschen, um digitale Kompetenzen zu erwerben (9)		Medien- und Methodenkompetenz als Bildungsstandard und in Prüfungen Konzepte wie „open book tests“ und internetfähige Geräte (6)			
Gestalten der Arbeitswelt	Wirtschaft 4.0 auch für Dienstleistungen und Verwaltung (52) – neue Arbeitszeitmodelle für bessere Vereinbarkeit Familie-Beruf (52)	Gesetzlicher Rahmen, Tarifvertrag, Betriebliche Ausgestaltung (16) Flexibilität von Arbeitszeit u. -ort (16) WahlarbeitszeitG (16)	Recht auf Homeoffice unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten (227) Absicherung Solo-Selbständige und Kreative und faire Entlohnung (227)	Arbeitszeitgesetz flexibilisieren - Homearbeit entbürokratisieren – Langzeitkonten für Arbeitszeit (43/44)	Statt digitalem Proletariat Absicherung aller (14) Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten, aber auch Schutz vor Überlastung (15/16)		
Datenschutz	Erarbeitung eines Datengesetzes, das Zugang zu Daten, Befugnisse der Sicherheitsbehörden u. Datenschutzinteresse regelt; auf der Grundlage der EU Datenschutz Grundverordnung (52) Transfer von Daten zwischen Plattformen – Wettbewerb zum Wohle der Verbraucher (53)	BeschäftigungsdatenschutzG anpassen (16) Stärkung der Rechte von Betriebsräten (16) Transparenz der Datennutzung (29) Datennutzung nur mit Einwilligung (28) Rechtliche und ethische Fragen dialogisch in Daten-Ethikkommission klären (29) Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ausbauen als neutrale Instanz mit Beratungsfunktion (56) „Völkerrecht des Netzes“ zur Klärung der digitalen Grundrechte; Aufsicht muss geregelt werden (29)	Effektiver Persönlichkeitsschutz (160) Mit Reform des Urhebervertragsrechts angemessene Vergütung für Kreative sichern (165) EU-Datenschutzrecht umsetzen (169) Abschaffung der Störerhaftung (165)	Selbstbestimmte Entscheidung über Daten schützen (37) Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung (37) Funkzellenabfrage + Bestandsdatenerfassung nur durch gerichtliche Anordnung (38) Transparenz erforderlich (37) EU-DatenschutzVO einhalten (37) Grenzüberschreitender Schutz notwendig (58) Keine staatliche Kontrolle über Richtigkeit von Nachrichten (52) Grundrecht auf Verschlüsselung (83)	Recht auf informelle Selbstbestimmung stärken: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft, Online-Durchsuchung, allg. Videoüberwachung etc. (120) Reform des Urhebervertragsrechts (129)		Der Caritasverband ist offen für den sozialen Dialog via Neue Medien. Dafür wurden die Social Media Guidelines, Kommunikationsprinzipien und eine Netiquette entwickelt, die Datenschutz und Urheberrechtsschutz einfordern. „Social Media Leitlinien des Deutschen Caritasverbandes e. V.“, 2014 Leitlinien „Netiquette für die Nutzung der Social-Media-Kanäle der Caritas Deutschland“ Netiquette

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>IT-SicherheitsG fort-schreiben (56)</p> <p>Arbeitsschutz aus-bauen (16)</p> <p>Netzneutralität + fairer Wettbewerb; Bundes-netzagentur als Kon-trollinstanz (28)</p>		<p>Abschaffung der Stö-rerhaftung bei Urhe-berrechtsverletzung, die von Nutzern be-gangen; Haftung des Anbieters, wenn z.B. nicht moderner Stand der Technik verwen-det (83)</p>			
Infrastrukturaus-bau	<p>Bis 2018 flächendeckende Verfügbar-keit von Breitband- und Mobilfunkver-sorgung (29,50)</p> <p>Bis 2025 flächendeckender Ausbau von Glasfasernetzen (51)</p> <p>Bis 2020 Voraus-setzungen schaffen, dass 5G Schlüssel-technologie der digi-talen Transformati-on ist, bis 2025 Ausbau (51)</p> <p>Vereinheitlichung der Übertragungs-netzentgelte (31)</p>	<p>Bis 2025 Breitband für alle (28)</p> <p>Bis 2018 mind. 50 Mbit/sec. Bis 2025 mehr als 90% aller Haushalte am Gi-gabitnetz (28)</p> <p>5G-Standard für mobi-le Datenübertragung -> Glasfaserkabel (28)</p> <p>Offene u. kostenfreie WLAN-Hotspots (28)</p>	<p>Schnelles Internet als Teil der Daseinsvor-sorge (165)</p> <p>Breitbandversorgung sicherstellen (165)</p> <p>Flächendeckender Glasfaserausbau u.a. durch Erlös aus Ver-kauf der Telekom-Aktien sicherstellen + öffentliche Breitband-gesellschaft im ländli-chen Raum (165)</p> <p>5G-Mobilfunknetz wird unterstützt, offe-nes und freies WLAN (165)</p>	<p>Flächendeckende Glasfaser durch Re-gions-Cluster auch im ländlichen Raum (83)</p> <p>Freies WLAN (83)</p> <p>Alle Provider müssen Kapazität auf Glasfa-serleistung mieten (83)</p>	<p>öffentlich-rechtliche Internet-Angebote zu einer unabhängi-gen öffentlich-rechtlichen Plattform auszubauen (129)</p>	<p>innerhalb von zwei Jahren schnelles Breit-bandnetz (52)</p>	
Mobilität	<p>Neue Mobilitätskon-zepte (21)</p> <p>einheitliche digitale Tickets im Perso-nennahverkehr (21)</p> <p>Vernetzung der Verkehrsverbände - bundesweite App (21)</p>	<p>Digitale Mobilitätsplatt-formen (47)</p>		<p>Neue Mobilitätskon-zepte ausprobieren (20)</p>			

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Anbieter soz. Netzwerke		<p>Netzneutralität (28)</p> <p>Berichtspflicht von Anbietern zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrigen Hinweis (56)</p> <p>Einheitliche Standards des Beschwerdemanagements (56)</p>		Netzneutralität (20)			
Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden		Zusammenarbeit von Anbietern mit Strafverfolgungsbehörden: Kontaktstelle und kurze Reaktionsfrist (56)		Verfolgung durch Strafverfolgungsbehörden, Anbietern müssen aber Strategie zum Umgang mit (Hass-) Nachrichten entwickeln (52)			
Urheberrecht	Neue Plattformen -> Anpassung des Kartellrechts (53)	<p>Urheberrechtliche Handlungen: kopieren, wiedergeben, veröffentlichen -> Vergütung, nicht Verbote (72)</p> <p>Pauschale Vergütung für Vermarktung von Leistungen im Internet (Online-Plattformen) (72)</p> <p>Rahmen für Nutzung von e-Books (72)</p>		<p>Unter Berücksichtigung der Interessen von Nutzern und Investoren entwickeln (21)</p> <p>um Erträge aus Verwertung kreativer Leistungen für Urheber und weitere Berechtigte zu sichern; einfach und transparent (20)</p> <p>Gewonnene, nicht-personenbezogene Daten sollen frei genutzt werden können (38)</p>	Anpassung des Urheberrechts und Rechtsetzung für Vergütungspraxis(129)		
Verwaltung	<p>Digitale Bürgerportale u. Bürgerkonten unter Nutzung einmal eingegebener Daten (19, 51)</p> <p>Schaffung rechtssicherer elektronischer Zugänge (51)</p> <p>Transparenz für Bürger, welche Da-</p>	Digitale Verwaltung (23)		Behörden zu One-Stop-Shops ausbauen: alle Daten nur einmal angeben, nach Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG (81)			

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	ten der Staat von ihm gespeichert hat (51)						
Politische Verantwortung	<p>Staatsminister für Digitalpolitik im Kanzleramt ansiedeln (50)</p> <p>Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ einrichten zur Koordination zwischen den Ressorts (50)</p> <p>„Nationaler Digitalrat“ zum Austausch zwischen Politik u. Experten (50)</p>		<p>Aufsichtsstrukturen schaffen (167)</p> <p>Unabhängigkeit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (168)</p> <p>Eigenständig im Kabinett vertreten (225)</p>	Digitalministerium (83)			
Start-ups	Einführung einer zentralen Anlaufstelle (One-Stop-Shop) als Unterstützung für neue Unternehmensgründung (53)						
Gewalt/Mobbing			Mehr Anlaufstellen für Opfer von Cybermobbing und Gewalt (165)	Schutzauftrag des Staates (38)			

10. Unternehmerische Belange

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Arbeits- und Tarifrecht	<p>Schaffung eines „Fachkräftezuwanderungsgesetzes“ (12)</p> <p>Verbesserung der Qualifikation/Ausbildung/Arbeitsmöglichkeiten von Frauen und jungen Menschen (12)</p> <p>Bürokratie rund um den Mindestlohn soll reduziert werden (13)</p> <p>Überprüfung des EntgelttransparenzG (13)</p> <p>Attraktivere Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligung (13)</p> <p>Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts (13)</p> <p>Gesetzliche Regelungen für mehr Flexibilität und Experimente für Unternehmen mit Tarifvertrag (16)</p> <p>Auflegen einer „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ gemeinsam mit den Tarifpartnern (16)</p> <p>Schaffung eines Rechtsanspruchs</p>	<p>Modernisierung der Beruflichen Bildung, Initiative zur Teilzeitausbildung, Einführung einer Mindestausbildungvergütung. (12)</p> <p>Novellierung des Berufsbildungsgesetzes für mehr Qualität. (12)</p> <p>Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 (12)</p> <p>Abschaffung der sachgrundlosen Befristung (15)</p> <p>Equalpay und Zustimmungsrecht des Betriebsrates bei Leiharbeit (15)</p> <p>Abschaffung der Ausnahmen beim allg. Mindestlohn (15)</p> <p>Pakt für anständige Löhne, Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Nachwirkung von Tarifverträgen bei der Auslagerung, Rückwirkende Rechtssicherheit bei Allgemeinverbindlichkeitserklärung, Einführung des Verbandsklagerechts für Gewerkschaften (15)</p> <p>Gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen</p>	<p>Soziale Berufe sollen durch einen Tarifvertrag „Soziale Dienste“ aufgewertet werden. (129)</p> <p>Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes auch für kleine Betriebe (129)</p> <p>Einführung einer „flexiblen Vollzeit“ mit Reduzierungs- und Aufstockungsmöglichkeit bis zu 10 Stunden. (131)</p> <p>„Maßnahmen“ zur Anhebung der Anteile von Frauen auf der Führungsebene (131)</p> <p>Mindestausbildungvergütung ergänzend zu bestehenden Tarifverträgen (178)</p> <p>Einfachere Inanspruchnahme der Berufsausbildungsbeihilfe (178)</p> <p>Kostenlose Ausbildung in allen Sozialberufen schaffen (202)</p> <p>Schaffung eines „Rechts auf Homeoffice“</p> <p>Recht auf phasenweise Reduzierung der Arbeitszeit auch nach der Elterngeld-</p>	<p>Vereinfachung der Dokumentation beim Mindestlohn (74/82)</p> <p>Bessere Vergütung in der Pflege (48)</p> <p>Förderung von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen (48)</p> <p>Förderung von Langzeitarbeitskonten und mehr Flexibilität bei Arbeitszeitmodellen (43)</p> <p>Deregulierung der Rahmenbedingungen für die Zeitarbeit (31)</p> <p>Reform der betrieblichen Altersversorgung auch für Betriebe ohne Tarifvertrag (29)</p> <p>Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge (17)</p> <p>Stärkung der dualen Ausbildung (11)</p>	<p>Erhöhung des allg. Mindestlohns auf 12 Euro (11)</p> <p>Sachgrundlose Befristung streichen, der 2. Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber unbefristet (11)</p> <p>Max. 3 Monate Leiharbeit zulassen, Zustimmungspflicht des Betriebsrates (12)</p> <p>Rechtsanspruch auf mindestens 22 Stunden Arbeitszeit im Arbeitsvertrag (12)</p> <p>Arbeitsschutz verbessern (12)</p> <p>Verbindliche Gleichstellungspläne in Unternehmen (12)</p> <p>Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen durch eine Tarifvertragspartei, Ausweitung des „öffentlichen Interesses“ (13)</p> <p>Einführung von Staatsanwaltschaften für Straftaten im Arbeitsrecht und Verbindliche Obergrenzen bei Vor-</p>	<p>Einführung einer gesetzlichen Obergrenze von 15 % aller Beschäftigten in Leih- oder Zeitarbeit (50)</p>	<p>Zu „Schaffung eines „Fachkräftezuwanderungsgesetzes“ siehe: Politikbereich Flucht und Migration => Einwanderung Staatsangehörigkeit</p> <p>Arbeitswelt 4.0 siehe => Digitalisierung/ Arbeit 4.0/ Weiterbildung</p> <p>Bzgl. Erwerbsminderungsrente: Siehe Politikbereich Arbeitsmarkt, Armut und soziale Ausgrenzung, Stichwort Altersarmut</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	<p>auf befristete Teilzeit ab einer bestimmten Betriebsgröße (27)</p> <p>Prüfung von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten (27)</p>	<p>und betriebliche Ausgestaltung im Hinblick auf Arbeit 4.0 besser verzahnen (15)</p> <p>Wahlarbeitszeitgesetz, z.B. Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit und Langzeitkonten einführen (16)</p> <p>Arbeitsschutzrecht im Hinblick auf Nicht-Erreichbarkeit und zur Verringerung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz anpassen (16)</p> <p>Schaffung eines BeschäftigtendatenschutzG (16)</p> <p>Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung auf Unternehmen ab 1000 MA (17)</p> <p>Einführung eines Initiativrechts auf betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen (17)</p> <p>Kündigungsschutz für Initiatoren von Betriebsratswahlen erhöhen (17)</p> <p>Aufwertung der Sozialberufe durch kostenfreie Ausbildung, Ausbildungsvergütung und Schaffung eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrags Soziales (18)</p> <p>Start einer „Weiterbildungsoffensive“, Ab-</p>	<p>phase (210)</p> <p>Verbesserung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen (211)</p> <p>Schaffung eines verbindlichen Flexibilitätszuschlages bei Wochenendarbeit Equal-pay bei Leiharbeit ab dem ersten Tag und klare Abgrenzung von Werk- und Dienstverträgen (217)</p> <p>Abschaffung der sachgrundlosen Befristung (217)</p> <p>Stärkung des Arbeitsschutzes (217)</p> <p>Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen (128)</p> <p>Unternehmensmitbestimmung bereits ab 1000 MA (218)</p> <p>Koalitionsfreiheit und Streikrecht auch in kirchlichen Einrichtungen, Loyalitätspflichten außerhalb des „Verkündigungsbereiches“ abschaffen (218)</p> <p>Dreimonatige Pflegezeit für pflegende Angehörige einführen (219)</p>		<p>standsgehältern(13)</p> <p>Erhöhung des Pflege Mindestlohnes auf 14,50 Euro (14)</p> <p>Gesetzliche Regelungen gegen Dauerstress und für mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten (15)</p> <p>Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden (16)</p> <p>Gesetzliche Verankerung des Ausgleichs von Mehrarbeit (16)</p> <p>Erhöhung des Mindesturlaubsanspruches von 24 auf 30 Tage (16)</p> <p>Rechtsanspruch auf vorübergehende Teilzeit (17)</p> <p>Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung auf kirchliche Einrichtungen ausweiten; Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auch in kirchlichen Einrichtungen (18)</p> <p>Zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen.</p>		

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		<p>stimmung verschiedener Instrumente auf einer „Nationalen Weiterbildungskonferenz“ (18)</p> <p>ggf. Schaffung einer gesetzlichen Verpflichtung zur betrieblichen Altersvorsorge (35)</p> <p>„Aufwertung“ der sozialen Berufe als duales System mit Ausbildungsvergütung und Abschaffung des Schulgeldes (63)</p> <p>Ausbau des Transparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht (63)</p> <p>Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen durch ein Gleichstellungsgesetz (64)</p>			<p>Abschaffung der zwingenden Wahrung des Betriebsfriedens durch Betriebsräte (19)</p> <p>Erstreckung des Kündigungsschutzgesetzes auf Unternehmen ab 5 MA, Vetorecht des Betriebsrates (24)</p> <p>Rechtsanspruch auf mindestens 22 Stunden Wochenarbeitszeit (20)</p> <p>Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag „Weiterbildung“</p> <p>Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Unternehmen ab 100 MA (83)</p>		
Bundeshaushalt	<p>Einhaltung der Schuldenbremse und keine neue Schuldenaufnahme (33)</p> <p>Nutzung von Spielräumen für Förderung von Bildung, Forschung, Infrastruktur Beginn der Schuldentilgung (35)</p>	<p>„Zukunftsinvestitionen“ durch die Überschüsse im Bundeshaushalt bis 2021 finanzieren (37)</p>		<p>Schulden abbauen, statt sich auf der schwarzen Null auszuruhen (72)</p> <p>Jede staatliche Ebene haftet für die eigenen Schulden (72)</p> <p>Begrenzung der strukturellen Neuverschuldung auf 0,35 % BIP (73)</p>	<p>Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (13)</p>	<p>Staatsausgaben sind durch Einnahmen zu decken, Erhöhung von Abgaben oder Kreditaufnahme nur unter strengstem Reglement (49)</p> <p>Einführung der Doppik im Bundeshaushalt (49)</p>	<p>Die staatliche Handlungsfähigkeit muss erhalten bleiben.</p> <p>Eckpunkte zur Debatte zur Steuerpolitik im Herbst 2012, 09/2012 Debatte Steuerpolitik</p>
Steuerpolitik (Unternehmen)	<p>Steuerliche Berücksichtigung bei Beteiligung an Start-ups (16)</p> <p>Bürokratieabbau bei</p>	<p>Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern (21)</p>	<p>Anhebung der Grenze zur Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro (229)</p>	<p>Degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter wieder einführen (73)</p> <p>Verkürzte AfA für di-</p>	<p>Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25%</p>	<p>Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf 7% (48)</p> <p>Einführung einer „allgemeinen Abga-</p>	

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	der Abgabe und Bearbeitung von Steuererklärungen (35)			<p>gitale Anlagegüter (73)</p> <p>Steuerliche Finanzierung von Forschung und Innovation durch Steuererstattung (73/74)</p> <p>Rechtsanspruch auf verbindliche Auskunft beim Finanzamt (75)</p>		benbremse“ von max. 40 % BiP (48)	
Digitalisierung	<p>Staatsminister für Digitalisierung im Kanzleramt ansiedeln (50)</p> <p>Regierungshandeln in einem Kabinettsausschuss „Digitalisierung“ bündeln (50)</p> <p>Einberufung eines „Nationalen Digitalrates“ (509)</p> <p>Flächendeckender Glasfaserausbau bis 2025 (51)</p> <p>Erarbeitung eines „Datengesetzes“ auf der Grundlage der EU Datenschutz Grundverordnung (52)</p> <p>Unterstützung beim Aufbau neuer Plattformen in Deutschland und Europa, ggf. Anpassung des Kartellrechts, Sicherung eines fairen Wettbewerbs (53)</p> <p>Förderung von Start-ups (53)</p>	<p>Breitband für alle bis 2025 (28)</p> <p>Stärkung der Verbraucherzentralen und des Bundeskartellamtes im Hinblick auf Digitalisierung (28)</p> <p>Einrichtung einer Daten-Ethikkommission zur Klärung neuartiger rechtlicher Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung (29)</p> <p>Schaffung digitaler Grundrechte „Völkerrecht des Netzes“ (29)</p>	<p>Flächendeckender Glasfaserausbau (165)</p> <p>Schaffung sicherer Infrastrukturen und Stärkung von Datenschutz, E- und Open Government (169/170)</p> <p>Eigenständige Kabinettszuständigkeit für Digitalisierung (226)</p> <p>Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts im Hinblick auf Digitalisierung (226)</p> <p>Schaffung eines IT-Beraternetzwerkes für den Mittelstand (226)</p> <p>Anpassung des Arbeitsschutzes an die Digitalisierung (227)</p> <p>Gestaltung des Umbruchs hin zur digitalen Arbeitswelt (228)</p> <p>Stärkung von Sharing Economy, Social Entrepreneurship und solidarischer Ökonomie (22)</p>	<p>Einführung eines Digitalministeriums (83)</p> <p>Flächendeckendes Glasfasernetz (83)</p> <p>Ausbau der Digitalisierung im Gesundheitswesen (84)</p> <p>Mehr Zeit für die Pflege u.a. durch Nutzung digitaler Assistenzsysteme (47)</p>		Flächendeckende Breitbandversorgung bis 2019 (52)	Siehe Digitalisierung/Arbeit 4.0

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	<p>Ausbau der IT-Sicherheit (53)</p> <p>„Digitale Bildungsoffensive“ zur Verbesserung der Kenntnisse auf allen Ebenen (54)</p> <p>Förderung der Telemedizin und digitaler Assistenzsysteme (56)</p>						
Förderung sozialer Infrastruktur/ Strukturpolitik	<p>Strukturen in ländlichen Räumen stärken (14)</p> <p>Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3,5% BIP (23)</p> <p>„Offensive ländlicher Raum“, insbesondere Sicherung der flächendeckenden Verfügbarkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge, insbes. Pflege- und Medizininfrastruktur (29)</p> <p>Ausbau der Breitbandversorgung in der Fläche (29)</p> <p>Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgaben auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums (29)</p> <p>Ausweitung der Förderung der Kommunen beim Ausbau der Infrastruktur (30)</p>	<p>Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3,5% BIP (25)</p>	<p>Unterstützung finanzschwacher Kommunen im Bildungsbereich durch den Bund (177)</p> <p>Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ (188)</p> <p>Entlastung der Kommunen von Kosten der Unterkunft und Einrichtung eines „Altschuldentilgungsfonds“ für überschuldete Kommunen (188)</p>	<p>Bundeszuschuss bei der Investitionsförderung für Krankenhäuser (47)</p> <p>Ausbau von Palliativ- und Hospizwesen (48)</p>		<p>Stärkung der ländlichen Infrastruktur (68)</p>	<p>Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung</p> <p>Stellungnahme DCV und Diakonie zum Hospiz- und Palliativgesetz, 2015 Hospiz und Palliativgesetz</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	Einrichtung einer Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ mit Vorschlägen bis Mitte 2019 (31)						
(Sozial)rechtliche Bedingungen für Caritasunternehmen	<p>Weiterführung des Bürokratieabbaus, 10 % weniger Gesetzentwürfe (19)</p> <p>Berücksichtigung der Tarifsteigerungen bei der Krankenhausvergütung (39)</p> <p>Verbesserung der Personalausstattung in der Pflege (40)</p> <p>Abschaffung des Schulgeldes für Physio- und Ergotherapeuten und Logopäden (40)</p> <p>Gründung eines „nationalen Gesundheitsportals“ für mehr Transparenz von Medizin- und Pflegeleistungen (40)</p> <p>Sicherung der Krankenhausversorgung in der Fläche (41)</p> <p>„Konzertierte Aktion Pflege“ zur Sicherung eines flächendeckenden Angebotes (42)</p> <p>Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung (42)</p>	<p>Schaffung von flächendeckenden vernetzten Angeboten von Gesundheit, Pflege und haushaltsnahen Dienstleistungen (9)</p> <p>Förderung sozialer Innovationen (24)</p> <p>Integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung (31)</p> <p>Schaffung verbindlicher Personalstandards in der Pflege (31)</p> <p>„Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege“ soll gestartet werden (31)</p> <p>Förderung der Telemedizin und der sonstigen digitalen Innovation im Gesundheitswesen und des Gesundheitsdatenschutzes (31)</p> <p>Präventionsprogramm „Gesunde Stadt“ auflegen (32)</p>	<p>Einführung eines „Lobbyregisters“ mit legislativem Fußabdruck (147)</p> <p>Förderung von Supervision und Fortbildung im Ehrenamt (149)</p> <p>Erhöhung auf 200.000 Plätze in den Freiwilligendiensten (150)</p> <p>Schaffung eines „passenden Rechtsrahmens für „unbequemes“ Engagement (150)</p> <p>Einführung eines „Whistleblower*innenschutzgesetzes“ (150)</p> <p>Förderung der Qualität in der Kita mit 3 Mrd. Euro p.a. (176)</p> <p>Bessere Bezahlung in der Pflege erreichen (204)</p> <p>Mehr Rechte von Kommunen beim Ausbau von Hilfenetzen vor Ort (204)</p>	<p>Sozialgesetzbücher sollen „verschlankt und verzahnt“ werden (33)</p>	<p>Gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus (30)</p> <p>Abschaffung der Fallpauschalen im Krankenhaus (30)</p> <p>2,5 Mrd. € Investitionsförderung des Bundes für Krankenhäuser p.a. (30)</p> <p>Weitere Privatisierungen verhindern und Rückkauf privater Einrichtungen durch die öffentliche Hand (30/35)</p> <p>Mindeststundenzahl für „Menschlichen Kontakt“ in der Pflege</p> <p>Erhöhung der Fachkraftquote in der Pflege auf 50% per Gesetz (35)</p> <p>Pflegemindestlohn 14,50 Euro und Mindestgehalt 3000 Euro für eine Vollzeitstelle (36)</p> <p>Integrierte Ausbildung schulgeldfrei gestalten (35/36)</p>	<p>Einführung eines Lobbyistengesetzes mit Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten (10)</p> <p>Stärkere Förderung der Freiwilligendienstformate (38)</p> <p>Festlegung eines bundesweiten Mindestpersonalschlüssels für Pflegepersonal (58)</p> <p>Unterstützung der Trägervielfalt im Krankenhausbereich (59)</p> <p>„Renationalisierung des Verbraucherschutzes“ (70)</p>	<p>Erweitertes Führungszeugnis soll in allen Einrichtungen und Diensten, die volljährige Schutzbefohlene betreuen, verlangt werden.</p> <p>Stellungnahme des DCV, Auskunft des Bundeszentralregisters bei der Betreuung von volljährigen Schutzbefohlenen, 10.07.2015 Auskunft BZR volljährige Schutzbefohlene</p> <p>Keine Vergabe in der Finanzierung von Einrichtungen der medizinischen Reha</p> <p>Position Vergaberecht in der medizinischen Rehabilitation, 28.06.2017 Vergaberecht medizinische Rehabilitation</p> <p>Asymmetrie in Vertragsverhältnis med. Reha auflösen: Verpflichtung zum Abschluss von Rahmenverträgen Rehaträger-Leistungserbringer nach § 21 SGB IX bzw. neu § 38 SGB IX; Schiedsstelle auch in SGB IX bzw. SGB VI; Regelungsbereich der Schiedsstelle erweitern auf alle Vertragsinhalte</p> <p>DCV Stellungnahme BTHG 2016 S. 22 BAGFW 2014 Positionspapier Weiterentwicklung Med. Reha</p> <p>Stellungnahme des DCV, 2017 Vergaberecht medizinische Rehabilitation</p> <p>Vernetzung der gesundheitlichen und pflegerischen Angebote insbesondere zur Verbesserung der Sterbebegleitung</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	Stärkung und Ausbau der Gesundheitswirtschaft (42)				<p>Besonderes Mietrecht für „Mietverhältnisse mit sozialen Zielstellungen“ soll eingeführt werden (49)</p> <p>Bundesweit einheitlicher Betreuungsschlüssel für Kitas, Bundesweite Gebührenfreiheit und kostenloses Kitaessen, Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeit, Fortbildung und Krankheit auf den Schlüssel, Anhebung der Erzieherqualifikation auf Hochschulniveau, Abschaffung des Schulgeldes (52/53)</p> <p>Bundesweites Investitionsprogramm „Inklusive Bildung“ (53)</p>		<p>Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung</p> <p>Mehr Ehrenamt in der Hospizarbeit notwendig.</p> <p>Stellungnahme von DCV und Diakonie, 2015 Stellungnahme zum Referentenentwurf HPG v. 7.04.2015 und Stellungnahme von DCV und Diakonie zum Hospiz- und Palliativgesetz, 2015 Hospiz und Palliativgesetz</p>

11. Europa

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Allgemeines/ Sozialmodell	„[Wir] wissen (...), dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit unverzichtbar sind. Wir lassen niemanden zurück und wollen möglichst Vielen eine Chance zu Teilhabe und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung geben. Das ist unser europäisches Sozialmodell.“ (7)	Wunschziel: Europäische Sozialunion (96)		Subsidiarität: Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben (61) Soziale Säule Europas „nicht zielführend“ (61)			Grundsätzliche Zustimmung zur Europäischen Säule sozialer Rechte, solange die Umsetzung im Rahmen der vertraglichen Kompetenzen der Kommission erfolgt. Gemeinsame Stellungnahme der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände zur Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte, 17.10.2016, S. 5 Säule sozialer Rechte
Fortschrittsprotokoll/-klausel		Einführung eines sozialen Fortschrittsprotokolls im Primärrecht (97)	Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel (73)		Klausel für sozialen Fortschritt in den EU-Verträgen (104)		Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel, die die Balance zwischen sozialer und Binnenmarktintegration herstellt. Sozialpolitische Erwartungen des Deutschen Vereins an die Europäische Union, 11.12.2013, S. 7 Sozialpolitische-Erwartungen-EU
Soziale Mindeststandards		Grundsatz verankern / einführen, dass es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wirksame soziale Grundsicherungssysteme geben muss (96)	Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes (73)	Keine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen von verpflichtenden Rechtsakten (61)	Europäischer Mindestlohn, der bei 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns liegen soll (104) Soziale Sicherheit mit verbindlicher sozialer Mindestsicherung und verbindlichen sozialen Mindeststandards nach der Günstigkeitsklausel (106) Soziale Grundrechte – entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta		Mindesteinkommen im Sinne einer Grund- bzw. Existenzsicherung Gemeinsame Stellungnahme der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände zur Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte, 17.10.2016, S. 2 Säule sozialer Rechte

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					des Europarates – sollen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein (105)		
Europäische Arbeitslosenversicherung			Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung (73)	Keine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung (61)			
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Keine Vergemeinschaftung von Schulden, Einhaltung des Stabilitätspakts – aber schrittweise Weiterentwicklung durch z.B. Schaffung eines eigenen Währungsfonds denkbar (57)	Gemeinsames Finanzbudget der Eurostaaten (98)	Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung über das Europäische Semester (73)				Bei der Sicherstellung der Einhaltung der Stabilitätskriterien muss auf den Erhalt einer funktionierenden sozialen Infrastruktur („social investment“) Rücksicht genommen werden. Einbeziehung der sozialen Indikatoren der Europa-2020-Strategie in das Europäische Semester; gleiche Relevanz der sozialen Indikatoren mit den wirtschaftspolitischen Vorgaben Beides aus der Gemeinsamen Stellungnahme der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände zur Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte, 17.10.2016, S. 2 Säule sozialer Rechte
Soziale Rechte von EU-Bürger(innen)			Grenzüberschreitende Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen sozial besser absichern, „damit sie nicht durch ein Raster national fragmentierter Sozialsysteme fallen“ (73) Volle bürgerliche, soziale und politische Rechte für alle Unionsbürger*innen in den Staaten, in denen sie leben (74) Landtagswahlrecht für Unionsbürger*innen in Deutsch-		Gegen den Ausschluss von Arbeit suchenden Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern aus der Sozialhilfe (106)		Erleichterungen beim Zugang nicht-erwerbstätiger EU-Bürger(innen) zum deutschen Krankenversicherungssystem Ausschlüsse von z.B. Sozialhilfeleistungen können keinen Rechtfertigungsgrund für Staaten darstellen, Menschenrechte aus der EMRK zu verletzen. Beides aus der Stellungnahme der BAGFW zur Änderung der VO 883/2004, 29.05.2017, S. 3-5; 9 Änderung der Verordnung EG-Nr 88320-1

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			land (74) Perspektivisch: Fortentwicklung der Unionsbürger*innenschaft zu einer europäischen Staatsbürger*innenschaft (74)				
Jugend & Jugendarbeitslosigkeit	Solidarische Mithilfe beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in der EU (57)	Breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm mit Investitionen in Bildung und Ausbildung; Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit (95) Aufstockung der EU-Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit und Bündelung in einem permanenten Jugendbeschäftigungsfonds (96) Europäisches Mobilitätsprogramm, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten (96)	Kostenloses Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag (71) Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll stärker insbesondere europäische mittelständischen Unternehmen unterstützen, damit diese Jugendliche mehr ausbilden und in Arbeit bringen (72)				Die unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendgarantie von derzeit 6 Milliarden sollte auf 21 Milliarden (Empfehlung ILO) aufgestockt werden. Sie soll auf junge Menschen zwischen 25 und 30 Jahren ausgeweitet werden, weil auch junge Akademiker über 25 überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Gemeinsame Stellungnahme der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände zur Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte, 17.10.2016, S. 8 Säule sozialer Rechte Förderung durch aktive Unterstützung durch Angebote für Auszubildende aus der EU, z.B. ERASMUS+ - Projekt AJUMI - Ausbildungsbegleitung junger EU-Migrant(inn)en Projekte
Erasmus+		Ausbau der internationalen Jugendfreiwilligendienste, des internationalen Jugendaustauschs sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU. Wer sich den Austausch nicht leisten kann, soll unterstützt werden. (13) Ausbau des europäi-		Ausbau europäischer Austauschprogramme wie „ERASMUS plus“. Nicht nur Studierende sollen in den Genuss des europäischen Austauschs kommen. Auch die Teilnahme von Auszubildenden und jungen Berufstätigen an europäischen Austauschpro-	Unterstützung und Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Sinne des weltweiten Austauschs und zur Stärkung (119) Ausbau des internationalen Jugendaustauschs und der Gedenkstättenfahrten und gebührenfreie		Stärkung sowie technische Verbesserungen des Programmes Erasmus+ Positionspapier verschiedener Verbände zu Erasmus+ Erasmus und BAGFW-Konsultationsbeitrag zu Erasmus+, 22.05.2017 Halbzeitbewertung Erasmus Stärkung des Europäischen Freiwilligendienstes, Unterstützung des Euro-

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		schen Freiwilligen- dienst und der Aus- tauschprogramme der EU (96)		grammen muss ge- fördert werden. Dazu bedarf es schon in den berufsbildenden Schulen einer ver- stärkten Aufklärung über vor- handene Programme. Einführung einer Bil- dungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit, um es jungen Men- schen zu erleichtern, ihre Ausbildung in anderen Ländern der EU zu absolvieren. (12)	Gestaltung. (120)		päischen Solidaritätskorps, wobei die Arbeitsmarktneutralität gewährleistet und Doppelstrukturen vermieden wer- den müssen. Konsultationsbeitrag BAGFW zum So- lidaritätskorps, 16.03.2017 BAGFW-Europäischen- Solidaritätskorps Aufstockung des Programmes Europa für Bürgerinnen und Bürger BAGFW-Beitrag zur Halbzeitbewertung des Programmes „Europa für Bürge- rinnen und Bürger“ 2014-2020, 03.04.2017 Halbzeitbewertung
Investitionspro- gramme, EU- Haushalt und EU- Förderpolitik		Breit angelegtes euro- päisches Investitions- programm mit Investitionen in Bildung und Ausbildung; Be- kämpfung von Ju- gendarbeitslosigkeit (95)	Neuer Zukunftsfonds im EU-Haushalt, fi- nanziert durch Mittel aus einem neu zu schaffendem europä- ischen Steuerpakt (72) Mehr deutsche finan- zielle Verantwortung nach dem Brexit (70) Der Europäische Fonds für strategi- sche Investitionen (EFSI) soll reformiert und aufgestockt wer- den (72) Keine Umverteilung von zivilen Mitteln aus dem EU- Haushalt für die Ab- wehr von Flüchtlingen und Militär (75)		Öffentliches europä- isches Investitions- programm, „das vor allem auf Entwick- lung im Bereich öf- fentlicher und sozia- ler Dienstleistungen wie (...) Gesund- heitsversorgung und Pflege (...) und Wohnen setzt.“ Fi- nanzierung durch eine in allen EU- Staaten einmalige abgeführte Vermö- gensabgabe auf Vermögen über ei- ner Million Euro (103) Weiterführung der Kohäsionspolitik auch nach 2021; insbesondere För- derung südeuropäi- scher Länder (106) Der ESF zur Förde- rung der Beschäfti- gungspolitik des so-		Beibehaltung einer starken EU- Kohäsionspolitik nach 2021 zur Erpro- bung sozialer Innovationen zur Be- kämpfung von Armut und gesellschaft- licher Ausgrenzung. Verpflichtende Mindestanteile der Strukturfondsmittel für den ESF. Vereinfachungen bei der Verwaltung der EU-Fonds. Eckpunktepapier der BAGFW zur Zu- kunft der EU-Förderung, Juni 2016 EU Struktur- u Investitionsfonds Öffnung des EFSI für Investitionen im Sozialbereich und für soziale Projekte Änderungsanträge der BAGFW, 2015 INTERREG beibehalten und stärken, dabei insbesondere kleine und zu- gängliche Formate fördern Konsultationsbeitrag Kir- chen/Caritas/Diakonie zur Beseitigung von Hindernissen in Grenzregionen, Dezember 2015

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
					<p>zialen Zusammenhalts soll weiterentwickelt werden (106)</p> <p>Der Europäische Globalisierungsfonds (EGF) soll auch Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten zugänglich gemacht werden und zu einem Beschäftigungssicherungsfonds ausgebaut werden (106)</p> <p>Das INTERREG-Programm muss zur Förderung grenzüberschreitender Kooperation weiterhin Unterstützung erhalten (106)</p>		
Sonstiges Sozialpolitik		Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorps (99)	<p>Verpflichtendes Lobbyregister (74)</p> <p>EU-weite Geltung der EU-Grundrechtecharta für alle Gesetze (70)</p> <p>Soziale Mindeststandards für auf den europäischen Markt gebrachte Produkte und Rohstoffe (72)</p>		<p>Verpflichtendes und verbindliches Lobbyregister (105)</p> <p>Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (105)</p>	Volksabstimmung über den Verbleib in der Euro-Zone und der EU (8)	<p>Der DCV ist seit 2009 im Transparenzregister registriert (Registriernummer: 04903991238-83)</p> <p>Registrierung 04903991238-83</p>
EU-Handelspolitik	CETA mit Leben erfüllen; TTIP weiter angestrebt (23)	In bilateralen Handelsabkommen der EU sollen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards mit	Ablehnung von TTIP, CETA, TiSA, JEFTA oder anderen Abkommen dieser Art (93)	Freihandelsabkommen zur Stärkung / Durchsetzung von internationalem Daten- und Verbraucherrecht nutzen (58)	TTIP, CETA, TiSA und EPAs sollen gestoppt werden (105)	<p>Ablehnung von CETA, TiSA und TTIP (21)</p> <p>Bilaterale Handelsverträge nur, wenn multilaterale Handelsverhandlungen nicht durchführbar;</p>	<p>Freihandelsabkommen nur akzeptabel, wenn die soziale, gemeinnützige Dienstleistungserbringung umfassend geschützt ist.</p> <p>Kernpositionen der BAGFW zu TTIP, 17.09.2014</p> <p>BAGFW Kernpositionen TTIP und</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
		konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen vereinbart werden (110)				Investitionsschutzverträge nur, wenn sie auch deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsverhältnisse absichern. Transparente Verhandlungen (20/21)	Gemeinsames Positionspapier BMWi/BAGFW, 23.02.2015 Gemeinsames Positionspapier zu TTIP
EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik; Migrationspolitik	<p>Stärkung von Frontex und Vervollständigung des Europäischen Asylsystems (56)</p> <p>EU-Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika (56)</p> <p>Gemeinsame Verantwortung der EU-Staaten für Flüchtlinge mit Schutzanspruch (56)</p>		Einreisebedingungen für Auszubildende und Studierende aus afrikanischen Ländern in die EU erleichtern (77)	Ausbau der Grenzagentur FRONTEX zu „echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbezugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausbauen“ (70)	<p>Frontex soll abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden (107)</p> <p>Aufkündigung des EU-Türkei-Deals (107)</p> <p>Keine Übertragung der Verantwortung, Flüchtlinge zu schützen, auf Drittstaaten außerhalb der EU; keine Auffanglager in Nordafrika (107)</p> <p>Finanzieller Ausgleich („Fluchtumlage“), um ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU zu erreichen (108)</p> <p>Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates für die Geflüchteten (108)</p> <p>Sichere und legale Fluchtwege (108)</p>	<p>Ablehnung des Gemeinsamen europäischen Asylsystems (30)</p> <p>Europäische Zusammenarbeit auf die Sicherung der europäischen Außengrenzen konzentrieren (30)</p> <p>Asylanträge sollen außerhalb Europas gestellt werden müssen, das europäische Recht entsprechend geändert oder aufgehoben werden (30)</p> <p>Frontex und Bundeswehr sollen Flüchtlingsboote an ihre Ausgangsorte zurückbringen; sofern nicht möglich: Überführung in außereuropäische Aufnahmezentren nach australischem Vorbild (30)</p>	Vgl. Einträge DCV-Spalte „Politikbereich Flucht und Migration“

12. Caritas international

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
Humanitäre Hilfe		<p>Ausbau des humanitären Engagements Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft entsprechend ihren internationalen Verpflichtungen. Verlässlichkeit der angemessenen finanziellen Ausstattung der internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für humanitäre Hilfe. Mitbedenken und Planung der sich anschließenden mittel- und langfristigen, strukturellen Entwicklungszusammenarbeit bei kurzfristiger humanitärer Hilfe. (80)</p> <p>Ergänzung von zusätzlichen Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands durch zusätzliche Ausgaben für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklung (83)</p>	<p>Verlässliche Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. (82)</p> <p>Einlösung des humanitären Versprechens der internationalen Gemeinschaft, flächendeckende Hungersnöte und schlimmste Katastrophen rechtzeitig zu verhindern. (82)</p> <p>Ausbau der humanitären Hilfe und finanziellen Unterstützung für Geflüchtete in der Türkei. (103)</p> <p>Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten um die humanitäre Hilfe wirksamer zu machen. (82)</p> <p>Stabilisierung des Umfangs deutscher humanitärer Hilfe in krisenhaften Zeiten auf weit über eine Milliarde Euro. Stabilisierung der Finanzierung von UN-Hilfsorganisationen wie dem World Food Programme. Unterstützung derje-</p>		Keine Einbindung von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in sicherheitspolitische Konzeptionen. (101)		<p>Humanitäre Hilfe muss im neuen Koalitionsvertrag verankert sein. Die neue Regierung muss sich zu einer prinzipienorientierten Humanitären Hilfe bekennen (nach den Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit). Die Mittel für Humanitäre Hilfe müssen nach den Kriterien des humanitären Bedarfs und nicht nach politischen Interessenslagen eingesetzt werden.</p> <p>Quelle: Forderungen der VENRO AG Humanitäre Hilfe zur Bundestagswahl 2017 – internes Dokument, verfügbar bei Caritas International.</p> <p>Die neue Regierung muss alle Maßnahmen für die konsequente Umsetzung des humanitären Völkerrechts zum Schutz der betroffenen Personen und des Zugangs für humanitäre Hilfe einfordern und sich dafür stark machen, dass humanitäre Helfer besonderen Schutz erhalten (ebenda).</p> <p>Flucht und Migration: Im Umgang mit Geflüchteten und Migranten muss der Fokus auf dem unbedingten Schutz der Menschenwürde der Betroffenen liegen. Die Aufgabenstellung muss klar voneinander abgegrenzt werden: Flüchtlingsschutz als Aufgabe der Humanitären Hilfe; Schaffung legaler, sicherer und geordneter Wege der Migration sowie Abbau struktureller Ungleichgewichte als Aufgabe der Migrationspolitik und EZ. Zu beiden Themenkomplexen (Flüchtlingsschutz und legale Migration) müssen internationale Regelwerke erarbeitet werden, die nicht nur die schon gültigen Standards wiederholen, sondern neue effektive Instrumente und Standards schaffen (z.B. Schutzverantwortung für Binnenvertriebene und Migran-</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
			nigen Länder wie Jordanien, Türkei, Pakistan, Libanon, Äthiopien oder Kenia, weltweit die meisten Flüchtlinge aufnehmen durch die internationale Gemeinschaft. (102)				<p>ten).</p> <p>Partnerorientierung: Die Mittel für die Humanitäre Hilfe durch lokale Akteure und lokale Institutionen müssen erhöht werden (Förderung lokaler Akteure bzw. partnerorientierter deutscher NRO). Die Mittel sollen insbesondere dazu dienen, die Kapazitäten der lokalen Partner in der Nothilfe und Katastrophenvorsorge zu stärken.</p> <p>Quellen: Forderungen der VENRO AG Humanitäre Hilfe (s.o.); Caritas International Fachkonzept Nachhaltige Katastrophenhilfe, S.6 ff Fachkonzept Nachhaltige Katastrophenhilfe</p> <p>Katastrophenvorsorge und „Vergessene Krisen“: Der Fokus in der Humanitären Hilfe muss sich weiter von Akuthilfe auf die Katastrophenvorsorge verschieben. Dies muss sich sowohl in einer inhaltlichen Aufwertung als auch in einer Steigerung der zur Verfügungen stehenden Mittel für die Katastrophenvorsorge niederschlagen. Die Mittel für sog. vergessene Krisen müssen gesichert und wenn möglich erhöht werden.</p> <p>Es muss ein internationaler Mechanismus für die schnelle und unbürokratische Bereitstellung von Hilfsgeldern bei Hungersnöten und anderen Katastrophen geschaffen werden.</p> <p>Quellen: Forderungen der VENRO AG Humanitäre Hilfe (s.o.);</p> <p>Advocacy und politische Rolle: Der Themenbereich Humanitäre Hilfe im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe muss gestärkt werden. Ggf. sollte eine Trennung in zwei Ausschüsse geprüft werden.</p>

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
							Quelle: Forderungen der VENRO AG Humanitäre Hilfe (s.o.). Verzahnung Humanitäre Hilfe und EZ Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit in langanhaltenden Krisen müssen besser verknüpft werden, u.a. durch eine engere Abstimmung der zuständigen Ressorts; ebenda; Caritas International Fachkonzept Nachhaltige Katastrophenhilfe, S. 21ff.
Entwicklungszusammenarbeit und globale Verantwortung Deutschlands/ Menschenrechte/ Religionsfreiheit	<p>Humanitäre Verpflichtung Deutschlands mit dem Ziel der friedlichen, stabilen und gerechten Ordnung in der Welt. (64)</p> <p>Berufung eines Sonderbeauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit (74)</p> <p>Anstieg der EZ-Mittel im Maßstab 1:1 zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, bis zur ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP. Dieser vernetzte Ansatz soll zentral innerhalb der Bundesregierung und im Parlament koordiniert werden. (67)</p> <p>Entwicklungszusammenarbeit als Fluchtursachenbekämpfung. (7, 67)</p> <p>Umsetzung des „Marshall-Plan mit</p>	<p>Bekämpfung von Fluchtursachen mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen. Dafür angemessene Ausstattung und kontinuierliche Finanzierung des Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). (58)</p> <p>Steigerung des Engagements in der EZ bis mind. 0,7 % des Bruttonationaleinkommens, ungeachtet der Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. (85)</p> <p>Bessere europäische EZ durch klare Aufgabenteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten. (86)</p> <p>Agenda 2030 zur Armutsbekämpfung und menschlichen Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit. (84, 85)</p>	<p>Mehr Mittel für Krisenprävention sowie dauerhafte Zurverfügungstellung der international versprochenen 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung, ohne die Kosten für Flüchtlinge im Inland anzurechnen. (67)</p>	<p>Europäisch abgestimmte, effektive und wirksame EZ, die auf Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt auf deren Quantität, mit besserer Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer.</p> <p>Verstärkte Beachtung der Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen.</p> <p>Neue Kooperationen zur Integration der deutschen und lokalen Privatwirtschaft und Entwicklungspartnerschaften mit neuen Gebern. (60)</p> <p>Kohärentere Ansätze innerhalb der Bundesregierung und der Europäischen Union, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungs-</p>	<p>Verdopplung der Mittel für Zivilen Friedensdienst bis 2020 (101)</p> <p>Verankerung von Zivilklauseln in den Gesellschaftsverträgen der Durchführungsorganisationen der deutschen EZ (101)</p> <p>Neuausrichtung der EZ: auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet und am Gedanken von Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientierend, als Instrument zur globalen Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit, nicht zur Einmischung oder als ein Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Geberländer und internationaler Konzer-</p>	<p>Entwicklungspolitik soll deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung tragen.</p> <p>Hilfe primär Hilfe zur Selbsthilfe.</p> <p>Gerechterer Einbezug der Entwicklungsländer in das internationale Handelssystem, durch Erleichterungen für Ausfuhren in Industrieländer und einem angemessenen Schutz für den Aufbau der eigenen Wirtschaftsentwicklung.</p> <p>Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen in allen Bereichen.</p> <p>Weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwicklungsprojekten.</p> <p>Öffnung unserer Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern statt Finanztransfers. (20)</p>	

Thema	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Linke	AFD	DCV
	<p>Afrika“ zur Befähigung der Empfänger zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union soll eine neue mittelständische Kultur der Selbstständigkeit entstehen. (68)</p> <p>Nutzung der Chancen der Digitalisierung auch in der EZ. Vorhersehbare und deshalb günstige Lösungen für die Ressourcenverteilung durch Digitale Vernetzung. Damit Leistung eines Beitrags zur Vermeidung von Hunger und Epidemien.</p> <p>Transparenz und damit effektives Vorgehen gegen die grassierende Korruption, „die Entwicklungsländer an einem gesunden Wachstum hindert“, durch digitale Lösungen. (55)</p>	<p>Dauerhafte Stärkung der zivilen Krisenprävention, Mediation, Konfliktnachsorge und Stabilisierung. (80)</p> <p>Präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik als strategischer Schwerpunkt der europäischen Politik. (77)</p> <p>Konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ und Ausweitung der Unternehmensverantwortung. (88)</p>		zusammenarbeit. (60)	<p>ne. (103)</p> <p>EZ als Hilfestellung der unterstützten Länder, ihre Vorstellungen von einer eigenständigen, souveränen Entwicklung umzusetzen (104)</p> <p>keine Verknüpfung von EZ oder anderen Fördermitteln mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle (104)</p> <p>0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für EZ ohne Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge (104)</p>		